ISSN 0724-7885

1 Y 6432 A

STAATSANZEIGER

FÜR DAS LAND HESSEN

1985 | MONTAG, 7. JANUAR 1985 | Nr. 1

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei

Ungültigkeitserklärung eines Konsularischen Ausweises 2

Der Hessische Minister des Innern

Ausbildungs- und Dienstvorschrift für die Feuerwehren; hier: Feuerwehrdienstvorschrift 7 „Atemschutz“ 2

DIN 18 800 Teil 7 — Stahlbauten; Herstellen — Eignungsnachweise zum Schweißen; hier: Prüfungsausschuß für die Erteilung des Kleinen Eignungsnachweises 2

1. 52. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages, 2. Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II, 3. 23. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen, 4. Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte, 5. Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder — sämtlich vom 31. 8. 1984 — 6

Der Hessische Minister der Finanzen

Vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 1985 8

Der Hessische Minister der Justiz

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels 10

Der Hessische Kultusminister

Übertragung der Generalvollmacht auf Ministerialdirigenten Peter Knauer 10

Widerruf der Vollmacht für Ministerialdirigenten Joachim Ilnitzky 10

Widerruf der Generalvollmacht für Ministerialrat Konrad Nitsche 10

Umpfarrung der Stadtteile Idstein-Ehrenbach und Idstein-Eschenhahn aus der Katholischen Kirchengemeinde Niedernhausen-Engenhahn, St. Martha, in die Kath. Kirchengemeinde Idstein, St. Martin 10

Anordnung über den Pauschalbetrag für Aufwendungen zur Beschaffung von audio-visuellen Hilfsmitteln für den Unterricht 10

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Unterbleiben der Planfeststellung nach den Straßengesetzen 11

Seite

Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure 11

Liste der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure; hier: 13. Änderung ... 13

Bekanntmachung über die Erteilung einer 1. Teilgenehmigung für die Fa. NUKEM GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, eine Brennelementfabrik NUKEM-Gebäude 2 zu errichten 14

Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Landesdarlehensstock ... 15

Bekämpfung der Tollwut; hier: Einheitliche Durchführung der Tollwut-Verordnung 16

Tierseuchenbeiträge für das Jahr 1985 .. 17

Krankenhausbedarfsplanung; hier: Standortbestimmung für medizinische Großgeräte gemäß § 11a KHG — Digitale Subtraktionsangiographie — DSA-Geräte — 17

Endgültige Anerkennung der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Odenwaldkreises in Michelstadt als Erziehungsberatungsstelle 18

Zusammenfassung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt mit der Meß- und Prüfstelle und der Zentralstelle für die Gewerbeaufsicht sowie der Abteilung Energie- und Umwelttechnik der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen zur Hessischen Landesanstalt für Umwelt 18

Der Hessische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Zweiunddreißigste bis Fünfundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer 18

Der Landeswahlleiter für Hessen

Nachfolge für den Abgeordneten des Hessischen Landtags Horst Engel (SPD) 44

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 44

Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 47

Die Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Ermittlung von Grundstückswerten (Richtwertermittlung nach § 143 b BBauG); hier: Richtwertübersicht für den Regierungsbezirk Darmstadt zum 31. 12. 1983 47

Seite

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen „Wasserwerk Bürstädter Wald“ der Stadt Worms, Stadtwerke, vom 23. 2. 1984 62

GIESSEN

Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Marburg 62

KASSEL

Vorhaben der Firma Volkswagen AG, 3500 Kassel 62

Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz

DARMSTADT

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Brömster bei Darmstadt-Eberstadt“ vom 19. 12. 1984 63

Öffentlicher Anzeiger 65

Andere Behörden und Körperschaften

Kommunales Gebietsrechenzentrum Gießen; hier: Auslegung der Jahresrechnung für das Jahr 1982 73

Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Darmstadt; hier: Beschluß zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ab 1. 1. 1985 73

Landwirtschaftliche Krankenkasse Hessen-Nassau; hier: Dritter Satzungsnachtrag 73

Hessische Brandversicherungsanstalt Darmstadt; hier: Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. 12. 1983 .. 74

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau; hier: Beschluß zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ab 1. 1. 1985 79

Der Kreisausschuß des Kreises Hersfeld-Rotenburg; hier: Widmung von Neubaustrecken der Kreisstraße 77 in der Gemarkung Oberjossa der Gemeinde Breitenbach am Herzberg, Landkreis Hersfeld-Rotenburg 79

Öffentliche Ausschreibungen 79

Stellenausschreibungen 80

1

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Ungültigkeitserklärung eines Konsularischen Ausweises

Der von der Hessischen Staatskanzlei am 27. Juni 1984 ausgestellte Weiße Konsularische Ausweis Nr. 02777 (gültig bis 27. Juni 1987) für Generalkonsul Dr. Enrique Emiliani des Kolumbianischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main ist in Verlust gegangen und wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 17. Dezember 1984

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
P 12 2a 10/05

StAnz. 1/1985 S. 2

2

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Ausbildungs- und Dienstvorschrift für die Feuerwehren;

hier: Feuerwehrdienstvorschrift 7 (FwDV 7) „Atemschutz"

Bezug: Mein Erlaß vom 30. Juli 1974 (StAnz. S. 1463), geändert durch Erlaß vom 26. Oktober 1978 (StAnz. S. 2308)

Gemäß § 50 Abs. 1 und Abs. 2 des Brandschutzhilfeleistungsgesetzes vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 1978 (GVBl. I S. 487), setze ich die Feuerwehrdienstvorschrift 7 (FwDV 7) „Atemschutz" mit folgender Maßgabe erneut in Kraft:

1. Nr. 2 der FwDV 7 ist wie folgt geändert:
   Atemschutzgeräteträger sollen nach Möglichkeit nicht älter als 50 Jahre sein. Sie dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn sie eine Ausbildung gemäß Abschn. 5 erhalten haben. Die Atemschutztauglichkeit muß ärztlich festgestellt sein. Die Untersuchungen sind nach Untersuchungsbogen „G 26" durchzuführen. Der Untersuchungsbogen gilt auch für die laufenden Untersuchungen, die mindestens alle 3 Jahre zu wiederholen sind. Ist der Geräteträger älter als 50 Jahre, sind die laufenden Untersuchungen jedes Jahr zu wiederholen. Außerdem ist eine Untersuchung notwendig, wenn vermutet wird, daß der Geräteträger den Anforderungen nicht mehr genügt, nach schwerer Erkrankung oder wenn der Geräteträger selbst glaubt, den Anforderungen nicht mehr gewachsen zu sein.

2. Über Nr. 7 der FwDV 7 hinaus ist folgendes zu beachten:
   Die Fristen für die Grundüberholung von Druckminderern und Lungenautomaten der Atemschutzgeräte werden in Anlehnung an die Prüffristen für Sauerstoff- und Druckluftflaschen von bisher fünf auf sechs Jahre verlängert.

   Druckminderer

   Druckminderer von Sauerstoffschutzgeräten und Preßluftatmern müssen in Abständen von längstens sechs Jahren einer Grundüberholung unterzogen werden. Diese Arbeiten dürfen nur vom Hersteller oder von Personen, die vom Herstellerwerk besonders ausgebildet wurden, durchgeführt werden. Bei der Grundüberholung sind alle dem Verschleiß oder der Alterung unterliegenden Teile auszuwechseln. Grundüberholte Druckminderer sind mit einer Kennzeichnung zu versehen, aus der das Halbjahr (z. B. I/78 bzw. II/78) der letzten Überprüfung zu ersehen ist.

   Lungenautomat

   Die Membranen der Lungenautomaten müssen entsprechend Nr. 7 der FwDV 7 „Atemschutz" halbjährlich auf ihren einwandfreien Zustand untersucht werden. Schadhafte Membranen sind sofort auszutauschen. Nach Einsätzen, bei denen die Atemschutzgeräte aggressiven Medien oder starker Wärmeeinwirkung ausgesetzt waren, müssen die Membranen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

   Die Membranen müssen drei Jahre nach dem ersten Einbau ausgetauscht werden. Membranen, die ab Fertigungsjahr älter als sechs Jahre sind, sind grundsätzlich auszutauschen; das gilt auch für Reservebestände.

   Ausatemventile

   Im Rahmen der üblichen Prüffristen für Atemschutzgeräte (FwDV 7 Nrn. 7.4 und 7.5) sind die Ausatemventile einer zusätzlichen Sichtprüfung zu unterziehen.

   Dichtungen und Membranen

   Alle Dichtungen, Membranen und Ventile aus Gummi oder Kunststoff — ausgenommen die unter Plombenverschluß liegenden Teile — sind entsprechend Nr. 7.5 der FwDV 7 zu überprüfen (Brüchigkeit, Älterung, Verformung usw.). Falls Mängel festgestellt werden, sind diese Teile sofort auszuwechseln. Grundsätzlich hat die Auswechslung der vorstehend genannten Teile spätestens nach Ablauf von sechs Jahren zu erfolgen.

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten sind die Prüffristen für Einzelelemente von Atemschutzgeräten auch für das Land Hessen verbindlich.

Von einem Abdruck der FwDV 7 wird wegen des Umfangs der Vorschrift abgesehen. Die Feuerwehrdienstvorschrift 7 kann weiterhin beim Verlag Albin Klein KG, Südanlage 21, 6300 Gießen, bezogen werden.

Wiesbaden, 17. Dezember 1984

Der Hessische Minister des Innern
VI 56 — 65h — 02/03
— Gült.-Verz. 312 —

StAnz. 1/1985 S. 2

3

DIN 18 800 Teil 7 — Stahlbauten; Herstellen — Eignungsnachweise zum Schweißen;

hier: Prüfungsausschuß für die Erteilung des Kleinen Eignungsnachweises

Bezug: Erlasse vom 27. April 1977 (StAnz. S. 1154), vom 28. Juli 1977 (StAnz. S. 1632), 28. März 1978 (StAnz. S. 810) und 22. Juni 1979 (StAnz. S. 1546)

Mit der Einführung der DIN 18 800 Teil 7 als Technische Baubestimmung sind Änderungen in der Grundlage des Erlasses über die Prüfungsausschüsse für die Erteilung des Kleinen Eignungsnachweises in Hessen vom 27. April 1977 und den dazu ergangenen Änderungen und Ergänzungen vom 28. Juli 1977, vom 28. März 1978 und vom 22. Juni 1979 eingetreten. Der Übersichtlichkeit wegen ist der Erlaß mit den Ergänzungen und Änderungen überarbeitet worden. Neu festgelegt und darin berücksichtigt ist in Anlehnung an die Bestimmungen für die Berufung von Prüfingenieuren für Baustatik das Höchstalter der Sachverständigen, deren Berufung mit Vollendung des 68. Lebensjahres erlischt.

Die o. g. Erlasse sind somit gegenstandslos und werden aufgehoben.

1. Nach § 26 der Hessischen Bauordnung (HBO) i. V. m. Abschn. 6.1 von DIN 18 800 Teil 7 und Nr. 2.3.1 meines Erlasses vom 20. November 1984 (StAnz. S. 2420) müssen Betriebe, die geschweißte Bauteile oder Konstruktionen aus Stahl herstellen, nachweisen, daß sie hierfür geeignet sind. Dieser Nachweis gilt

als erbracht, wenn der Betrieb der für die Baugenehmigung zuständigen Behörde die entsprechende Bescheinigung von einer hierfür anerkannten Stelle vorlegt.

2. Anerkannte Stellen für den Kleinen Eignungsnachweis gemäß DIN 18 800 Teil 7 — Stahlbauten; Herstellen — Eignungsnachweise zum Schweißen — sind im Land Hessen die bei den Regierungspräsidenten in Darmstadt, Gießen und Kassel eingerichteten Prüfungsausschüsse. Die Prüfungsausschüsse bestehen aus einem Beamten des höhere bautechnischen Verwaltungsdienstes als Obmann, aus mindestens zwei Sachverständigen für Schweißfragen, wovon einer Vertreter des Landesverbandes Hessen des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik sein soll, sowie einem Vertreter des Handwerks, der entweder Schweißfachingenieur oder Schweißfachmann sein muß.

   Der Obmann und der Vertreter des Handwerks werden vom Regierungspräsidenten, die Sachverständigen für Schweißfragen von mir für die Dauer von 5 Jahren bestellt. Die Bestellung erlischt mit Vollendung des 68. Lebensjahres. Die Bestellung des Vertreters des Handwerks erfolgt auf Grund von Vorschlägen der Handwerkskammern. Die Sachverständigen für Schweißfragen werden im Wechsel eingesetzt.

3. Die anerkannten Stellen üben ihre Tätigkeit nach den nachstehenden Richtlinien für den Eignungsnachweis zum Schweißen nach DIN 18 800 Teil 7, Fassung Mai 1984, und meinem Erlaß vom 20. November 1984 (StAnz. S. 2420) aus.

   In Abweichung von Nr. 4.1 der Richtlinie schlägt die anerkannte Stelle dem Regierungspräsidenten die Eignung des Betriebes vor. Der Regierungspräsident stellt eine entsprechende Bescheinigung aus oder gibt dem Antragsteller die Gründe für die Ablehnung seines Antrages bekannt.

4. Die Entscheidung über die Eignung des Betriebes ist gemäß § 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes i. d. F. des Dritten Änderungsgesetzes vom 2. April 1981 (GVBl. I S. 137) gebührenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr ist nach Nr. 122 des Allgemeinen Verwaltungskostenverzeichnisses zur Allgemeinen Verwaltungskostenordnung vom 21. Januar 1976 (GVBl. I S. 33), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Januar 1980 (GVBl. I S. 74), zu erheben.

   Zur Zeit ist für die Prüfung eine Rahmengebühr (§ 9 HVwKostG) von 160,— DM angemessen. Für den Kleinen Nachweis mit erweitertem Geltungsbereich beträgt die Gebühr das 1½fache der Gebühr für die Prüfung ohne Erweiterung. Für eine nicht bestandene Prüfung sind 75% der vollen Gebühr zu entrichten.

   Zur Vermeidung von Härtefällen kann bei Kleinstbetrieben bis zu drei Belegschaftsmitgliedern die Gebühr um 100,— DM ermäßigt werden.

5. Die Tätigkeit der bei der Feststellung der Werkseignung eingesetzten Sachverständigen wird je Prüfung mit 120,— DM entschädigt. Dabei wird vorausgesetzt, daß mehrere Prüfungen an einem Tag durchgeführt werden. Für eine beantragte Einzelprüfung kann eine Entschädigung bis zur Höhe des Verdienstausfalles bzw. der Vertretungskosten erhoben werden. Daneben werden nachgewiesene Fahrtkosten und Übernachtungskosten im Rahmen der für Beamte des höheren Dienstes geltenden Bestimmungen des Hessischen Reisekostengesetzes erstattet.

   Mit dieser Entschädigungsregelung wird entstandener Verdienstausfall oder eine erforderliche Stellenvertretung (Vertretungskosten) abgegolten.

   Zur Koordinierung der Eignungsprüfungen für das Schweißen von Stahlbauten ist beim Deutschen Verband für Schweißtechnik in Düsseldorf ein Koordinierungsausschuß „Geschweißte Stahlbauten" eingerichtet worden, der für seine Tätigkeit eine Vergütung von 3,5 v. H. der Kosten nach Nrn. 4 und 5 Abs. 1 erhält.

   Die Kosten nach Abs. 1 und Abs. 3 (der Nr. 5) sind von dem Gebührenpflichtigen als bare Auslagen zu erheben.

6. Die Entschädigungen nach Nr. 5 sind bei Kap. 03 12—427 64 nachzuweisen. Die Gebühr (Nr. 4) und die vom Gebührenpflichtigen erstatteten Auslagen (Nr. 5) sind bei Kap. 03 12—111 11 zu vereinnahmen.

   Der Kostenanteil nach Nr. 5 Abs. 3 ist gemäß VV Nr. 3.2.2 zu § 35 LHO aus Kap. 03 12—111 11 weiterzuleiten.

   Der rechnungslegenden Kasse ist für beide Haushaltsstellen eine Ausfertigung dieses Erlasses gemäß VV Nr. 10.5 zu § 7 LHO als Dauerbeleg zuzuleiten.

Wiesbaden, 17. Dezember 1984

Der Hessische Minister des Innern
V A 21 — 64 b 16/21 — 2/84
StAnz. 1/1985 S. 2

Anlage

Richtlinie für den Eignungsnachweis zum Schweißen nach DIN 18 800 Teil 7 — Fassung Juli 1984 —

Die Richtlinie wurde vom Arbeitskreis „Schweißaufsicht" der Fachkommission „Baunormung" der ARGEBAU in Zusammenarbeit mit dem Koordinierungsausschuß „Geschweißte Stahlbauten" beim DVS erarbeitet und von der Fachkommission „Baunormung" in ihrer 90. Sitzung, die am 27. und 28. Juni 1984 in Bad Honnef stattfand, gebilligt. Sie ersetzt die „Richtlinie für den Nachweis der Eignung von Betrieben zur Herstellung geschweißter Bauteile und Konstruktionen aus Stahl – Fassung Oktober 1976 –".

Inhalt

1 Geltungsbereich
2 Durchführung der Eignungsnachweise
3 Anforderungen an die Betriebe
4 Eignungsbescheinigung
5 Überprüfungsvertrag
6 Schiedsstelle

1 Geltungsbereich

1.1 Die Richtlinie gilt für die Durchführung von Großen und Kleinen Eignungsnachweisen nach DIN 18 800 Teil 7 zur Herstellung geschweißter Bauteile und Konstruktionen aus Stahl.

1.2 In den Tabellen 1 und 2 (siehe Anhang) ist die Zuordnung der Anwendungsgebiete im Bereich des Großen und Kleinen Eignungsnachweises angegeben.

1.3 DIN 18 800 Teil 7 gilt nicht für das Schweißen von Bewehrungsstählen in Stahlbetonbauten und/oder -teilen nach DIN 1045 – Beton und Stahlbeton, Bemessung und Ausführung –, soweit nicht dort oder in allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungsbescheiden auf DIN 18 800 Teil 7 Bezug genommen wird; hierfür ist DIN 4099 – Schweißen von Betonstahl, Herstellung und Prüfung – maßgebend. Für das Schweißen von Betonstahl wird eine gesonderte Bescheinigung ausgestellt.

2 Durchführung der Eingnungsnachweise

2.1 Zur einheitlichen Durchführung der Eignungsnachweise ist der Koordinierungsausschuß „Geschweißte Stahlbauten" beim DVS tätig.
Die anerkannten Stellen treffen sich mindestens einmal jährlich zu einem Erfahrungsaustausch.

2.2 Für die Feststellung der Vergleichbarkeit der Befähigung von schweißtechnischem Personal zur Durchführung von Eignungsnachweisen für Betriebe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland können die zwischen dem Deutschen Verband für Schweißtechnik (DVS) und den schweißtechnischen Verbänden anderer Länder erarbeiteten Vergleichbarkeitsdokumente berücksichtigt werden, wenn sie vom Koordinierungsausschuß „Geschweißte Stahlbauten" beim DVS gebilligt wurden.

2.3 Die Mustervordrucke I bis VI (s. Anhang) sind zu verwenden.

2.3.1 Die anerkannte Stelle führt die Betriebsprüfung für den Großen Eignungsnachweis im allgemeinen mit zwei Schweißfachingenieuren durch.

Anhang Tabelle 1 und 2, Zuordnung der Anwendungsbereiche zum Großen und Kleinen Eignungsnachweis

Vordrucke I bis VI*)

Vordruck I Antrag auf Erteilung einer Eignungsbescheinigung**)

Vordruck II Betriebsbeschreibung**)

*) hier nicht abgedruckt
**) Vordrucke I u. II sind bei der zuständigen anerkannten Stelle anzufordern.

Vordruck III Ergebnis der Betriebsprüfung

Vordruck IV Eignungsbescheinigung – Großer Eignungsnachweis

Vordruck V Eignungsbescheinigung – Kleiner Eignungsnachweis

Vordruck VI Überprüfungsvertrag für die Herstellung und Lieferung geschweißter Bauteile durch Betriebe, die ihren Sitz oder ihre gewerbliche Niederlassung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben.

Beim Kleinen Eignungsnachweis wird die Betriebsprüfung im allgemeinen mit einem Schweißfachingenieur und einem Schweißfachmann durchgeführt.

2.3.2 Bei Verlängerung der Geltungsdauer des Großen oder Kleinen Eignungsnachweises kann die Betriebsprüfung von nur einem Schweißfachingenieur durchgeführt werden.

2.3.3 Erstreckt sich der Antrag auch auf den Anwendungsbereich der Bundesbahn-Vorschrift DS 804, so hat die anerkannte Stelle den Brückendezernenten der für den Sitz des Betriebes zuständigen Bundesbahndirektion an der Betriebsprüfung zu beteiligen.

2.3.4 Über den Verlauf und das Ergebnis der Betriebsprüfung wird eine Niederschrift nach Vordruck III gefertigt. Für den Anwendungsbereich der Bundesbahnvorschrift DS 804 muß die Niederschrift vom Brückendezernenten nach Abschn. 2.3.3 gegengezeichnet werden.

3 Anforderungen an die Betriebe

3.1 Die betrieblichen Einrichtungen müssen die Anforderungen nach DIN 8563 Teil 2, Abschn. 3.1, bzw. DS 804 erfüllen.

3.2 Die Anforderungen an das schweißtechnische Personal sind in den Anwendungsnormen bzw. DS 804 (s. Anhang Tabellen 1 u. 2) enthalten.

Außerdem gilt folgendes:

3.2.1 Schweißaufsicht

Zu DIN 18 800 Teil 7, Abschn. 6.2.2.2. und 6.3.2.2, bestehen folgende Richtlinien des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik:

Richtlinie DVS 1171 für Schweißfachmann (SFM)

Richtlinie DVS 1172 für Schweißtechniker (ST)

Richtlinie DVS 1173 für Schweißfachingenieur (SFI)

Richtlinie DVS 1174 – Prüfungsordnung.

Zu DIN 18 800 Teil 7, Abschn. 6.3.2.2:

Die anerkannte Stelle kann die Befugnis zur Prüfung und Bewertung der Prüfstücke nach DIN 8560 auf den mit der Schweißaufsicht betrauten Schweißfachmann/Schweißtechniker übertragen, wenn dieser durch seine Erfahrung ausreichend sicher in der Bewertung ist. Schweißfachmänner/Schweißtechniker, die diese Befugnis erlangen wollen und die erstmals oder nach einer größeren (mehr als einjährigen) Unterbrechung wieder mit der Schweißaufsicht betraut werden, haben für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren bei der Einsendung der Prüfstücke an die Prüfstelle (vgl. DIN 8560) ein weiteres zerstörtes Prüfstück mit einem Vorschlag für die Bewertung der Prüfstücke beizufügen.
Vor der Übertragung der Befugnis zur Prüfung und Bewertung der Prüfstücke auf den Schweißfachmann/Schweißtechniker hat sich die anerkannte Stelle anhand der vorgeschlagenen und der endgültigen Beurteilung durch die Prüfstelle davon zu überzeugen, daß der Schweißfachmann/Schweißtechniker die Voraussetzungen erfüllt.

3.2.2 Zu DIN 18 800 Teil 7, Abschn. 6.2.2.2 und 6.3.2.2, Bedienungspersonal von vollmechanisierten Schweißeinrichtungen:

Das Bedienungspersonal von vollmechanisierten Schweißeinrichtungen ist unter Verwendung geeigneter Prüfstücke zu überprüfen; dabei sind die Prüfstücke in Absprache zwischen der Schweißaufsichtsperson des Betriebes und der anerkannten Stelle festzulegen.

3.2.3 An Betriebe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland werden folgende personelle Anforderungen gestellt:

Schweißaufsicht:

Für die Schweißaufsicht kann auch ein entsprechend vorgebildeter Ingenieur mit vergleichbaren schweißtechnischen Kenntnissen, siehe auch Abschn. 2.2, eingesetzt werden. Das gilt für den Schweißfachmann/Schweißtechniker sinngemäß.

Schweißer:

Anstelle von Prüfungsbescheinigungen nach DIN 8560 gelten auch vergleichbare Prüfungsbescheinigungen entsprechend Abschn. 2.2.

4 Eignungsbescheinigung

4.1 Hat die anerkannte Stelle festgestellt, daß der Eignungsnachweis des Betriebes erbracht ist, wird eine Bescheinigung nach Vordruck IV – Großer Eignungsnachweis- bzw. Vordruck V – Kleiner Eignungsnachweis- ausgestellt.

Die von einer anerkannten Stelle ausgestellte Eignungsbescheinigung gilt in allen Ländern im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

4.2 Betriebe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erhalten die Eignungsbescheinigung, wenn der Eignungsnachweis erbracht wurde und ein Überprüfungsvertrag nach Abschn. 5 abgeschlossen wurde.

5 Überprüfungsvertrag

5.1 Für Betriebe außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist der Abschluß eines Überprüfungsvertrages nach Vordruck VI erforderlich.

5.2 Die Geltungsdauer der Eignungsbescheinigung ist im allgemeinen zunächst auf ein Jahr zu befristen; sie kann bei der ersten Wiederholung bis auf zwei Jahre und bei der zweiten Wiederholung auf drei Jahre befristet werden, wenn die anerkannte Stelle im Rahmen des Überprüfungsvertrages die ordnungsgemäße Herstellung und Lieferung geschweißter Bauteile und Konstruktionen festgestellt hat.

5.3 Wird die Geltungsdauer der Eignungsbescheinigung auf drei Jahre ausgestellt, ist auf den Überprüfungsvertrag zu verzichten.

6 Schiedsstelle

6.1 In Fragen der Eignungsnachweise kann von den anerkannten Stellen und von den Betrieben die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), Unter den Eichen 87, 1000 Berlin 45, als Schiedsstelle angerufen werden.

Der Spruch der Schiedsstelle ist für die anerkannte Stelle bindend.

6.2 Werden die Belange der Bundesbahn-Vorschrift DS 804 berührt, wird die Schiedsstelle das Bundesbahn-Zentralamt München, Arnulfstraße 19, 8000 München 2, beteiligen, das hier in Sachfragen allein entscheidet.

Anhang zur Richtlinie für den Eignungsnachweis zum Schweißen nach DIN 18 000 Teil 7

Tabelle 1: Zuordnung der Anwendungsbereiche im Großen Eignungsnachweis

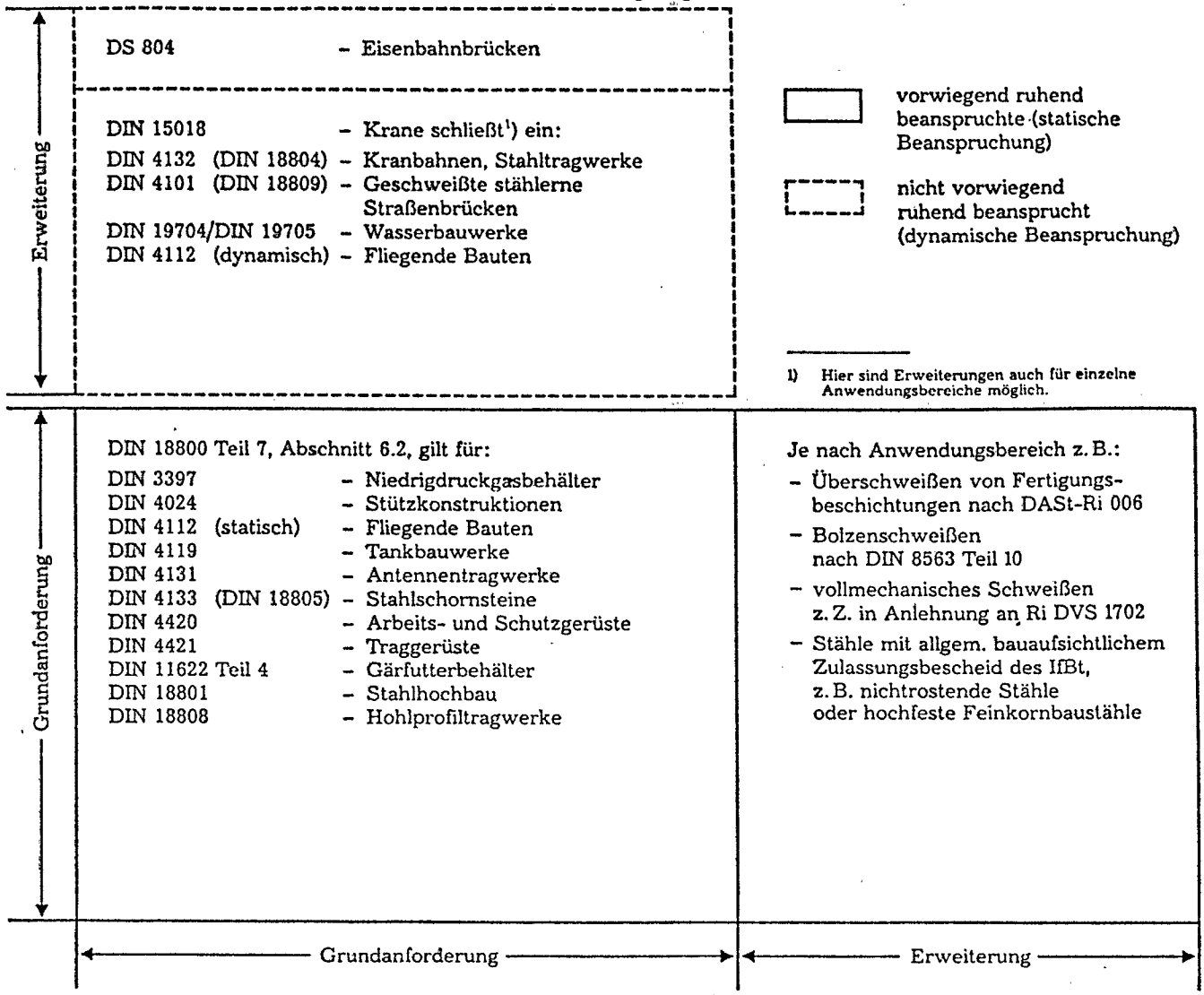
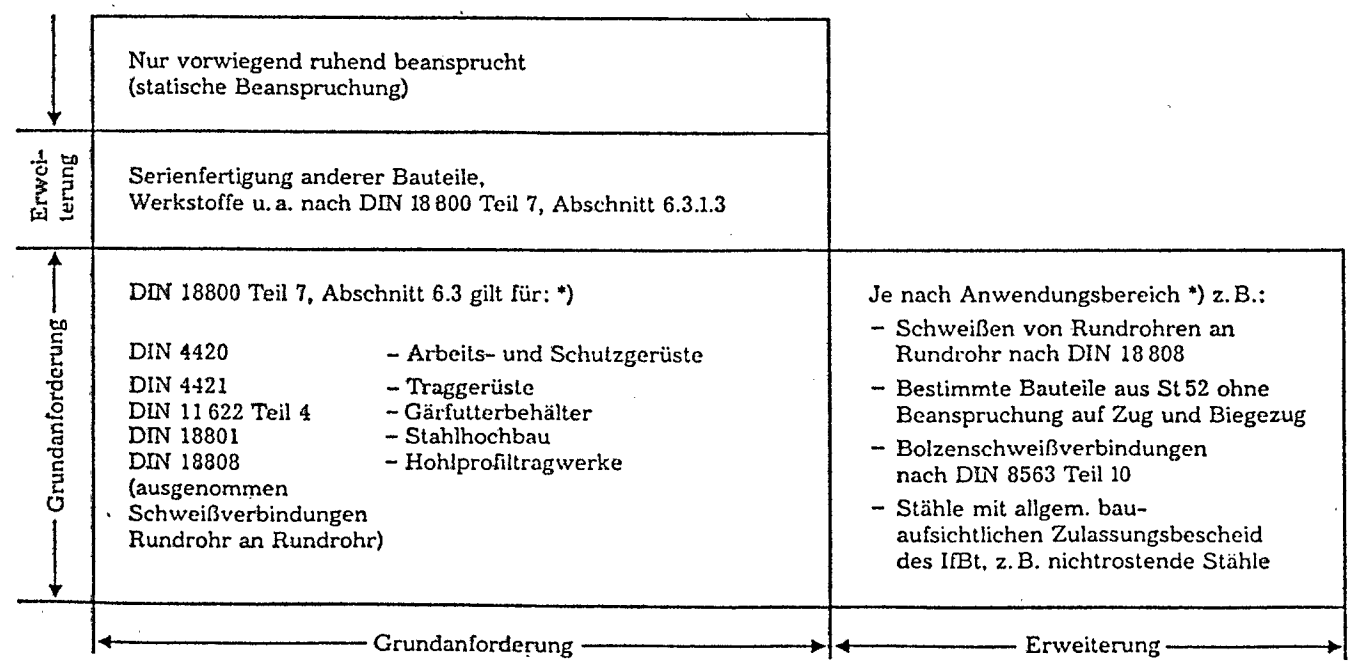


Tabelle 2: Zuordnung der Anwendungsbereiche im Kleinen Eignungsnachweis



*) Einschränkungen in DIN 18 800 Teil 7 oder der jeweiligen Anwendungsnorm sind zu beachten.

4

1. 52. Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages

2. Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II

3. 23. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen

4. Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte

5. Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder

— sämtlich vom 31. August 1984 —

I.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 31. August 1984 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr die vorstehend genannten Änderungstarifverträge vereinbart. Gleichlautende Tarifverträge sind mit der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) — Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) — Marburger Bund (MB) — am gleichen Tage abgeschlossen worden.

Den Wortlaut der am 1. Januar 1985 in Kraft tretenden Tarifverträge gebe ich hiermit bekannt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1985 an das Arbeitsverhältnis bei der Gewährung einer Rente auf Zeit (§ 53 AVG, § 1276 RVO, § 72 RKG) nicht mehr endet, sondern für die Dauer der Zeitrente mit allen Rechten und Pflichten ruht.

Weitere Hinweise zur Durchführung der Tarifverträge behalte ich mir vor.

Wiesbaden, 17. Dezember 1984

Der Hessische Minister des Innern
I B42 — P 2100 A — 606/P 2203 A —
123 — P 2208 A — 48/P 2028 A — 57
StAnz. 1/1985 S. 6

52. Tarifvertrag
zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages

vom 31. August 1984

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

andererseits*)

wird folgendes vereinbart:

§ 1
Änderung des BAT

Der Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961, zuletzt geändert durch den 51. Tarifvertrag zur Änderung des BAT vom 20. Juni 1983, wird wie folgt geändert:

1. In § 41 Abs. 1 werden die Worte „beurlaubt ist" durch die Worte „beurlaubt gewesen ist und dessen Arbeitsverhältnis zur Zeit seines Todes nicht nach § 59 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 geruht hat" ersetzt.
2. § 48 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 3 Satz 1 werden nach den Worten „§ 50 Abs. 2" die Worte „oder eines Ruhens des Arbeitsverhältnisses nach § 59 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5" eingefügt.
   b) Dem Abs. 5 wird der folgende Satz angefügt:
   „Satz 2 gilt nicht, wenn der Urlaub nach Abs. 3 zu vermindern ist."
3. In § 51 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „endet" die Worte „,wenn das Arbeitsverhältnis nach § 59 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 5 zum Ruhen kommt" eingefügt.
4. § 59 wird wie folgt geändert:
   a) Dem Abs. 1 Unterabs. 1 werden die folgenden Sätze angefügt:
   „Das Arbeitsverhältnis endet nicht, wenn nach dem Bescheid des Rentenversicherungsträgers eine Rente auf Zeit (§ 53 AVG, § 1276 RVO, § 72 RKG) gewährt wird. In diesem Falle ruht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten von dem Tage an, der auf den nach Satz 1 oder 3 maßgebenden Zeitpunkt folgt, bis zum Ablauf des Tages, bis zu dem die Zeitrente bewilligt ist, längstens jedoch bis zum Ablauf des Tages, an dem das Arbeitsverhältnis endet."
   b) Dem Abs. 2 wird der folgende Satz angefügt:
   „Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend."
   c) In Abs. 4 werden die Worte „oder wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit" gestrichen.
   d) Abs. 5 Satz 2 wird gestrichen.
   e) Es wird die folgende Protokollnotiz angefügt:
   Protokollnotiz zu Abs. 1 und 2
   Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend für den in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versicherten Angestellten, dessen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nach Abs. 1 Unterabs. 2 durch Gutachten des Amtsarztes festgestellt worden ist, wenn er von einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung i. S. des § 7 Abs. 2 AVG eine Rente auf Zeit erhält."
5. § 62 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Buchst. g wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
   b) Es wird der folgende Buchst. h angefügt:
   „h) dem Angestellten auf Grund Satzung, Gesetzes, Tarifvertrages oder sonstiger Regelung im Falle des Ausscheidens vor Eintritt eines Versicherungsfalles im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgungsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird oder die Anwartschaft auf eine dieser Leistungen gesichert ist."
6. Nr. 9 a SR 2 e I wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 2 Buchst. b werden die folgenden Sätze angefügt:
   „Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert."
   b) In Abs. 5 Satz 1 werden nach den Worten „die im Kalendermonat des Beginns der Rente der VBL" die Worte „— ohne Berücksichtigung des Abs. 2 Buchst. b Satz 3 —" eingefügt.
   c) In Abs. 6 Satz 1 werden nach den Worten „die in dem auf den Sterbemonat folgenden Monat" die Worte „— ohne Berücksichtigung des Abs. 2 Buchst. b Satz 3 —" eingefügt.
7. Nr. 6 SR 2 h wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 2 Buchst. b werden die folgenden Sätze angefügt:
   „Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert."
   b) In Abs. 5 Satz 1 werden nach den Worten „die im Kalendermonat des Beginns der Rente der VBL" die Worte „— ohne Berücksichtigung des Abs. 2 Buchst. b Satz 3 —" eingefügt.
   c) In Abs. 6 Satz 1 werden nach den Worten „die in dem auf den Sterbemonat folgenden Monat" die Worte „— ohne Berücksichtigung des Abs. 2 Buchst. b Satz 3 —" eingefügt.
8. In Nr. 6 Abs. 2 Buchst. b SR 2 n werden die folgenden Sätze angefügt:
   „Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert."
9. In Nr. 4 Abs. 2 Buchst. b SR 2 x werden die folgenden Sätze angefügt:
   „Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach der dem § 65 b oder dem § 65 c VersTV-G entsprechenden Vorschrift der Satzung der Zusatzversorgungseinrichtung ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert."

*) Anmerkung:
Der Tarifvertrag ist jeweils getrennt — jedoch gleichlautend — mit
a) der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und
b) der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD), Marburger Bund (MB) —
abgeschlossen.

§ 2
Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Bonn, 31. August 1984

gez. Unterschriften

Änderungstarifvertrag Nr. 40 zum MTL II

vom 31. August 1984

Zwischen
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1
Änderung des MTL II

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 39 zum MTL II vom 20. Juni 1983, wird wie folgt geändert:

1. In § 47 Abs. 1 werden die Worte „beurlaubt ist" durch die Worte „beurlaubt gewesen ist und dessen Arbeitsverhältnis zur Zeit seines Todes nicht nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 geruht hat" ersetzt.
2. § 48 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 10 Satz 1 werden nach den Worten „§ 54 a" die Worte „oder eines Ruhens des Arbeitsverhältnisses nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5" eingefügt.
   b) Dem Abs. 11 wird der folgende Satz angefügt:
   „Satz 2 gilt nicht, wenn der Urlaub nach Abs. 10 Satz 1 zu vermindern ist."
3. In § 54 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „endet" die Worte ", wenn das Arbeitsverhältnis nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 zum Ruhen kommt" eingefügt.
4. § 62 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Es wird der folgende Satz 2 eingefügt:
      „Der Arbeiter hat den Arbeitgeber von der Zustellung des Rentenbescheides unverzüglich zu unterrichten."
      bb) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 eingefügt:
      „Das Arbeitsverhältnis endet nicht, wenn nach dem Bescheid des Rentenversicherungsträgers eine Rente auf Zeit (§ 1276 RVO, § 53 AVG, § 72 RKG) gewährt wird. In diesem Falle ruht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten von dem Tage an, der auf den nach Satz 1 oder 3 maßgebenden Zeitpunkt folgt, bis zum Ablauf des Tages, bis zu dem die Zeitrente bewilligt ist, längstens jedoch bis zum Ablauf des Tages, an dem das Arbeitsverhältis endet."
      cc) Satz 6 wird durch den folgenden Unterabsatz ersetzt:
      „Verzögert der Arbeiter schuldhaft den Rentenantrag oder bezieht er Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 1 RVO, § 25 Abs. 1 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 RKG oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert, tritt an die Stelle des Bescheides des Rentenversicherungsträgers das Gutachten eines Amtsarztes. Das Arbeitsverhältnis endet in diesem Falle mit dem Ablauf des Monats, in dem dem Arbeiter das Gutachten des Amtsarztes bekanntgegeben worden ist."
   b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird das Wort „drei" durch das Wort „sechs" ersetzt.
      bb) Es wird folgender Satz angefügt:
      „Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend."
   c) In Abs. 3 werden die Worte „oder wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit" gestrichen.
   d) Abs. 5 Satz 2 wird gestrichen.
5. § 65 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) in Buchst. g wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
   b) Es wird folgender Buchst. h angefügt:
   „h) dem Arbeiter auf Grund Satzung, Gesetzes, Tarifvertrages oder sonstiger Regelung im Falle des Ausscheidens vor Eintritt eines Versicherungsfalles im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgungsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird oder die Anwartschaft auf eine dieser Leistungen gesichert ist."
6. Der Nr. 2 Abs. 2 Buchst. b SR 2 m wird der folgende Satz angefügt:
   „Daneben ist der Ausgleichsbetrag zu zahlen, der sich nach § 97 c oder § 97 d der Satzung der VBL ergeben würde. Er bleibt für die Laufzeit der Übergangsversorgung unverändert."
7. In der Anlage 3 Abschn. II Nr. 2 werden die Worte
   „des Stammgestüts Schwaiganger
   des Landgestüts Landshut"
   durch die Worte
   „des Bayerischen Haupt- und Landgestüts Schwaiganger"
   ersetzt sowie nach dem Wort „Pferdewärter" ein Komma und die Worte „Gestütswärter und Pferdewirte" eingefügt.
8. Die Anlage 4 Abschn. „Dazu in den Ländern:" wird wie folgt geändert:
   a) In Unterabschn. „Hessen" werden vor der Position
   „Kraftfahrer bei dem Kraftfahrdienst des Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main"
   die Positionen
   „Arbeiter in der Energiezentrale des Klinikums der Johann Wolfang Goethe-Universität Frankfurt am Main
   Arbeiter im Zentralen Störungsdienst der Justus Liebig Universität Gießen"
   eingefügt.
   b) In Unterabschn. „Nordrhein-Westfalen" wird nach der Position
   „Arbeiter im Zentralkältewerk der Universität Bielefeld"
   die Position
   „Arbeiter im Kältewerk der Universität Bochum"
   eingefügt.
9. In der Anlage 5 wird in Nr. 1 Abs. 2 Buchst. a folgender Satz 3 eingefügt:
   „Der Pauschbetrag gilt in Höhe des Siebenfachen des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes als für Arbeitsleistungen außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit gezahlt (§ 43 Abs. 1 der Satzung der VBL)."

§ 2
Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft

Bonn, 31. August 1984 gez. Unterschriften

23. Änderungstarifvertrag

vom 31. August 1984

zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen

Zwischen
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1
Änderung des Tarifvertrages

Der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. Februar 1965, zuletzt geändert durch den 22. Änderungstarifvertrag vom 17. Oktober 1983, wird wie folgt geändert:

Dem § 6 wird der folgende Abs. 4 angefügt:

„ (4) Die persönliche Zulage gilt als für Arbeitsleistungen außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit gezahlt (§ 43 Abs. 1 der Satzung der VBL)."

§ 2
Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Bonn, 31. August 1984 gez. Unterschriften

Änderungstarifvertrag Nr. 2
vom 31. August 1984
zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte

Zwischen
der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

andererseits*)

wird folgendes vereinbart:

§ 1
Änderung des Tarifvertrages über eine Zuwendung für Angestellte

Der Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte vom 12. Oktober 1973, geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. November 1974, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
   „Satz 1 gilt entsprechend, wenn spätestens mit Ablauf des 30. November das Ruhen des Arbeitsverhältnisses nach § 59 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 BAT eintritt.
   Abs. 1 gilt nicht."
2. In § 4 Abs. 2 werden nach den Worten „des Arbeitsverhältnisses" die Worte „bzw. bei Eintritt des Ruhens des Arbeitsverhältnisses" eingefügt.

§ 2
Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Bonn, 31. August 1984

gez. Unterschriften

*) Anmerkung:
Der Tarifvertrag ist jeweils getrennt — jedoch gleichlautend — mit
a) der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und
b) der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst — Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD), Marburger Bund (MB) —
abgeschlossen.

Änderungstarifvertrag Nr. 2
vom 31. August 1984
zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder

Zwischen
der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1
Änderung des Tarifvertrages

Der Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 12. Oktober 1973, geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. November 1974, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 wird durch die folgenden Unterabsätze ersetzt:
   „Satz 1 gilt entsprechend, wenn spätestens mit Ablauf des 30. November das Ruhen des Arbeitsverhältnisses nach § 62 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 5 MTB II/MTL II eintritt.
   Abs. 1 gilt nicht."
2. In § 4 Abs. 2 werden nach den Worten „des Arbeitsverhältnisses" die Worte „bzw. bei Eintritt des Ruhens des Arbeitsverhältnisses" eingefügt.

§ 2
Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Bonn, 31. August 1984

gez. Unterschriften

5

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

Vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 1985

1. **Rechtsgrundlage**

1.1 Der Haushaltsplan 1985 wird nicht bis zum Schluß des Jahres 1984 durch das Haushaltsgesetz festgestellt sein. Bis zu seiner Feststellung ist nach den Vorschriften der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung des Art. 140 der Verfassung des Landes Hessen (HV) und der §§ 18 Abs. 3 sowie 45 Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung (LHO) zu verfahren, soweit nicht der Landesregierung in der Zwischenzeit besondere gesetzliche Ermächtigungen erteilt werden.

1.2 Nach § 5 LHO werden hierzu die folgenden Verwaltungsvorschriften erlassen:

2. **Allgemeines**

2.1 Im Rahmen der nach Art. 140 HV zu leistenden Ausgaben stellen
- die Ansätze des von der Landesregierung am 18. September 1984 beschlossenen Entwurfs des Landeshaushaltsplans 1985 einschließlich der von der Landesregierung am 29. Oktober 1984 beschlossenen Ergänzungsvorlage bei Ausgaben der Hauptgruppen 4 und 5,
- die Ansätze des Landeshaushaltsplans 1984 in der Fassung des Zweiten Nachtragshaushaltsplans unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung erfolgten Bewirtschaftungsregelung bei Ausgaben der Hauptgruppen 6, 7 und 8

die obere Grenze dar.

2.2 Ist der Ansatz bei Ausgaben der Hauptgruppen 6, 7 und 8 nach dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder nach dem Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß über diesen Entwurf niedriger als der Ansatz des Landeshaushaltsplans 1984, so ist der niedrigere Ansatz maßgebend.

2.3 Ausgabenansätze der Hauptgruppen 6, 7 und 8, die nach dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder nach dem Ergebnis der Beratungen des Haushaltsausschusses über diesen Entwurf weggefallen sind, dürfen nicht mehr in Anspruch genommen werden.

2.4 Die in dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder nach dem Ergebnis der Beratungen des Haushaltsausschusses über diesen Entwurf erstmalig vorgesehenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen nicht in Anspruch genommen werden. Ausnahmen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung.

2.5 Die nach § 45 Abs. 1 Satz 2 LHO weitergeltenden Verpflichtungsermächtigungen dürfen nach Maßgabe der im Landeshaushaltsplan 1984 ausgebrachten Jahresbeträge zu Lasten der Jahre ab 1986 mit meiner vorherigen Zustimmung in Anspruch genommen werden. Die insoweit in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen sind auf die im Haushaltsplanentwurf 1985 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen anzurechnen.

2.6 Ausgaben, zu denen die Bestimmungen über die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung nicht ermächtigen, können mit meiner vorherigen Zustimmung nur unter den Voraussetzungen des Art. 143 HV (§ 37 LHO) geleistet werden.

2.7 Bei Ausgaben, die nach Art. 140 HV zulässig sind, die jedoch die Obergrenzen nach Nrn. 2.1 bis 2.3 überschreiten, sowie bei Ausgaben, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 143 HV (§ 37 LHO) geleistet werden können, ist mein Rund-

schreiben vom 15. April 1983 (StAnz. S. 963) entsprechend anzuwenden.

2.8 Die Ausführungen zur Fallgruppe 1 meines Rundschreibens vom 15. April 1983 werden dahingehend ergänzt, daß es meiner Zustimmung nicht bedarf, wenn die den Ansatz eines Gruppentitels übersteigenden Ausgaben innerhalb dieser Titelgruppe ausgeglichen werden. Gleiches gilt, wenn auf Grund von Haushaltsvermerken Deckungsmöglichkeiten vorgesehen sind.

2.9 Die unter Nrn. 2.1 bis 2.4 enthaltenen Hinweise gelten mit folgenden Einschränkungen:

3. Persönliche Verwaltungsausgaben

3.1 Persönliche Verwaltungsausgaben dürfen nur geleistet werden, soweit sie auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen oder zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung mit ihren bestehenden Einrichtungen nötig sind.

3.2 Über die im Landeshaushaltsplan 1984 ausgebrachten Stellen kann unter Berücksichtigung der nach § 4 des Kredit- und Bürgschaftsgesetzes 1984, § 11 des Haushaltsgesetzes 1984 geschaffenen Stellen für Auszubildende, § 50 LHO und § 9 des Haushaltsgesetzes 1984 erfolgten Stellenumsetzungen sowie der im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung erfolgten Bewirtschaftungsregelung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verfügt werden:

3.2.1 Planstellen und andere Stellen, die nach dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder nach dem Ergebnis der Beratungen des Haushaltsausschusses über diesen Entwurf weggefallen sind, dürfen nicht mehr besetzt werden.

3.2.2 Umwandlungen von Planstellen und anderen Stellen durch Herabstufung sowie kw- und ku-Vermerke, die nach dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder auf Grund der Beratungen des Haushaltsausschusses über diesen Entwurf vorgesehen sind, sind zu beachten.

3.2.3 Für die Wiederbesetzung freiwerdender Planstellen für Beamte und Richter, freiwerdender Stellen für Angestellte und Arbeiter sind die durch Beschluß der Landesregierung erlassenen Bestimmungen über die Stellenbesetzungssperre vom 26. Januar 1982 insoweit anzuwenden, als sie die befristete sechsmonatige Wiederbesetzungssperre zum Inhalt haben.

3.2.4 Die durch Beschluß der Landesregierung nach § 13 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1984 bereitgestellten 575 Leerstellen für aus familiären oder aus arbeitsmarktpolitischen Gründen beurlaubten Bediensteten stehen weiterhin zur Verfügung.

3.3 Nrn. 3.1 und 3.2 gelten entsprechend für Landesbetriebe.

4. Sächliche Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5)

4.1 Sächliche Verwaltungsausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn sie nötig sind, um rechtlich begründete Verpflichtungen des Landes zu erfüllen oder die Landesverwaltung sowie alle Körperschaften, Anstalten und Stiftungen auf Grund Landes- oder Bundesrechts mit ihren bestehenden Einrichtungen funktionsfähig zu erhalten.

4.2 Im Rahmen von Nr. 4.1 dürfen bis auf weiteres Ausgaben der Hauptgruppe 5 insgesamt bis zu 80 v. H. der Ansätze des von der Landesregierung beschlossenen Haushaltsplanentwurfs 1985, bei Einzeltiteln jedoch nicht mehr als in dem durch Nrn. 2.1 bis 2.4 begrenzten Umfang geleistet werden. Ausnahmen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung.

5. Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen (Hauptgruppe 6)

5.1 Ausgaben der Hauptgruppe 6 dürfen nur geleistet werden, um gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, um rechtliche Verpflichtungen zu erfüllen, um die Landesverwaltung sowie alle Körperschaften, Anstalten und Stiftungen auf Grund Landes- oder Bundesrechts mit ihren bestehenden Einrichtungen funktionsfähig zu erhalten oder soweit durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bewilligte Beträge (Ausgabereste) zur Fortsetzung begonnener Maßnahmen noch verfügbar sind.

Zur institutionellen Förderung im Rahmen der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung verweise ich auf mein Rundschreiben vom 19. Januar 1983 (n. v.). Danach sind unter „gesetzlich bestehenden Einrichtungen" im Sinne von Art. 140 Abs. 1 Buchst. a HV alle Einrichtungen zu verstehen, die durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geschaffen sind. Als gesetzlich bestehend gelten auch Einrichtungen, die im vorangegangenen Haushaltsplan zugelassen sind.

Im Rahmen der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung können (Abschlags-)Zahlungen in dem Umfang geleistet werden, wie sie zur notwendigen Ausstattung der Einrichtung mit Personal, Gerät und lfd. Geschäftsbedarf im bisherigen Umfang erforderlich sind.

5.2 Im Rahmen von Nr. 5.1 dürfen bis auf weiteres Ausgaben der Hauptgruppe 6 insgesamt bis zu 80 v. H. der Ansätze des Landeshaushaltsplans 1984 in der Fassung des Zweiten Nachtragshaushaltsplans und unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungsregelung, bei Einzeltiteln jedoch nicht mehr als in dem durch Nrn. 2.1 bis 2.4 begrenzten Umfang geleistet werden. Ausnahmen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung.

6. Bauausgaben (Hauptgruppe 7) und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Hauptgruppe 8)

6.1 Ausgaben für eigene Baumaßnahmen des Landes, für den Erwerb beweglicher und unbeweglicher Sachen (Obergruppen 81 bis 82) und den Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83) dürfen nur geleistet werden, soweit sie auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen oder soweit durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bewilligte Beträge (Ausgabereste) zur Fortsetzung begonnener Maßnahmen noch verfügbar sind.

Darüber hinaus dürfen Ausgaben für Ersatzbeschaffungen beweglicher Sachen geleistet werden, wenn sie nötig sind, die Landesverwaltung mit ihren bestehenden Einrichtungen funktionsfähig zu erhalten.

Wegen der Übertragung von Ausgaberesten ergeht ein gesondertes Rundschreiben.

6.2 Zuschüsse, Zuweisungen und andere nicht rückzahlbare Leistungen sowie zweckgebundene Darlehen und andere bedingt oder unbedingt rückzahlbare Leistungen für Investitionen können Dritten gewährt werden, soweit hierzu eine rechtliche Verpflichtung des Landes besteht oder soweit durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bewilligte Beträge (Ausgabereste) zur Fortsetzung begonnener Maßnahmen noch verfügbar sind.

6.3 Im Rahmen der Nrn. 6.1 und 6.2 dürfen bis auf weiteres Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 insgesamt bis zu 70 v. H. der Ansätze des Landeshaushaltsplans 1984 i. d. F. des Zweiten Nachtragshaushaltsplans und unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungsregelung, bei Einzeltiteln jedoch nicht mehr als in dem durch Nrn. 2.1 bis 2.4 begrenzten Umfang geleistet werden. Ausnahmen bedürfen meiner vorherige Zustimmung.

7. Durchlaufende Mittel sowie Zuwendungen, Beiträge und Erstattungen Dritter unterliegen nicht den Beschränkungen der Nrn. 2. bis 6.

8. Buchung und Betriebsmittelbewirtschaftung

8.1 Die Einnahmen und Ausgaben 1985 sind an den Stellen zu buchen, die nach dem von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Landeshaushaltsplans 1985 oder nach dem Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß über diesen Entwurf vorgesehen sind.

8.2 Die Betriebsmittelbewirtschaftung richtet sich nach den VV zu § 43 LHO. Abweichend hiervon wird folgendes bestimmt:

Hauptgruppe 4: Die Betriebsmittel für persönliche Verwaltungsausgaben gelten als zugewiesen.

Ausnahmen: Die Betriebsmittel für die Titel 14 04 — 442 14, 17 02 — 442 . . und 17 02 — 443 04 sind vierteljährlich anzufordern.

Hauptgruppe 5: Die Betriebsmittel für sächliche Verwaltungsausgaben der **Obergruppen 51 bis 54** gelten nach Maßgabe der Nrn. 4.1 und 4.2 als zugewiesen.

Hauptgruppe 6: Die Betriebsmittel für die Rentenzahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz und für die Kindergeldzahlungen nach § 45 des Bundeskindergeldgesetzes gelten als zugewiesen.

Der Betriebsmittelbedarf ist wie seither unter Angabe des voraussichtlichen Bedarfs für den übernächsten und den drittnächsten Monat bis zum 15. des laufenden Monats anzumelden.

Wiesbaden, 18. Dezember 1984

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1000/1985 — III A 1

StAnz. 1/1985 S. 8

6

DER HESSISCHE MINISTER DER JUSTIZ

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel (Farbdruckstempel) mit der Umschrift „Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Frankfurt am Main", Kennziffer 18 mit dem Landeswappen ist in Verlust geraten und wird mit Wirkung vom 1. Juli 1984 für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 14. Dezember 1984

Der Hessische Minister der Justiz
5413 E — II/6 — 1812/84
StAnz. 1/1985 S. 10

7

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

Übertragung der Generalvollmacht auf Ministerialdirigenten Peter Knauer

Die mir nach dem Erlaß des Hessischen Ministerpräsidenten vom 16. September 1974 (StAnz. S. 1729) zustehende Befugnis, das Land Hessen in meinem Geschäftsbereich zu vertreten, übertrage ich mit sofortiger Wirkung allgemein auf

Ministerialdirigenten Peter Knauer, Wiesbaden,

für folgende Gruppen von Rechtsangelegenheiten:

1. Erteilung von Prozeßvollmachten,
2. Genehmigung von Miet- und Pachtverträgen,
3. Zeichnung von Urkunden, insbesondere von Kauf- und Übereignungsverträgen, Bestellungen von dinglichen Rechten, Abschluß von Vergleichen (§ 779 BGB), Versicherungsverträge.

Ministerialdirigent Knauer ist befugt, diese Vertretungsvollmacht weiter zu übertragen.

Wiesbaden, 10. Dezember 1984

Der Hessische Kultusminister
I A 1.1 — 019/01
StAnz. 1/1985 S. 10

8

Widerruf der Vollmacht für Ministerialdirigenten Joachim Ilnitzky

Bezug: Erlasse vom 24. Juli 1963 (StAnz. S. 908) und 25. Mai 1973 (StAnz. S. 1327)

Ministerialdirigent Joachim Ilnitzky ist mit Ablauf des 30. September 1984 in den Ruhestand getreten.

Ich widerrufe daher die ihm durch die Erlasse vom 24. Juli 1963 und 25. Mai 1973 erteilte Vollmacht mit Ablauf des 30. September 1984.

Wiesbaden, 10. Dezember 1984

Der Hessische Kultusminister
I A 1.1 — 019/01
StAnz. 1/1985 S. 10

9

Widerruf der Generalvollmacht für Ministerialrat Konrad Nitsche

Bezug: Erlaß vom 12. April 1976 (StAnz. S. 1007 ABl. S. 242) und Erlaß des MWK vom 6. September 1984 (StAnz. S. 1903)

Ministerialrat Konrad Nitsche ist mit Erlaß vom 6. September 1984 Generalvollmacht in diesem Geschäftsbereich übertragen worden.

Ich widerrufe die Ministerialrat Nitsche durch Erlaß vom 12. April 1976 erteilte Generalvollmacht für den Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministers mit Ablauf des 31. Dezember 1984.

Wiesbaden, 10. Dezember 1984

Der Hessische Kultusminister
I A 1.1 — 019/01
StAnz. 1/1985 S. 10

10

Umpfarrung der Stadtteile Idstein-Ehrenbach und Idstein-Eschenhahn aus der Katholischen Kirchengemeinde Niedernhausen-Engenhahn, St. Martha, in die Kath. Kirchengemeinde Idstein, St. Martin

Der Bischof von Limburg hat nach Anhörung des Verwaltungsrates der Katholischen Kirchengemeinde Niedernhausen-Engenhahn, St. Martha, und mit Zustimmung des Verwaltungsrates der Katholischen Kichengemeinde Idstein, St. Martin, verordnet, was folgt:

§ 1

Die Stadtteile Idstein-Ehrenbach und Idstein-Eschenhahn werden von der Katholischen Kirchengemeinde Niedernhausen-Engenhahn, St. Martha, abgetrennt und der Katholischen Kirchengemeinde Idstein, St. Martin, zugeteilt.

§ 2

Die in den Stadtteilen Idstein-Ehrenbach und Idstein-Eschenhahn wohnenden Katholiken scheiden aus der Pfarrvikarie St. Martha in Niedernhausen-Engenhahn aus und werden der Pfarrei St. Martin in Idstein zugewiesen.

§ 3

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. Januar 1985.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 17. Dezember 1984

Der Hessische Kultusminister
I B 6.2 — 883/02 — 247
StAnz. 1/1985 S. 10

11

Anordnung über den Pauschalbetrag für Aufwendungen zur Beschaffung von audio-visuellen Hilfsmitteln für den Unterricht

Bezug: Erlaß vom 14. Mai 1980 (ABl. S. 320 = StAnz. 1981 S. 885)

Auf Grund des § 29 Abs. 2 des Schulverwaltungsgesetzes i. d. F. vom 4. April 1978 (GVBl. I S. 232), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Mai 1982 (GVBl. I S. 99), ordne ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern an:

§ 1

Der Pauschalbetrag, den die Schulträger der öffentlichen Schulen nach § 29 Abs. 2 SchVG als Beitrag für die Aufwendungen zur Beschaffung von audio-visuellen Hilfsmitteln für den Unterricht zu leisten haben, wird bis auf weiteres für jedes Rechnungsjahr auf 2,60 DM je Schüler festgesetzt.

§ 2

Stichtag für die Errechnung der Schülerzahl ist:

1. bei den allgemeinbildenden Schulen der 15. Oktober,

2. bei den beruflichen Schulen der 15. November,

jeweils des vorvergangenen Jahres.

§ 3

Die Schulträger haben die aufzubringenden Beiträge in Teilbeträgen jeweils zum 15. März und 15. August an die Staatskasse Frankfurt am Main, Postgiro-Konto Ffm. 6821—601, zugunsten der Staatlichen Landesbildstelle Hessen, Frankfurt am Main, unter der Bezeichnung 04 44 Titelgruppe 71 zu zahlen.

§ 4

(1) Die Anordnung vom 14. Mai 1980 wird aufgehoben.

(2) Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft.

Wiesbaden, 12. Dezember 1984

Der Hessische Kultusminister
IV B 6 — 074/034
— Gült.-Verz. 7200 —
StAnz. 1/1985 S. 10

12 DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Unterbleiben der Planfeststellung nach den Straßengesetzen

Bezug: Erlaß vom 4. März 1974 (StAnz. S. 1274)

Mit Urteil vom 25. Januar 1982 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, daß die Entscheidung über das Unterbleiben der Planfeststellung ein Verwaltungsakt ist. Dieser Rechtsprechung hat sich der Hessische Verwaltungsgerichtshof in seinem Beschluß vom 27. August 1982 angeschlossen. Unter Beachtung dieser Rechtsprechung reicht es nicht mehr aus, nur auf Grund einer Erklärung der Straßenbaubehörde eine Entscheidung über das Unterbleiben der Planfeststellung zu treffen. Ich bitte deshalb, ab sofort wie folgt zu verfahren:

1. Den Antrag auf Unterbleiben der Planfeststellung für Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes, Landesstraßen in der Baulast des Landes Hessen und Kreisstraßen in der Baulast der Landkreise stellt das zuständige Hessische Straßenbauamt.

   Bei Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt, an denen die Gemeinden beteiligt sind (Gemeinschaftsbaumaßnahmen), können die Gemeinden, soweit sie Träger der Straßenbaulast sind, entweder selbst den Antrag stellen oder, was zweckmäßiger erscheint, dem zuständigen Straßenbauamt eine Vollmacht zur Beantragung erteilen. Werden Gehwege und Parkplätze von den Gemeinden an den überörtlichen Straßen gesondert gebaut, dann stellen die Gemeinden den Antrag selbst.

   Bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in der Baulast der Städte stellen diese den Antrag.

2. Dem Antrag sind folgende Unterlagen (in 1facher Ausfertigung) beizufügen:

2.1 Erläuterungsbericht, in dem die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahme begründet ist.

2.2 Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000.

2.3 Ausbauquerschnitt.

2.4 Lageplan, aus dem auch notwendige Änderungen von Zufahrten und Einfriedigungen zu ersehen sind. Die Veränderung des Bewuchses ist darzustellen (auf Böschungen o. ä.). Bei einem Eingriff i. S. des § 8 des Bundesnaturschutzgesetzes i. V. m. § 6 des Hessischen Naturschutzgesetzes ist in der Regel ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

2.5 Grunderwerbsplan und -verzeichnis, aus denen die betroffenen Grundstückseigentümer zu ersehen sind.

2.6 Darstellung der Rechtsbeeinträchtigung Dritter und Vorlage rechtsverbindlicher Erklärungen der in ihren Rechten betroffenen Dritten über ihr Einverständnis zur Beeinträchtigung ihrer Rechte (z. B. Besitzüberlassungserklärung, Kauf[vor]vertrag, Einverständniserklärung über die Änderung der Zufahrten und Einfriedigungen).

3. Sofern Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden, ist dies der Planfeststellungsbehörde gegenüber ausdrücklich zu erklären.

4. Vorlage der Stellungnahmen aller beteiligten Behörden und Gebietskörperschaften.

   Bei der Einschaltung der Gebietskörperschaften ist bei Maßnahmen, die sich auf Natur und Landschaft auswirken, sicherzustellen, daß der Naturschutzbeirat gehört wird.

   Für Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt ist eine Bürgerbeteiligung vorzunehmen, deren Durchführung die Gemeinde in ihrer Stellungnahme bestätigen muß. Bei allen anderen Maßnahmen ist den Gemeinden anheimzustellen, das Vorhaben vor Abgabe einer Stellungnahme der Bürgerschaft vorzustellen.

   Im Antrag ist darzulegen, wie den Anregungen und Hinweisen der Beteiligten entsprochen wird.

5. Vorlage der Stellungnahme der betroffenen Versorgungsunternehmen.

6. Soweit andere öffentlich-rechtliche Entscheidungen erforderlich sind (z. B. wasserrechtlicher Art, Waldumwandlungsgenehmigungen, Befreiungen von Verboten der Landschaftschutzgebietsverordnungen), sind diese vor Antragstellung einzuholen und mir vorzulegen.

Der o. a. Erlaß wird aufgehoben.

Wiesbaden, 30. November 1984

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 2 — 61 k 02 — StB 6/1984
— Gült.-Verz. 60 —
StAnz. 1/1985 S. 11

13

Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (VVzBO-ÖbVI)

Zur Durchführung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BO-ÖbVI) vom 21. Oktober 1975 (GVBl. I S. 236) und den dazu ergangenen Durchführungsverordnungen — 1. DVOzBO-ÖbVI vom 19. März 1976 (GVBl. I S. 219), 2. DVOzBO-ÖbVI vom 6. Dezember 1976 (GVBl. I S. 517) — wird unter Bezugnahme auf § 27 BO-ÖbVI folgendes bestimmt:

1. **Zulassungsverfahren**

   Es sind zu verwenden

   — für den Personalbogen (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 1. DVOzBO-ÖbVI) das Muster der Anlage 1

   — für die Zulassungsurkunde (§ 6 Abs. 1 BO-ÖbVI) das Muster der Anlage 2*)

   — für die Vereidigungsniederschrift und die Empfangsbestätigung über die Aushändigung der Zulassungsurkunde (§ 4 Abs. 2 1. DVOzBO-ÖbVI) das Muster der Anlage 3.*)

2. **Hinweise auf die Berufsausübung**

2.1 Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur darf auf seine Berufsausübung nur durch ein Namensschild an dem Gebäude, in dem sich die Geschäftsstelle befindet, und am Eingang zur Geschäftsstelle hinweisen. Größe und Form des Schildes dürfen nicht als Werbung wirken. Es darf außer Namen und Berufsbezeichnung keine weiteren Hinweise auf seine Tätigkeit enthalten.

   Hat der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur seine Geschäftsstelle verlegt, so ist das Namensschild an der früheren Geschäftsstelle spätestens ein Jahr nach der Verlegung zu entfernen.

2.2 Die Zulassung als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur und wesentliche Veränderungen (z. B. Verlegung der Geschäftsstelle, Anschriftenänderung, Bildung einer Arbeitsgemeinschaft und deren Veränderung) dürfen höchstens zweimal in den örtlichen Tageszeitungen und in Fachzeitschriften angezeigt werden. Die Anzeigen sollen keine übertrieben auffällige und reklamehafte Form haben.

2.3 Die Kraftfahrzeuge des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs können mit Hinweisen auf die Berufsausübung beschriftet werden. Die Beschriftung muß jeden werbenden Charakter vermeiden und darf die Größe DIN A4 nicht überschreiten. Sie darf nur Name und Berufsbezeichnung des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs sowie Anschrift und Telefonnummer der Geschäftsstelle enthalten.

3. **Auftragsannahme und -abwicklung, Auftragsstatistik**

3.1 Für jeden Auftrag, den der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur angenommen hat, ist ein Nachweis anzulegen, der

*) hier nicht abgedruckt

alle für die Auftragserledigung und Kostenermittlung wesentlichen Angaben enthält, den Gang der Bearbeitung erkennen läßt und auf dem die Kostenberechnung vorzunehmen ist. Hierfür kann das Muster der Anlage 4*) verwendet werden. Besteht ein Auftrag aus Arbeiten, die verschiedenen Sachgruppen (vgl. Nr. 3.2) zuzuordnen sind, so können diese auf einem Nachweis zusammengefaßt werden.

3.2 Die Aufträge sind nach folgenden Sachgruppen zu gliedern:
- — Teilungsvermessungen (ohne Vermessungen langgestreckter Anlagen)
- — Vermessungen langgestreckter Anlagen (z. B. Straßenschlußvermessungen)
- — Baulandumlegungen
- — Grenzregelungen
- — Grenzfeststellungen
- — Gebäudeeinmessungen
- — Lagepläne zu Bauanträgen
- — Absteckung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen
- — sonstige vermessungstechnische Arbeiten, beratende und gutachtliche Tätigkeiten
- — Abzeichnungen von Katasterkarten

Die Sachgruppen können weiter unterteilt werden.

3.3 Bei auftragsbezogenem Schriftwechsel sind stets die Geschäftsbuch-Nummer und der verantwortliche Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur (bei Arbeitsgemeinschaften) mit anzugeben.

3.4 Ein Auftrag ist dann als erledigt anzusehen, wenn
- a) der Auftraggeber die Ergebnisse der Arbeit erhält (z. B. Lageplan zum Bauantrag) oder
- b) die Vermessungsschriften der Vermessungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 BO-ÖbVI dem Katasteramt eingereicht worden sind.

3.5 Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat bis zum 1. März jedes Jahres der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahr auf dem Vordruck GK 100 (Anlage 6)*) zuzuleiten. Die Aufsichtsbehörde stellt die Übersichten zusammen und legt diese Zusammenstellung der Obersten Kataster- und Landesvermessungsbehörde bis zum 20. März jedes Jahres vor.

4. Geschäftsbuch

4.1 Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur hat das Geschäftsbuch nach § 2 Abs. 1 2. DVOzBO-ÖbVI jahrgangsweise in Buchform, im Loseblattsystem oder auf einer Datenverarbeitungsanlage zu führen. Es muß mindestens folgende Angaben enthalten:
- a) Auftragsnummer
- b) Tag der Annahme
- c) Name des Auftraggebers (Zahlungspflichtigen)
- d) genaue Bezeichnung des Auftrages
- e) Angabe des verantwortlichen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs (bei Arbeitsgemeinschaften)
- f) Tag der Beendigung der örtlichen Arbeiten
- g) Tag der Erledigung (vgl. Nr. 3.4)

4.2 Das Geschäftsbuch kann geführt werden
- — in Abschnitten gegliedert nach Sachgruppen,
- — ohne Gliederung nach Sachgruppen. Allerdings ist dann durch geeignete Kennzeichnung jeder Auftrag der (den) jeweiligen Sachgruppe(n) zuzuordnen.

5. Aktenführung

Die Akten (§ 4 Abs. 1 s. DVOzBO-ÖbVI) müssen so geführt werden, daß es einem sachverständigen Dritten in angemessener Zeit möglich ist, einen Vorgang insgesamt nachvollziehen zu können.

6. Personalakten

6.1 Die Aufsichtsbehörde führt über jeden Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur eine Personalakte. Die Verwaltungsvorschriften zu § 107 des Hessischen Beamtengesetzes vom 26. März 1984 (StAnz. S. 779) sind dabei sinngemäß anzuwenden.

6.2 Die von dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur gemäß § 4 Abs. 3 2. DVOzBO-ÖbVI zu führenden Personalakten über die bei ihm beschäftigten Personen (Fach- und Hilfskräfte sowie Nachwuchskräfte) enthalten alle personenbezogenen Unterlagen, insbesondere:
- a) Nachweis über die Schul- und Berufsausbildung (bei Fachkräften)
- b) Arbeitsvertrag bzw. Berufsausbildungsvertrag (bei Fach- und Bürokräften)
- c) Niederschrift über die Verpflichtung zur Verschwiegenheit
- d) sonstige personenbezogene Schriftstücke

Die Personalakten sind getrennt nach Personen zu führen und in verschließbaren Aktenschränken aufzubewahren.

7. Vermessungsbefugnis für Fachkräfte

7.1 Dem Antrag auf Erteilung einer Vermessungsbefugnis für Fachkräfte nach § 9 Abs. 4 BO-ÖbVI/§ 7 2. DVOzBO-ÖbVI sind beizufügen:
- a) Eine Kopie des Arbeitsvertrages zwischen dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur und der Fachkraft
- b) eine Kopie des Zeugnisses nach § 7 Abs. 3 Nr. 2 2. DVOzBO-ÖbVI sowie eine tabellarische Schilderung der bisherigen beruflichen Tätigkeit der Fachkraft
- c) für eine Vermessungsbefugnis gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 3 2. DVOzBO-ÖbVI die Probearbeiten
- d) für eine Vermessungsbefugnis gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 2. DVOzBO-ÖbVI die Nummer und Bezeichnung der Aufträge, auf die sich die Vermessungsbefugnis erstrecken soll.

7.2 Fachkräften, die die Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 Satz 2 2. DVOzBO-ÖbVI nicht erfüllen, denen aber nach altem Recht bzw. nach der Übergangsregelung des § 13 Abs. 1 2. DVOzBO-ÖbVI eine Vermessungsbefugnis erteilt worden ist, ist eine erloschene Vermessungsbefugnis (§ 7 Abs. 6 Satz 2 2. DVOzBO-ÖbVI) bei Wiedereintritt in ein Beschäftigungsverhältnis zu einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur auf Antrag und bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen (§ 7 Abs. 4 2. DVOzBO-ÖbVI) erneut zu erteilen.

8. Prüfung der Berufsausübung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

8.1 Von der Möglichkeit der örtlichen Überprüfung der von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren ausgeführten Katastervermessungen (§ 12 Abs. 1 und 2 2. DVOzBO-ÖbVI) soll insbesondere nur dann Gebrauch gemacht werden,
- — wenn offenkundige Mängel in der Berufsausübung gegeben sind
- — wenn begründeter Verdacht auf nicht sachgerechte Arbeitsausführung besteht.

8.2 Dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur bleibt es freigestellt, bei der örtlichen Überprüfung eigene Meßgehilfen zu stellen.

9. Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Veröffentlichungen, Mitteilungen

9.1 Die Zulassungsbehörde führt über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure eine Liste. Sie ist — ebenso wie sich darin ergebende Änderungen (Nr. 9.2) — im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen.

9.2 Zur Fortführung der Liste hat die Aufsichtsbehörde der Zulassungsbehörde alle ihr angezeigten Veränderungen (§ 1 Abs. 4 2. DVOzBO-ÖbVI) sowie das Erlöschen einer Zulassung durch Tod oder Verzicht (§ 17 BO-ÖbVI) umgehend mitzuteilen.

9.3 Außer den Veränderungen nach Nr. 9.2 hat die Aufsichtsbehörde der Zulassungsbehörde folgendes mitzuteilen:
- — die Bildung und Auflösung von Arbeitsgemeinschaften
- — die Einleitung von Maßnahmen nach § 15 Abs. 1 BO-ÖbVI und deren jeweiligen Sachstand
- — die Prüfung der Berufsausübung (§ 12 Abs. 2 und 2 2. DVOzBO-PbVI) durch Übersendung einer Ausfertigung der Prüfungsniederschrift
- — jeweils zum 20. Januar und 20. Juli jedes Jahres eine tabellarische Übersicht über die im vorangegangenen Kalenderhalbjahr durchgeführten Prüfungen der Berufsausübung mit deren wesentlichsten Ergebnissen.

9.4 Für die Meldung von Zu- und Abgängen an Fachkräften und Nachwuchskräften nach § 6 Abs. 4 2. DVOzBO-ÖbVI ist der Vordruck der Anlage 5*) zu verwenden. Meldungen auf Grund anderer Vorschriften (z. B. nach § 33 des Berufsbildungsgesetzes) bleiben hiervon unberührt.

Wiesbaden, 14. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III d 1 — K 2700 A — 205
— Gült.-Verz. 3634 —

StAnz. 1/1985 S. 11

*) hier nicht abgedruckt

*) hier nicht abgedruckt

Anlage 1

Personalbogen zum Antrag auf Zulassung als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

I. Personalangaben

Familienname .....
Vornamen .....
Anschrift .....
Geburtsdatum .....
Geburtsort .....
Staatsangehörigkeit .....
Familienstand .....

II. Schulbidung

von	bis	Schulart	Abschluß

III. Studium

von	bis	Hochschule bzw. Fachhochschule

Abschlußprüfung am ..... Gesamturteil .....
Promotion am ..... Gesamturteil .....

IV. Berufsausbildung

Vorbereitungsdienst

von	bis	Ausbildungsbehörde

Laufbahnprüfung am ..... Gesamturteil .....

V. Berufstätigkeit nach der Laufbahnprüfung

von	bis	Art der Tätigkeit	Beschäftigungsstelle

VI. Wehrdienst bzw. Ersatzdienst

von	bis	Art des Dienstes

VII. Niederlassungsort, Geschäftsstelle

Ort der Niederlassung .....
Anschrift der Geschäftsstelle .....

VIII. Sonstige Erklärungen

Ich werde nach meiner Zulassung eine andere Erwerbstätigkeit als die eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur weder selbständig noch unselbständig ausüben

Ich bin nicht in einem anderen Land als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur zugelassen

Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, daß ich ein Grundrecht verwirkt habe, liegt nicht vor

Ich bekämpfe nicht die freiheitlich demokratische Grundordnung

Die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter ist mir nicht aberkannt worden

Ich bin nicht entmündigt worden

Ich bin nicht in einem ordentlichen Strafverfahren zu einer Strafe verurteilt worden, auf Grund der ein Beamter seine Beamtenrechte verliert

Ich bin nicht Beamter gewesen, der im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Dienst entfernt worden ist

Ich bin nicht im Angestelltenverhältnis beschäftigt gewesen, aus dem ich wegen Kündigung aus wichtigem Grund, der bei einem Beamten zur Entfernung aus dem Dienst führen würde, ausgeschieden bin

Ich bin weder in Vermögensverfall geraten noch bin ich infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über mein Vermögen beschränkt

Ich bin in der Lage, den Beruf eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs selbständig auszuüben.

Erläuterungen und Ergänzungen zu vorstehenden Erklärungen:

Ich versichere hiermit, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissem gemacht habe

....., den .....

.....
(Unterschrift)

14

Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure;

hier: 13. Änderung

Bezug: Bekanntmachung vom 25. Juni 1976 (StAnz. S. 1274), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung vom 26. August 1983 (StAnz. S. 1824)

In der o. a. Liste ergeben sich folgende Änderungen

Lfd. Nr.	Name Vorname	a) Wohnanschrift b) Niederlassungsanschrift	Bemerkungen
39	Leimbach Justus	a) 6441/Ahlheim/OT Baumbach Am Loh 14 b) daselbst	Löschung wegen Verzichts auf die Zulassung ab 1. 12. 1983
54	Liermann Peter	a) 6100 Darmstadt-Eberstadt Heidelberger Landstr. 292 b) 6840 Lampertheim Ernst-Ludwig-Str. 23	Änderung der Anschriften von Wohnung und Niederlassung
56	Kalbhenn Paul-Gerhard	a) 6310 Grünberg 1 Theo-Koch-Str. 8 b) daselbst	Änderung von Wohn- und Niederlassungsanschrift
66	Lankowski Frank	a) 6200 Wiesbaden Matthias-Claudius-Str. 4 b) 6200 Wiesbaden Frankfurter Str. 28	Neuzulassung seit 26. 10. 83
67	Gehrisch Hans-Peter	a) 6149 Rimbach Goethestr. 3 b) 6149 Fürth Heppenheimer Str. 14	Neuzulassung seit 28. 12. 83
68	Gonschorek Gerhard	a) 6100 Darmstadt Landwehrstr. 24 b) 6090 Rüsselsheim Manganstr. 1	Neuzulassung seit 30. 5. 84
69	Kreis Achim	a) 6250 Limburg a. d. Lahn Dr.-Wolff-Str. 2 b) daselbst	Neuzulassung seit 12. 10. 84
70	Wittig Jürgen	a) 6253 Hadamar Alte Chaussee 10 b) 6380 Bad Homburg v. d. Höhe Frölingstr. 9	Neuzulassung seit 3. 12. 84

Wiesbaden, 12. Dezember 1984

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III d 1 — K 2700 B — 254 *StAnz. 1/1985 S. 14*

15

Bekanntmachung über die Erteilung einer 1. Teilgenehmigung für die Fa. NUKEM GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, eine Brennelementfabrik NUKEM-Gebäude 2 zu errichten

Gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 17 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) i. d. F. vom 8. April 1982 (BGBl. I S. 412) gebe ich bekannt:

Mit Bescheid vom 28. November 1984 habe ich der Fa. NUKEM GmbH, 6450 Hanau-Wolfgang, gemäß § 7 des Atomgesetzes i. d. F. vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), i. V. m. § 18 AtVfV sowie §§ 4, 6 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), eine Genehmigung erteilt, deren verfügender Teil folgenden Wortlaut hat:

Auf Grund des § 7 des Atomgesetzes (AtG) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), i. V. m. § 18 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) (BGBl. I S. 412) sowie §§ 4, 6 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), § 1 der Hessischen Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Atom- und Strahlenschutzrechts vom 29. Juli 1977 (GVBl. I S. 352), geändert durch Verordnung vom 7. Januar 1982 (GVBl. I S. 29), und § 8 Abs. 2 AtG erteile ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales, dem Hessischen Minister des Innern, dem Hessischen Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und dem Regierungspräsidenten in Darmstadt unter Bezugnahme auf die unter Abschn. III Nr. 1 aufgeführten Schreiben der Antragstellerin hiermit der Antragstellerin

NUKEM GmbH, 6450 Hanau,

unter den in diesem Bescheid und in dem unter Abschn. II 2 genannten Sicherungsbescheid festgesetzten Beschränkungen und Auflagen eine 1. Teilgenehmigung für die Errichtung (1. TEG) der Brennelementfabrik NUKEM-Gebäude 2 (NUKEM 2) in Flur 1, Flurstück 37/7, der Gemarkung Wolfgang.

Die Genehmigung ist unter Auflagen erteilt worden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgericht in Frankfurt, Adalbertstraße 44—48, 6000 Frankfurt am Main, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben und die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage sollen Abschriften für die übrigen Prozeßbeteiligten beigefügt werden.

Eine Ausfertigung des Bescheides liegt in der Zeit vom 8. Januar 1985 bis einschließlich 21. Januar 1985

a) beim Ministerium für Wirtschaft und Technik, Kleiststraße 25, 6200 Wiesbaden, und

b) beim Magistrat der Stadt Hanau, Am Markt 14—18, Stadtplanungsamt, 3. OG, Zimmer 336, 6450 Hanau,

während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Gemäß § 17 Abs. 2 Satz 4 AtVfV gilt der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Wiesbaden, 18. Dezember 1984

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
IV a 12 — 99.1.4.3.1.6.1
StAnz. 1/1985 S. 14

16

DER HESSISCHE MINISTER FÜR ARBEIT, UMWELT UND SOZIALES

Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Landesdarlehensstock

Bezug: Erlaß des damaligen Hessischen Sozialministers vom 21. Januar 1974 (StAnz. S. 317)

Die Praxis hat gezeigt, daß die Höhe der seit April 1968 unverändert gebliebenen Darlehensbeträge nach den o. a. Richtlinien in keiner passenden Relation zur Preis- und Kostenentwicklung der letzten Jahre mehr steht. Ich habe daher die in Abschn. V der Richtlinien aufgeführten Darlehenshöchstbeträge um **bis** zu 30 v. H. angehoben.

Außerdem habe ich die in Abschn. VI der Richtlinien (Sicherheiten) genannten Darlehensbeträge, die durch Rentenabtretung oder Verpflichtung zur Eigenleistung zu sichern sind, angemessen erhöht, und zwar bei den Kraftfahrzeugdarlehen von 1 500,— DM auf 2 000,— DM und den sonstigen Darlehen von 3 000,— DM auf 4 000,— DM.

Die nachstehenden Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Landesdarlehensstock, die ich redaktionell überarbeitet und neu gefaßt habe, gebe ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung bekannt.

Der o. a. Erlaß ist hiermit gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 14. November 1984

Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales
M — II A 2 b — 51 0 04
— Gült.-Verz. 343 —
StAnz. 1/1985 S. 15

Anlage

Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Landesdarlehensstock

Vorbemerkung

Der im Jahre 1949 gebildete Landesdarlehensstock wird von der Hauptfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen treuhänderisch verwaltet. Über das Sondervermögen hat die Hauptfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen jeweils zum 1. Februar eines jeden Jahres für das abgelaufene Haushaltsjahr dem Hessischen Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales einen Nachweis vorzulegen, aus dem das Gesamtkapital, bestehend aus Darlehensforderungen und Kassenbestand, zu Beginn und am Schluß des Jahres mit der entsprechenden Vermögensbewegung hervorgehen muß. Für die Stundung, die Niederschlagung und den Erlaß von Forderungen gelten die nach § 31 der Gemeindehaushaltsverordnung von der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen beschlossenen allgemeinen Grundsätze. Der Hessische Rechnungshof ist berechtigt, die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel an Ort und Stelle oder an seinem Sitz nachzuprüfen. Soweit er es für die Erfüllung des Prüfungszwecks für erforderlich hält, kann er die Prüfung auch auf die sonstige Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen erstrecken.

I. Zweckbestimmung

Die Mittel des Landesdarlehensstocks sind bestimmt für die Gewährung von Darlehen an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Schwerbehinderte. Die Darlehen dienen der Beschaffung von Kraftfahrzeugen aus berufs- oder schädigungsbedingten Gründen und der Wohnraumbeschaffung bzw. -instandsetzung. Außerdem können in besonders begründeten Härtefällen Sonderdarlehen gewährt werden.

Voraussetzung für die Gewährung der Hilfe ist, daß Leistungen nach den gesetzlichen oder sonstigen Bestimmungen nicht oder nicht ausreichend gewährt werden können.

II. Personenkreis

Antragsberechtigt sind Personen mit ständigem Wohnsitz in Hessen,

1. die laufende Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten oder
2. deren Anspruch auf Versorgungsbezüge oder Grundrente nach § 65 des Bundesversorgungsgesetzes ruht oder
3. die eine Kapitalabfindung nach den §§ 72 bis 78a des Bundesversorgungsgesetzes erhalten haben oder
4. die zu dem Personenkreis des § 39 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes gehören und deren Erwerbsfähigkeit um wenigstens 70 v. H. gemindert ist. Bei der Gewährung von Wohnungsdarlehen sind jedoch die in § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 1980 (BGBl. I S. 1085, geändert durch Art. 27 Unterart. 3 2. HaushaltsstrukturG vom 22. Dezember 1981 — BGBl. I S. 1523 —, und Art. 2 ÄndG vom 21. Juli 1982 — BGBl. I S. 969 — für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues vorgesehenen Einkommensgrenzen zu beachten.

Das gleiche gilt für Personen, die Leistungen nach anderen Bundesgesetzen in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes erhalten.

Die Antragsteller müssen Gewähr dafür bieten, daß die zur Verfügung gestellten Mittel für den angegebenen Zweck verwendet werden.

III. Art der Darlehen

1. **Kraftfahrzeugdarlehen**

Die Kraftfahrzeugdarlehen sind bestimmt zur Beschaffung oder Reparatur von Kraftfahrzeugen, wenn

a) Beschädigte infolge nicht als Schädigungsfolge anerkannter Behinderungen oder Leiden zur Erreichung ihres Arbeitsplatzes
b) nicht berufstätige Beschädigte wegen der Art oder der Schwere anderer, nicht als Schädigungsfolge anerkannter Behinderungen oder Leiden,
c) Körperbehinderte im Sinne des § 39 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes aus beruflichen Gründen oder infolge der bestehenden Behinderung

auf die regelmäßige Benutzung eines Kraftfahrzeuges angewiesen sind und Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz oder — im Falle der Schwerbehinderten — nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht gewährt werden können, soweit das anzurechnende Einkommen den doppelten Betrag der in § 79 des Bundessozialhilfegesetzes vorgesehenen Einkommensgrenze nicht übersteigt.

Darlehen zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen dürfen frühestens nach Ablauf von 5 Jahren neu bewilligt werden, es sei denn, daß das Kraftfahrzeug ohne Verschulden des Antragstellers nicht mehr reparaturfähig ist.

Zur Reparatur von Kraftfahrzeugen sind Darlehen nur dann zu gewähren, wenn die Reparaturkosten nach dem Kostenvoranschlag den Betrag von 400,— DM überschreiten.

2. **Wohnungsdarlehen**

Wohnungsdarlehen können gewährt werden für

a) die Errichtung oder den Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen,
b) die Zahlung von Baukostenzuschüssen, wenn ein dringendes Wohnraumbedürfnis vorliegt,
c) zur Instandsetzung von Eigenheimen und Wohnungen,
d) zur Wohnungsverbesserung (z. B. Einbau von Heizungen oder sanitären Anlagen, Um- und Anbauten).

Die Gewährung von Wohnungsdarlehen setzt voraus, daß das Eigenheim, die Eigentumswohnung oder die Mietwohnung von dem Anspruchsberechtigten selbst benutzt wird.

Ein dringendes Wohnraumbedürfnis nach den Buchst. a) und b) ist anzuerkennen wegen nicht ausreichenden Wohnraums, ungünstiger Lage der Wohnung im Hause, unzureichender hygienischer oder sanitärer Verhältnisse und bei Kündigung. Im übrigen kann ein Wohnraumbedürfnis auch anerkannt werden, wenn eine Umsetzung aus berufsbedingten Gründen erforderlich ist.

3. **Sonderdarlehen**

Durch die Bereitstellung von Sonderdarlehen sollen hochverzinsliche Kredite abgelöst werden, sofern die zu zahlenden Zinsen das durchschnittliche Zinsniveau auf dem allgemeinen Kapitalmarkt für gleichgelagerte Kredite übersteigen und damit eine wirtschaftliche Notlage bei dem Antragsteller eintritt. Die Kreditaufnahme darf nicht im Zusammenhang mit unwirtschaftlichem Verhalten stehen. Eine Ablösung öffentlicher Mittel ist nicht möglich.

IV. Voraussetzungen für die Darlehensgewährung

Leistungen aus dem Landesdarlehensstock kommen nur in Betracht, wenn und soweit Leistungen nach anderen gesetzlichen Vorschriften nicht oder nicht ausreichend gewährt werden kön-

nen. Bei Maßnahmen der Wohnungshilfe sind auch die Mittel des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Behinderte vorab in Anspruch zu nehmen.

Die Gewährung eines Darlehens setzt voraus, daß der Antragsteller aus eigenen Kräften nicht in der Lage ist, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Dies wird in der Regel der Fall sein, wenn die in der Kiregsopferfürsorge oder — für Behinderte — nach dem Bundessozialhilfegesetz für die jeweilige Leistung geforderten wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen. Hiervon kann jedoch abgewichen werden, wenn die erforderlichen Aufwendungen zu einer Belastung führen, die im Hinblick auf die sonstigen Lebenverhältnisse des Antragstellers nicht zumutbar erscheinen.

V. Höhe der Darlehen

1. Kraftfahrzeugdarlehen 4.000,— DM,
2. Wohnungsdarlehen
   a) für Eigenheime und Eigentumswohnungen 10.000,— DM,
   b) für Baukostenzuschüsse 4.000,— DM,
   c) zur Instandsetzung von Wohnraum 3.000,— DM,
   d) zur Verbesserung der Wohnverhältnisse 9.000,— DM
3. Sonderdarlehen zur Ablösung von Verbindlichkeiten 4.000,— DM.

VI. Sicherheiten

Kraftfahrzeugdarlehen bis zu 2 000,— DM und sonstige Darlehen bis zu 4 000,— DM sind durch Rentenabtretung oder Verpflichtung zur Eigenleistung, z. B. Vorlage der Bestätigung einer Bank über einen unwiderruflichen Dauerauftrag, zu sichern.

Für Darlehen, die diese Beträge jeweils überschreiten, sind in der Regel zusätzliche Sicherheiten zu fordern. Hierfür kommen in Betracht:

a) Grundpfandrechte,

b) Sicherungsübereignung beweglicher Sachen,

c) selbstschuldnerische Bürgschaft eines solventen Bürgen.

An die Bestellung von Sicherheiten sollen mit Rücksicht auf den Darlehenszweck und die soziale Lage der Antragsteller nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden.

VII. Verzinsung und Tilgung der Darlehen

	Zinssatz	Tilgungszeitraum (höchstens)
1. Kraftfahrzeugdarlehen	0 bis 3%	4 Jahre
2. Wohnungsdarlehen		
a) für Eigenheime und Eigentumswohnungen	1%	10 Jahre
b) für Baukostenzuschüsse	1%	4 Jahre
c) zur Instandsetzung von Wohnraum	1%	4 Jahre
d) zur Verbesserung der Wohnverhältnisse	1%	8 Jahre
3. Sonderdarlehen zur Ablösung von Verbindlichkeiten	1%	4 Jahre.

Sofern die vorgenannten Darlehen durch den Gläubiger fristlos gekündigt werden, erhöht sich der Zinssatz auf 1% über dem jeweiligen Diskontsatz.

Die Verzinsung beginnt mit dem 1. des Monats, der auf die Auszahlung des Darlehens folgt. Die Tilgung soll erst nach Ablauf eines angemessenen tilgungsfreien Zeitraumes beginnen. Im Falle des Erwerbs oder der möglichen Nutzung der mit dem Darlehen beschafften Sache ist der tilgungsfreie Zeitraum in der Regel auf 3 Monate nach dem Erwerb oder der Nutzung der Sache festzusetzen.

VIII. Vorzeitige Fälligkeit

Das Darlehen kann ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden, wenn

a) das Darlehen auf Grund wissentlich unrichtiger Angaben gewährt wurde oder wenn der Darlehensnehmer schuldhaft Angaben unterlassen hat, die für die Beurteilung des Antrags wesentlich sind;

b) der Darlehensnehmer das Vorhaben, zu dessen Verwirklichung das Darlehen dienen sollte, aufgibt;

c) der Darlehensnehmer die Zahlungen einstellt oder über sein Vermögen das Vergleichs- oder Konkursverfahren eröffnet wurde;

d) der Darlehensnehmer gegen den Darlehensvertrag oder die zur Sicherung des Darlehens abgeschlossenen Verträge verstößt;

e) Umstände eintreten, die die Weiterbelassung des Darlehens nicht mehr vertretbar erscheinen lassen;

f) der Darlehensnehmer mit einem Betrag in Höhe von drei Monatsraten in Verzug ist;

g) der Darlehensnehmer den im Darlehensvertrag geforderten Verwendungsnachweis nicht innerhalb von 2 Monaten erbringt.

IX. Verfahren

1. Der Darlehensantrag ist auf einem dafür vorgesehenen Formblatt mit den erforderlichen Unterlagen bei dem für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Magistrat bzw. Kreisausschuß — Fürsorgestelle für Kriegsopfer oder Sozialamt — einzureichen, der die sachliche Richtigkeit der Angaben des Antragstellers prüft und notwendige Ergänzungen veranlaßt. Der Antrag wird sodann mit sämtlichen Unterlagen und einer eigenen Stellungnahme der Fürsorgestelle für Kriegsopfer bzw. des Sozialamtes an die Hauptverwaltung bzw. zuständige Zweigverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen — Hauptfürsorgestelle — weitergeleitet.
2. Die Hauptfürsorgestelle entscheidet nach abschließender Prüfung über den Darlehensantrag. Soweit es in Ausnahmefällen zweckmäßig und vertretbar erscheint, kann die Bewilligung ausgesprochen werden, bevor die vom Antragsteller angebotenen Sicherheiten beigebracht sind. In diesen Fällen erfolgt die Bewilligung des Darlehens unter der Bedingung, daß innerhalb einer angemessenen Frist die Sicherheit gestellt wird. Von der Entscheidung über den Darlehensantrag ist der örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge bzw. der Sozialhilfe zu verständigen.

   Die Hauptfürsorgestelle hat mit dem Darlehensnehmer einen Darlehensvertrag abzuschließen, in dem insbesondere Art und Höhe, Verwendungszweck, Verzinsung und Tilgung des Darlehens sowie Leistung der Sicherheit zu regeln sind. Der Darlehensnehmer hat in dem Vertrag sein Einverständnis mit den Bestimmungen über die vorzeitige Fälligkeit (Teil VIII) zu erklären und sich zu verpflichten, die Hauptfürsorgestelle über jeden Akt der Zwangsvollstreckung in sein Vermögen oder Teile desselben unverzüglich zu benachrichtigen. Der Darlehensvertrag ist, soweit es sich um verheiratete Antragsteller handelt, von beiden Ehegatten zu unterzeichnen. Das Darlehen wird nach Abschluß des Darlehensvertrages und nach Bestellung der ggf. geforderten Sicherheiten ausgezahlt; die Auszahlung kann mit Zustimmung des Darlehensnehmers auch unmittelbar an die in Frage kommenden Dritten erfolgen. Die zweckentsprechende Verwendung der Darlehen ist von der Hauptfürsorgestelle zu überwachen. Der Darlehensnehmer hat einen Verwendungsnachweis zu führen.
3. In Ausnahmefällen kann mit Zustimmung des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales von diesen Richtlinien abgewichen werden.

17

Bekämpfung der Tollwut;

hier: Einheitliche Durchführung der Tollwut-Verordnung

Bezug: Erlaß des damaligen Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt vom 7. August 1978 (StAnz. S. 1941)

Die Anpassung der Methoden der Tollwutbekämpfung unter Beachtung tierschutz- und umweltrelevanter Aspekte sowie Änderungen an den zugrundeliegenden Rechtsvorschriften erfordern eine Angleichung des Bezugserlasses an den derzeitigen Stand. Der Bezugserlaß wird daher wie folgt geändert:

1. Nr. 1.1 erhält folgende Fassung:

   „§§ 36 bis 41 des Tierseuchengesetzes i. d. F. vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 387) — Anlage 1 —*)".
2. Die Anlage 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Nr. 1.5 Buchst. c) Satz 1 werden die Worte „beamteten Tierarztes" ersetzt durch das Wort „Amtstierarztes".
   b) In Nr. 1.5 Buchst. e) erhält der letzte Satz folgende Fassung:

      „Gegebenenfalls sind die Vorschriften der Verordnung über die Einfuhr und Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen vom 19. Juli 1983 (BGBl. I S. 967) zu beachten".
   c) In Nr. 4 wird das Wort „Viehseuchengesetz" ersetzt durch das Wort „Tierseuchengesetz".
   d) In den Nrn. 5.1, 8.1, 9.7, 9.8, 11.1 und 12.1 wird jeweils die Kurzform „ViehSG" ersetzt duch „TSG".

e) Nr. 5.3 Buchst. d) Abs. bb) erhält folgende Fassung:
„die Anlage zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn (Gefahrengutverordnung Eisenbahn — GGVE —) (Anlageband zum BgBl. I Nr. 54 vom 29. August 1979) Teil II Klasse 6.2 — Ansteckungsgefährliche und ekelerregende Stoffe — und die Sondergenehmigung Nr. 372 zu Anlage C der Eisenbahn-Verkehrsordnung (veröffentlicht unter der Nr. 1077/1971 im Tarif- und Verkehrsanzeiger, S. 387), geändert durch die Ausnahmegenehmigung vom 28. Januar 1977"

f) In Nr. 7.2 werden die Worte „Landrat oder Magistrat" ersetzt durch die Worte „Staatlichen Veterinäramt".

g) Die Nrn. 13.3 bis 13.3.7 werden ersatzlos gestrichen.

h) In Nr. 14 wird als letzter Satz angefügt: „Auf die Liste der nach den Richtlinien der DVG geprüften, als wirksam befundenen Desinfektionsmittel für die Tierhaltung wird hingewiesen".

3. Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Wiesbaden, 12. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
VII B 3 — 19b 26/49
— Gült.-Verz. 3562 —
StAnz. 1/1985 S. 16

18

Tierseuchenbeiträge für das Jahr 1985

Der nachstehende Vorstandsbeschluß der Hessischen Tierseuchenkasse vom 15. November 1984 wird gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz i. d. F. vom 23. Juni 1978 (GVBl. I S. 401), geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1982 (GVBl. I S. 144), genehmigt.

Wiesbaden, 20. November 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
VII B 1 — 19 a 28/09
StAnz. 1/1985 S. 17

Beschluß

§ 1

(1) Zur Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das Jahr 1985 werden die Beitragssätze für die einzelnen Tierarten wie folgt festgesetzt:

1.	**Einhufer**		beitragsfrei
2.	**Rinder**		
	1. bis 200. Tier,	je Tier	3,50 DM
	für jedes weitere Tier,	je Tier	4,— DM
	jedoch mindestens	je Bestand	5,— DM
3.	**Schafe**		
	unter 1 Jahr alt		beitragsfrei
	alle anderen Schafe,	je Tier	3,— DM
	jedoch mindestens	je Bestand	5,— DM
4.	**Schweine**		
	a) Ferkel		
	1. bis 200. Tier,	je Tier	—,80 DM
	201. bis 600. Tier,	je Tier	1,20 DM
	für jedes weitere Tier,	je Tier	1,50 DM
	b) alle anderen Schweine		
	1. bis 200. Tier,	je Tier	2,50 DM
	201. bis 600. Tier,	je Tier	3,80 DM
	für jedes weitere Tier,	je Tier	5,— DM
	c) jedoch mindestens	je Bestand	5,— DM
5.	**Ziegen**		beitragsfrei
6.	**Bienenvölker**	je Volk	4,— DM
7.	**Geflügel**		beitragsfrei
8.	**Süßwasserfische**		beitragsfrei

(2) Beitragsfrei sind Tiere, die dem Bund oder einem Land gehören und Schlachtvieh, das Viehhöfen, Schlachthöfen einschließlich der öffentlichen Schlachthäuser sowie sonstigen Schlachtstätten zugeführt ist.

(3) Tiere, die nicht nur vorübergehend außerhalb Hessens gehalten werden, unterliegen nicht der Beitragspflicht.

§ 2

(1) Der Beitragsberechnung wird der bei der letzten allgemeinen Viehzählung am 3. Dezember 1984 vorhandene Bestand an beitragspflichtigen Tieren einschließlich der am Zähltag vorübergehend abwesenden Tieren zugrunde gelegt. Veränderungen in Tierbeständen, die nach der Viehzählung bis zum 31. Dezember 1984 eintreten, werden von den Gemeinden auf Antrag nur insoweit berücksichtigt, als der Bestand einer Tierart auf Dauer abgeschafft ist. Veränderungen nach Beginn des Beitragsjahres haben keinen Einfluß auf die Beitragsberechnung.

(2) Ein am 3. Dezember 1984 vorhandener Bestand an beitragspflichtigen Tieren ist vom Besitzer bis zum 31. Januar 1985 an die Gemeinde nachzumelden, sofern der Bestand von der Viehzählung am 3. Dezember 1984 ausgenommen war oder aus sonstigen Gründen nicht erfaßt worden ist. Die Verpflichtung zur Nachmeldung besteht auch dann, wenn der Besitzer dem Statistischen Landesamt die Weiterleitungsermächtigung über die erforderlichen Angaben der Viehzählung zur Erhebung der Tierseuchenbeiträge nicht erteilt. Für die in Hessen wohnhaften Mitglieder des Landesverbandes Hessischer Imker e. V. (LHI) erfolgt die Nachmeldung der Bestände an Bienenvölkern durch den LHI. Imker, die nicht Mitglied im LHI sind, haben die Anzahl der Bienenvölker der Gemeinde bis zum 31. Januar 1985 nachzumelden.

(3) Bei Viehhändlern, Viehverwertungsgenossenschaften und dgl. sind 8 vom Hundert aller im Jahre 1984 auf eigene Rechnung umgesetzten Tiere als der für die Beitragsberechnung maßgebende Tierbestand anzusetzen; Bruchteile von Tieren bleiben unberücksichtigt.

(4) Bestand im Sinne dieses Beschlusses sind alle Tiere einer Art, die räumlich zusammengehalten oder gemeinsam versorgt werden; auch wenn sie verschiedenen Eigentümern gehören (z. B. Reitställe).

§ 3

(1) Die Beiträge sind am 15. Februar 1985 in voller Höhe fällig und sind innerhalb von vier Wochen nach der Fälligkeit durch die Gemeinden von den Besitzern der Tierbestände zu erheben. Die Gemeinden erheben die Beiträge für die Tiere, die im Gemeindegebiet gehalten werden. (Die Gemeinden können einen früheren Fälligkeitstermin bestimmen, jedoch nicht vor dem 1. 1. 1985, wenn dadurch die Beiträge gemeinsam mit anderen Abgaben erhoben werden können.)

(2) Die Beiträge für Bienenvölker der in Hessen wohnhaften Mitglieder des LHI werden von diesem bis zum 15. Februar 1985 unmittelbar an die Tierseuchenkasse abgeführt. Er übersendet den Gemeinden entsprechende Nachweisungen.

(3) Besitzer von Tierbeständen mit Pensionsvieh sind aufgefordert, den Gemeinden die Namen der Eigentümer jeweils mit der Anzahl der von ihnen am 3. Dezember 1984 in den Bestand eingestellten Tiere bekanntzugeben, damit die Eigentümer in Schadensfällen den Nachweis der Beitragsentrichtung führen können. Die Beitragsberechnung nach § 2 Abs. 1 oder 2 bleibt unberührt.

§ 4

Für Tierbesitzer, die schuldhaft

1. bei der Viehzählung oder der Nachmeldung nach § 2 Abs. 1 oder 2 eine zu geringe Tierzahl angeben
2. die nach § 2 Abs. 2 vorgeschriebene Nachmeldung unterlassen oder
3. die nach § 3 Abs. 1 erhobenen Beiträge nicht entrichten,

entfällt gemäß § 69 Abs. 3 des Tierseuchengesetzes der Anspruch auf Leistungen der Tierseuchenkasse.

§ 5

Einwendungen gegen die Erhebung der Beiträge sind an den Gemeindevorstand zu richten.

19

Krankenhausbedarfsplanung;

hier: Standortbestimmung für medizinische Großgeräte gemäß § 11 a KHG — Digitale Subtraktionsangiographie — DSA-Geräte —

Nach Abschluß der Anhörung der zu Beteiligenden gemäß § 11 a KHG ist die Standortbestimmung für das vorerwähnte medizinische Großgerät abgeschlossen. Danach ist die Vorhaltung einer Digitalen Subtraktionsangiographie — DSA-Gerät — für das Klinikum der Philipps-Universität Marburg zulässig.

Wiesbaden, 12. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
III B 2 — 18 c 04/03 — 30
StAnz. 1/1985 S. 17

20

Endgültige Anerkennung der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Odenwaldkreises in Michelstadt als Erziehungsberatungsstelle

Bezug: Erlaß vom 20. November 1980 (StAnz. S. 2391)

Gemäß vorbezeichnetem Erlaß erkenne ich die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Odenwaldkreises in 6120 Michelstadt, Erbacher Str. 25, als Erziehungsberatungsstelle endgültig an.

Wiesbaden, 13. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
StS — II B 3 a — 52 s 2203

StAnz. 1/1985 S. 18

21

Zusammenfassung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt mit der Meß- und Prüfstelle und der Zentralstelle für die Gewerbeaufsicht sowie der Abteilung Energie- und Umwelttechnik der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen zur Hessischen Landesanstalt für Umwelt

Bezug:
1. Beschluß über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen vom 31. Juli 1984 (GVBl. I S. 233)
2. Erlaß des damaligen Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 8. November 1981 (StAnz. S. 2242) über die Errichtung sowie über Organisation und Aufgaben der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
3. Mein Erlaß vom 28. November 1960 — III Az. 53 d 10.07.31 — Tgb.-Nr. 003881/60 — (n. v.) über die Errichtung der Meß- und Prüfstelle für die Gewerbeaufsicht
4. Mein Erlaß vom 6. Oktober 1981 (StAnz. S. 2034) über die Errichtung einer Außenstelle der Meß- und Prüfstelle für die Gewerbeaufsicht
5. Mein Erlaß vom 9. November 1979 — M/IC — 7e — 010 — (n. v.) über die Einrichtung der Hessischen Zentralstelle für Gewerbeaufsicht

Zum 1. Januar 1985 werden
1. die bisher eigenständige Dienststelle Meß- und Prüfstelle für die Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Hessen in Kassel mit
   — Außenstelle in Darmstadt,
   — Landessammelstelle für radioaktive Abfälle in Ebsdorfergrund-Roßberg und
2. die seither zum Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden gehörende Hessische Zentralstelle für Gewerbeaufsicht in Wiesbaden sowie
3. die Abteilung Energie, und Umwelttechnik der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen, Amt Kassel

unter Beibehaltung der bisherigen Dienstorte in die Hessische Landesanstalt für Umwelt eingegliedert.

Die Aufgaben der bisherigen Dienststellen werden von diesem Zeitpunkt an von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Wiesbaden, mit Sitz in Wiesbaden und Außenstellen in Kassel und Darmstadt, wahrgenommen. Die Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland — Institut für angewandte Vogelkunde in Frankfurt am Main — ist der Hessischen Landesanstalt für Umwelt angegliedert.

Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist dem Hessischen Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales unmittelbar nachgeordnet. Die Fachaufsicht über die Bereiche Ökologie und Wasser obliegt dem Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz; dies gilt auch für den Teil der Dienstaufsicht, der die Personalangelegenheiten der im Einzelplan des Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz ausgewiesenen Stellen der Landesanstalt betrifft.

Die Landesanstalt für Umwelt gliedert sich in drei Abteilungen mit folgenden Bezeichnungen:

Abteilung I — Zentrale Dienste —
Abteilung II — Ökologie, Wasser, Abfall —
Abteilung III — Immissions-, Arbeits- u. Strahlenschutz —.

Meine Bezugserlasse zu 3, 4 und 5 werden aufgehoben, der Bezugserlaß zu 2 wird entsprechend geändert.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik und dem Hessischen Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Die zuständige Personalvertretung hat dieser Maßnahme zugestimmt.

Wiesbaden, 13. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit,
Umwelt und Soziales
M — VB5 — 7b 02 — 43

StAnz. 1/1985 S. 18

22

DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Zweiunddreißigste bis Fünfundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer

Bezug: Meine Erlasse vom 7. März 1980 (StAnz. S. 585), 21. April 1981 (StAnz. S. 1056), 3. Juni 1981 (StAnz. S. 1276), 17. Februar 1982 (StAnz. S. 516), 29. Juni 1982 (StAnz. S. 1332), 10. Februar 1983 (StAnz. S. 664), 7. April 1983 (StAnz. S. 920) und 11. Oktober 1983 (StAnz. S. 2104)

Die Bundesregierung hat mit Zustimmung des Bundesrats nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), die Zweiunddreißigste bis Fünfundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer am 5. September 1984 erlassen (GBl. S. 338—362). Im einzelnen handelt es sich um folgende Verwaltungsvorschriften:

32. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Arzneimittel
33. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Herstellung von Perboraten
34. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Herstellung von Bariumverbindungen
35. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Hochdisperse Oxide
36. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Herstellung von Kohlenwasserstoffen
37. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Herstellung anorganischer Pigmente
38. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Textilherstellung
39. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Nichteisenmetallherstellung
40. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Metallbearbeitung, Metallverarbeitung
41. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Glasherstellung und -verarbeitung
42. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Alkalichloridelektrolyse nach dem Amalgamverfahren
43. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Chemiefasern
44. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Herstellung von mineralischen Düngemitteln außer Kali
45. Abwasser-Verwaltungsvorschrift — Erdölverarbeitung

Mit diesen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden Mindestanforderungen an die Einleitungen von Abwasser aus den genannten Produktionszweigen in die Gewässer festgelegt. Ich bitte um Beachtung.

Diese Bekanntmachung erfolgt im Anschluß an die im Bezug genannten Erlasse. Im Erlaß vom 10. Februar 1983 (StAnz. S. 664) sind nähere Angaben über die Anwendung der Verwaltungsvorschriften enthalten.

Dieser Erlaß wird nebst Anlage im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht.

Wiesbaden, 10. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
IC2 — VB2 — 79b 04.01 — 1667/84
Gült.-Verz. 85 —
StAnz. 1/1985 S. 18

Anlage

Zweiunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Arzneimittel) — 32. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 338)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung von Arzneimitteln i. S. von § 2 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 4 Arzneimittelgesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445, 2448), soweit es sich um chemisch oder biochemisch definierte Arzneimittel handelt, stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus Kühlsystemen und aus der Betriebswasseraufbereitung, soweit es nicht als Verdünnungswasser zur Verringerung der Fracht an Chemischem Sauerstoffbedarf (CSB) des unter Nr. 1.1 genannten Abwassers bis zu einem Verhältnis von 1 : 1 zugemischt wird.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1	Absetzbare Stoffe	0,5 ml/l in der Stichprobe
2.1.2	Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5)	50 mg/l in der 2-Std.-Mischprobe
2.1.3	Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F	6 in der 2-Std.-Mischprobe
2.1.4	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	Ein Ablaufwert in der 2-Std.-Mischprobe, der einer Verminderung des CSB um mindestens 75 v.H. entspricht.

Die CSB-Verminderung bezieht sich auf das Verhältnis der Schmutzfracht im Zulauf zu derjenigen im Ablauf der zentralen Abwasserbehandlungsanlage in 24 Stunden. Für die Schmutzfracht des Zulaufs ist die der Erlaubnis zugrundezulegende Belastung der Anlage maßgebend. Der Umfang der CSB-Verminderung ist auf der Grundlage von Bemessung und Funktionsweise der Abwasserbehandlungsanlage zu beurteilen.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage, bei Einhaltung eines Verdünnungsverhältnisses bis zu 1 : 1 in deren Zulauf.

Den Werten der Nr. 2.1 liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409-H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.2	Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5) von der abgesetzten Probe:	DEV H 5 a 2 (4. Lieferung 1966) unter zusätzlicher Hemmung der Nitrifikation mit 0,5 mg/l Allylthioharnstoff
2.2.3	Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe:	DIN 38412 L 20 (Ausgabe Dezember 1980) unter zusätzlicher Konstanthaltung des pH-Wertes zwischen 6,5 und 7,2
2.2.4	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409-H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

Wird der CSB von der nicht abgesetzten Probe bestimmt, so erhöht sich ein in Anwendung der Nr. 2.1.4 festgelegter Wert um 25 mg/l.

2.3 Ein in den Nrn. 2.1.1 bis 2.1.3 bestimmter oder ein in Anwendung der Nr. 2.1.4 festgesetzter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Der in Nr. 2.1.3 für Fischgiftigkeit bestimmte Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen in vier Fällen diesen Wert nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Wird in einer Einzelprobe der für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1.1 festgelegte Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,5 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 50 mg/l nicht übersteigt[1]).

1) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409 — H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Dreiunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Herstellung von Perboraten) — 33. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 339)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Produktion von Perboraten stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus der Betriebswasseraufbereitung sowie aus Kühlsystemen.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten von Abwasser werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Schmutzwassermenge:

50 m³/t (bezogen auf eine 24-Stunden-Messung bei Trockenwetterabfluß)

2.1.2 Abwasserinhaltstoffe

		Stichprobe	2-Std.-Mischprobe	24-Std.-Mischprobe
Absetzbare Stoffe		0,5 ml/l	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)*	mg/l	—	100	—
	kg/t	—	—	1,2
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor	G_F	—	8	—
Bor aus Boraten	mg/l	—	500	—
	kg/t	—	—	6

2.1.3 Die produktionsspezifischen Werte (m³/t, kg/t) beziehen sich auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrunde liegende Produktion in 24 Stunden.

2.2 Der Wert für absetzbare Stoffe bezieht sich auch auf den Ablauf der Absetzanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980) ein vorhandener H_2O_2-Gehalt ist separat zu bestimmen und in Abzug zu bringen

2.2.3 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.4 Bor aus Boraten von der filtrierten Probe: DIN 38405 — D 17 (Ausgabe Februar 1981)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Der in Nr. 2.1 für Fischgiftigkeit bestimmte Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

* Nach Abzug des CSB-Wertes, der sich aus einem vorhandenen Wasserstoffperoxid-Gehalt (H_2O_2) unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DEV F4 (6. Lieferung 1971) ergibt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Vierunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Herstellung von Bariumverbindungen) — 34. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 340)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Produktion von Bariumverbindungen stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus

1.2.1 der Herstellung von Lithoponen und gefälltem Bariumsulfat sowie

1.2.2 der Betriebswasseraufbereitung und aus Kühlsystemen.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten von Abwasser werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Schmutzwassermenge: 35 m³/t (bezogen auf eine 24-Std.-Messung bei Trockenwetterabfluß).

Der produktionsspezifische Frachtwert bezieht sich auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrunde liegende Produktion in 24 Stunden.

2.1.2 Abwasserinhaltstoffe

		Stichprobe	2-Std.-Mischprobe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,5	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe	mg/l	—	100
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	3
Barium	mg/l	—	5
Sulfid	mg/l	—	1

2.2 Die Werte der Nr. 2.1.2 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.3 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.4 Barium von der filtrierten Probe: Anlage

2.2.5 Sulfid von der filtrierten Probe: DEV D 7b (8. Lieferung 1979)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet.

Der in Nr. 2.1 für Fischgiftigkeit bestimmte Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Anlage

Bestimmung des Barium-Gehaltes

Die durch einen Filter mit einer mittleren Porenweite von 0,45 µm filtrierte Probe wird mit einer wässrigen Kaliumchloridlösung 1 : 1 (K zur Unterdrückung der Ionisation) verdünnt (18 g Kaliumchlorid, KCl, gelöst in 1 l bidestilliertem Wasser). Bezugslösungen müssen die gleiche Kaliumkonzentration enthalten.

Aus dieser Lösung wird Barium mittels Atomabsorption-Spektroskopie bei Verwendung einer **Lachgas-Acetylen-Flamme** bestimmt.

Fünfunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Hochdisperse Oxide) — 35. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 341)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung von hochdispersen Oxiden nach dem Verfahren der Flammenhydrolyse stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus Kühlsystemen und aus der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten von Abwasser werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Schmutzwassermenge: 150 m³/t (bezogen auf eine 24-Stunden-Messung bei Trockenwetterabfluß)

2.1.2 Abwasserinhaltsstoffe:

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe	24-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	mg/l	30	—	—
Wirksames Chlor	kg/t	—	—	0,6
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	16	—
Chlorid	kg/t	—	—	470

2.1.3 die produktionsspezifischen Frachtwerte der Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 (m³/t, kg/t) beziehen sich auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrunde liegende Produktion in 24 Stunden.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage. Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 10 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Wirksames Chlor von der filtrierten Probe: DEV G 4.1 b (7. Lieferung 1975) Glasfaserfilter, nicht mit Unterdruck

2.2.3 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.4 Chlorid von der filtrierten Probe: DEV D 1.3 (3. Lieferung 1964)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet.

Der in Nr. 2.1 für Fischgiftigkeit bestimmte Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Sechsunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Herstellung von Kohlenwasserstoffen) — 36. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 342)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung von Kohlenwasserstoffen stammt.

Hierzu zählt die

- Erzeugung bestimmter Kohlenwasserstoffe — im wesentlichen Olefinkohlenwasserstoffe mit 2 bis 4 Kohlenstoffatomen sowie Benzol, Toluol und Xylole — aus Mineralölprodukten durch Cracken unter Zuhilfenahme von Dampf,
- Erzeugung reiner Kohlenwasserstoffe oder bestimmter Mischungen von Kohlenwasserstoffen aus Mineralölprodukten oder gecrackten Mineralölprodukten mittels physikalischer Methoden,
- Umwandlung von Kohlenwasserstoffen in andere Kohlenwasserstoffe durch die chemischen Verfahren der Hydrierung, Dehydrierung, Alkylierung, Dealkylierung, Hydrodealkylierung, Isomerisierung oder Disproportionierung.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus

1.2.1 Kühlsystemen und der Betriebswasseraufbereitung,

1.2.2 der Erdölverarbeitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

	Frachtwert	Konzentrationswert		
	24-Std.-Mischprobe	Stichprobe	2-Std.-Mischprobe	24-Std.-Mischprobe
Absetzbare Stoffe ml/l	—	0,3	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)				
mg/l	—	—	300	250
kg/t	1	—	—	—
Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5)				
mg/l	—	—	35	30
Kohlenwasserstoffe				
mg/l	—	—	10	7
Phenolindex nach Destillation				
mg/l	—	—	0,6	0,5

Der Frachtwert (kg/t) gilt nur für Werke, die Steamcracker betreiben, und ist bezogen auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrunde liegende Ethylenkapazität in 24 Stunden.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.2	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)
2.2.3	Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5) von der abgesetzten Probe:	DEV H 5a2 (4. Lieferung 1966) unter zusätzlicher Hemmung der Nitrifikation mit 0,5 mg/l Allylthioharnstoff
2.2.4	Phenolindex nach Destillation und Farbstoffextraktion von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	Anlage
2.2.5	Kohlenwasserstoffe von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38409 — H 18 (Ausgabe Februar 1981)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben dabei unberücksichtigt.
Wird in einer Einzelprobe der für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 festgelegte Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,3 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 30 mg/l nicht übersteigt.[1])

1) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409 — H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Anlage

Bestimmung des „Phenol-Index nach Destillation und Farbstoffextraktion"

1. Grundsatz

Unter dem „Phenol-Index nach Destillation ..." versteht man die im Wasser enthaltenen Stoffe, die nach den Reaktionsbedingungen dieser Methode bei einer Wellenlänge von 460 nm mit 4-Aminoantipyrin eine Färbung ergeben.

Die wasserdampfflüchtigen Stoffe werden von dem Hauptteil der Begleitstoffe und Konservierungsreagenzien durch Destillation bei pH 4 abgetrennt.

In dem Destillat sind kupplungsfähige Phenole und andere kupplungsfähige Substanzen enthalten, die mit 4-Aminoantipyrin in Anwesenheit von Kaliumhexacyanoferrat (III) in alkalischer Lösung gefärbte Antipyrinfarbstoffe ergeben, die mit Chloroform ausgeschüttelt werden. Neben den Phenolen sind z. B. aromatische Amine teilweise oxidativ kupplungsfähige Substanzen. Sollen diese nicht miterfaßt werden, muß bei pH 0,5 aus schwefelsaurer Lösung destilliert werden. Die Farbintensität des Chloroformauszugs wird fotometrisch gemessen.

Die Bestimmungsgrenze dieser Methode ermöglicht die Messung von „Phenol-Indizes", die größer als 10 µg/l sind. Als Bezugsstandard wird Phenol (C_6H_5OH) verwendet.

2. Chemikalien

Als Chemikalien werden nur solche des Reinheitsgrades „zur Analyse", als Wasser wird destilliertes oder Wasser gleichen Reinheitsgrades verwendet. Bei erhöhten und schwankenden Phenol-Index-Werten im destillierten Wasser (Blindwert) muß für diese Verfahren aus alkalischem Milieu (pH-Wert > 11) bidestilliertes Wasser verwendet werden. Deionisiertes Wasser ist im allgemeinen nicht geeignet.

2.1 Schwefelsäure, H_2SO_4, ϱ = 1,84 g/ml

2.2 Phosphorsäure, H_3PO_4, ϱ = 1,70 g/ml

2.3 Salzsäure: 1 Volumenteil Salzsäure, HCl, ϱ = 1,125 g/ml, wird zu 1 Volumenteil Wasser gegeben.

2.4 Natronlauge, NaOH, ϱ = 400 g/l:
40 g NaOH werden in Wasser gelöst, die Lösung wird mit Wasser auf 100 ml aufgefüllt; sie wird in einer Polyethylenflasche aufbewahrt.

2.5 Ammoniaklösung, NH_3, ϱ = 0,91 g/ml

2.6 Pufferlösung, pH-Wert 10;
34 g Ammoniumchlorid, NH_4Cl, 200 g Kalium-Natrium-Tartrat, $KNaC_4H_4O_6 \cdot 4H_2O$, werden in 700 ml Wasser gelöst und mit 15 ml Ammoniaklösung (nach Abschnitt 7.3.5) versetzt. Die Lösung wird mit Wasser auf 1 l verdünnt. Der pH-Wert wird mit Ammoniaklösung (nach Abschnitt 7.3.5) auf 10 eingestellt.

2.7 Aminoantipyrin-Lösung;
2,0 g 4-Amino-2,3-dimethyl-l-phenyl-3-pyrazolin-5-on, $C_{11}H_{13}N_3O$, werden in Wasser gelöst; die Lösung wird mit Wasser auf 100 ml aufgefüllt. Sie ist vor Gebrauch frisch anzusetzen. Wenn beim Auflösen rot gefärbte Partikel zurückbleiben, ist das Reagenz nicht mehr verwendbar.

2.8 Pufferlösung, pH-Wert 4: 150,9 g Dinatriumhydrogenphosphat, $Na_2HPO_4 \cdot 2H_2O$, und 142,0 g Citronensäure, $C_6H_8O_7 \cdot H_2O$, werden in Wasser gelöst; die Lösung wird mit Wasser auf 1 l aufgefüllt.

2.9 Eisen(III)-sulfat, $Fe_2(SO_4)_3$

2.10 Kaliumhexacyanoferrat(III)-Lösung:
8 g K_3 (Fe[CN]$_6$) werden in Wasser gelöst; die Lösung wird mit Wasser auf 100 ml aufgefüllt und im Dunkeln aufbewahrt. Wenn die Lösung getrübt ist, wird sie filtriert; sie ist etwa 1 Woche haltbar.

2.11 Cobaltsulfat-Lösung:
15 g $CoSO_4 \cdot 7H_2O$ werden in Wasser gelöst, die Lösung wird mit Wasser auf 1 l aufgefüllt.

2.12 Ascorbinsäure, $C_6H_8O_6$

2.13 Natriumsulfat, Na_2SO_4, wasserfrei, 2 Stunden bei 200°C getrocknet

2.14 Kupfersulfat, $CuSO_4$ $5H_2O$

2.15 Kaliumiodid, KI, bzw. Kaliumiodid-Stärkepapier

2.16 Chloroform, $CHCl_3$

2.16.1 Phenol-Stammlösung, ϱ = 1,0 g/l;
1,00 g unzersetztes Phenol C_6H_5OH (farblos, fest), wird in Wasser gelöst; die Lösung wird mit Wasser auf 1 000 ml aufgefüllt. Sie ist etwa 1 Woche haltbar.

2.16.2 Phenol-Standardlösung (I), ϱ = 10,0 mg/l;
10 ml der Phenol-Stammlösung (2.16.1) werden in einem Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser auf 1 000 ml verdünnt. Die Lösung wird vor Gebrauch frisch hergestellt.

2.16.3 Phenol-Standardlösung (II), ϱ = 1,0 mg/l;
100 ml der Phenol-Standardlösung (I) (2.16.2) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser auf 1 000 ml verdünnt. Die Lösung wird vor Gebrauch frisch hergestellt.

2.16.4 Phenol-Standardlösung (III), ϱ = 0,1 mg/l;
10 ml der Phenol-Standardlösung (I) (2.16.2) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser auf 1 000 ml verdünnt. Die Lösung wird vor Gebrauch frisch hergestellt.

3. Geräte

3.1 *Fotometer*
Spektral- oder Filterfotometer geeignet für den Gebrauch im Wellenlängenbereich von 460 nm

3.2 1 l Scheidetrichter

3.3 Pipetten, Dispenser, Meßzylinder, Meßkolben, Trichter

3.4 Destillationsapparatur einschließlich 1 l Destillationskolben

3.5 pH-Meßgerät

3.6 Schüttelmaschine

3.7 Magnetrührer

3.8 Magnetrührstab (PTFE-ummantelt)

4. Durchführung

4.1 *Probenahme und Probenvorbehandlung*

4.1.1 Bioreaktionen
Die Wasserproben werden in braunen Glasflaschen oder PTFE-Flaschen genommen. Da phenolische Verbindungen in Wasser sowohl chemisch wie auch biochemisch oxidiert werden können, sollen die Wasserproben möglichst innerhalb von 4 Stunden nach der Probenahme untersucht werden.

Ist dies nicht möglich, so wird die Wasserprobe auf einen pH-Wert < 4 eingestellt, und es wird ihr je 1 Liter 1 g Kupfersulfat (2.14) zugefügt. Eventuell ausgefälltes Kupfersulfid muß vor der Bestimmung abgetrennt werden.

4.1.2 Reduzierende Substanzen

Enthält die Probe Sulfit, Nitrit oder andere reduzierende Verbindungen. (Prüfung der Wasserprobe mit Kaliumjodid-Stärke [2.15] wird nach der Erstellung auf pH 4 Eisen[III]-sulfat [2.9] zugesetzt.)

4.1.3 Oxidierende Substanzen

Wenn die Probe z. B. nach Chlor riecht, oder wenn beim Ansäuern der Probe aus Kaliumiodid Jod freigesetzt wird, sollte das so erkannte Oxidationsmittel sofort nach der Probenahme durch Ascorbinsäure (2.12) reduziert werden.

4.1.4 Cyanide

In Anwesenheit von Cyaniden (> 1 mg/l) wird die Probe vor der Durchführung mit 5 ml Cobaltsulfat-Lösung (2.11) versetzt.

4.1.5 Färbende Substanzen

Wasserinhaltsstoffe, die farbig sind oder in Abwesenheit von 4-Aminoantipyrin farbige Stoffe bilden, *können einen Phenol-Index vortäuschen.* Zu ihrer Feststellung wird eine Wasserprobe wie in der Durchführungsvorschrift (4) angegeben behandelt, jedoch ohne Zusatz von 4-Aminoantipyrin. Der hierbei erhaltene matrixeigene Blindwert wird von dem Wert für das gemessene spektrale Absorptionsmaß der farbigen Wasserprobe abgezogen.

So vorbehandelte Proben sollen bei 4°C aufbewahrt und innerhalb von 24 Stunden analysiert werden.

4.2 *Destillation*

500 ml der homogenisierten Wasserprobe werden in den Destillationskolben gegeben und mit 0,5 g Kupfersulfat (2.14) versetzt. Wurde die Probe durch Zusatz von Kupfersulfat (4.1) konserviert, unterbleibt die Zugabe. Mit Hilfe eines Magnetrührstabs wird die Lösung 10 Minuten gerührt. Nach Zufügen von 50 ml Pufferlösung (2.8) wird der pH-Wert auf 4 (ggf. 0,5; siehe Abschnitt 1, Grundsatz) eingestellt. Der Destillationskolben wird mit dem Schilfaufsatz und dieser mit dem Kühler verbunden; als Vorlage dient ein Meßzylinder, Nennvolumen 500 ml. Es werden (400 ± 10) ml der Wasserprobe destilliert.

4.3 *Bestimmung*

Alle im folgenden verwendeten Lösungen müssen Raumtemperatur haben.

Das Destillat wird mit Wasser auf 500 ml aufgefüllt. Überschreitet der Phenol-Index 0,15 mg/l in dieser Analysenprobe, so wird die Probe mit destilliertem Wasser auf das doppelte Volumen verdünnt. Erforderlichenfalls wird der Verdünnungsschritt so oft wiederholt, bis der Phenol-Index in der dann erhaltenen Analysenprobe von 500 ml erstmals unter 0,15 mg/l liegt. Für die gleichzeitig angesetzte Blindprobe werden 500 ml destilliertes Wasser eingesetzt.

500 ml der Probe werden in den Scheidetrichter gegeben und mit 20 ml Pufferlösung (2.6) versetzt.

Der pH-Wert soll 10 ± 0,2 betragen; wenn nötig, wird er mit Ammoniak-Lösung (2.5) eingestellt.

Man gibt nun 3 ml Aminoantipyrin-Lösung (2.7) hinzu, schüttelt das Gemisch kurz, fügt 3 ml Kaliumhexacyanoferrat-Lösung (2.10) zu und schüttelt wieder. Der entstandene Farbstoff wird durch 5 Minuten langes, intensives, am besten maschinelles Schütteln mit 25 ml Chloroform (2.16) extrahiert. Nach 15 Minuten haben sich die Phasen getrennt. Bei unvollständiger Phasentrennung kann das Gemisch zentrifugiert werden.

Danach wird die Chloroformphase über etwa 5 g Natriumsulfat (2.13) in einen Meßkolben, Nennvolumen 25 ml, filtriert und das Filtrat durch Nachwaschen mit Chloroform bis zur Marke aufgefüllt. Diese Lösung wird innerhalb von 4 Stunden bei 460 nm gegen Chloroform photometriert. In gleicher Weise wird eine Blindprobe untersucht, bei der anstelle der Wasserprobe 500 ml Wasser (2) eingesetzt werden. Alle Chloroformextrakte müssen für die Umwelt schadlos beseitigt werden.

5. Aufstellen einer Eichkurve

Entsprechend dem zu erwartenden Phenol-Index der Wasserprobe werden aus der Phenol-Standardlösung (II) (2.6.3) oder (III) (2.16.4) Eichlösungen hergestellt, die den erwarteten Meßbereich möglichst gleichmäßig überdecken. Für den Bereich von 20 bis 100 µg/l geht man beispielsweise so vor:

In einer Serie von 6 Meßkolben, Nennvolumen 500 ml, pipettiert man in den ersten Kolben 10 ml, in den zweiten 20 ml, in den dritten 30 ml, in den vierten 40 ml und in den fünften 50 ml der Phenol-Standardlösung (II) (2.16.3). Jeder der fünf Meßkolben wird mit Wasser auf 500 ml aufgefüllt; der sechste Kolben enthält nur Wasser bis zur Marke. Nach gutem Durchmischen der 5 Kolben sind die Phenolkonzentrationen der Eichlösungen 20; 40; 60; 80 und 100 µg/l. Der Inhalt eines jeden Kolbens wird weiterbehandelt, wie es in Abschnitt 4.3 für die Wasserprobe beschrieben ist. In einem Koordinatensystem werden auf der Abszisse die Massenkonzentrationen der Eichproben an Phenol aufgetragen. Allgemein kann man diese nach der Gleichung berechnen:

$$\varrho_E = \frac{V_s \cdot \varrho_s}{V_E}$$

Hier bedeuten:

ϱ_E Massenkonzentration der jeweiligen Eichprobe an Phenol, in µg/l

V_s angewandtes Volumen der Phenol-Standardlösung, in ml

V_E maximales Eichprobenvolumen (hier V_E = 500 ml)

ϱ_s Massenkonzentration der angewandten Phenol-Standardlösung, in µg/l.

Auf der Ordinate werden die zugehörigen Werte des spektralen Absorptionsmaßes aufgetragen. Für die so erhaltene Meßwertreihe ermittelt man die Ausgleichsgerade. Der Reziprokwert der Steigung dieser Geraden ergibt den Faktor f_s in der Einheit µg/l, der Ordinatenabschnitt ist das berechnete spektrale Absorptionsmaß E_{so} der Probe ohne Zusatz von Phenol-Standardlösung. Dieses sowie die Steigung der Geraden sind von Zeit zu Zeit, besonders wenn eine neue Charge der benötigten Chemikalien zur Anwendung kommt, zu überprüfen.

Für jedes Photometer und für jede Schichtdecke einer Küvette muß eine eigene Eichkurve erstellt werden.

6. Auswertung

Der Phenol-Index einer Wasserprobe wird nach folgender Gleichung berechnet:

$$\varrho = \frac{(E_s - E_{so}) \cdot f_s \cdot V_m}{V_p}$$

Hierin bedeuten:

- ϱ Phenol-Index der Wasserprobe, in µg/l
- E_s spektrales Absorptionsmaß der Wasserprobe
- E_{so} berechnetes spektrales Absorptionsmaß der Blindprobe
- fs nach Abschnitt 5 ermittelter Faktor, in µg/l
- s Index als Hinweis auf die gewählte Schichtdicke
- V_m maximal eingesetztes Volumen der Wasserprobe (V_m = 500 ml)
- V_p angewandtes Volumen der Wasserprobe, in ml (ggf. unter Berücksichtigung der Anzahl n der Verdünnungsschritte)

$$Vp = \frac{500\ ml}{2^n}$$

7. Angabe des Ergebnisses

Für den Phenol-Index werden auf 1 µg/l gerundete Werte, jedoch nicht mehr als zwei signifikante Stellen angegeben.

Beispiele: Phenol-Index 32 µg/l
Phenol-Index 130 µg/l

Siebenunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Herstellung anorganischer Pigmente) — 37. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 346)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung anorganischer Pigmente stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus der Herstellung von Titandioxidpigment und hochdispersen Oxiden sowie aus Kühlsystemen und aus der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

		Blei- und Zinkpigmente	Cadmiumpigmente	Lithopone, Zinksulfidpigment und gefälltes Bariumsulfat	Eisenblaupigmente	Silikatische Füllstoffe	Eisenoxidpigmente	Chromoxidpigmente	Mischphasenpigmente
Absetzbare Stoffe ml/l	Stichprobe	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) mg/l	2-Stunden-Mischprobe	150	150	100	60	30	100	100	100
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		6	6	6	3	3	3	3	3
Cadmium mg/l		0,15	1	0,07	—	—	—	—	—
Barium mg/l		—	—	2	—	—	—	—	—
Chrom VI mg/l		0,5	—	—	—	—	—	—	—
Chrom, gesamt mg/l		2	—	—	—	—	—	10	0,5
Blei mg/l		1,3	—	—	—	—	—	—	0,5
Zink mg/l		4	4	5	—	—	—	—	0,5
Eisen mg/l		—	—	—	30	—	30	—	0,5
Cyanid, leicht freisetzbar mg/l		—	—	—	1	—	—	—	—
Cyanid, gesamt mg/l		—	—	—	30	—	—	—	—

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.3 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.4 Cadmium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406E19 — 1/2/3 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.5 Chrom VI von der nicht abgesetzten Probe: Anlage zur 26. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl S. 142)

2.2.6 Chrom, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [2]

2.2.7 Blei, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [2]

2.2.8 Zink, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [2]

2.2.9 Eisen, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [2]

2.2.10 Barium von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Anlage zur 34. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 340)

1) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409 — H 2-2 (Ausgabe Juli 1980)

2) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl. S. 140)

2.2.11	Cyanid, leicht freisetzbar, von der nicht abgesetzten Probe:	DIN 38405 — D 13-2 (Ausgabe Februar 1981)
2.2.12	Cyanid, gesamt, von der nicht abgesetzten Probe:	DIN 38405 — D 13-1 (Ausgabe Februar 1981)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Ein für Fischgiftigkeit bestimmter Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier von fünf Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Wird in einer Einzelprobe der für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 für die Bereiche Eisenblaupigmente und silikatische Füllstoffe festgelegte Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,5 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 100 mg/l nicht übersteigt.[1]).

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Achtunddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Textilherstellung) — 38. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 348)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Bearbeitung und Verarbeitung von Spinnstoffen und Garnen und der Textilveredelung stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus

1.2.1 der Wäsche von Rohwolle sowie aus

1.2.2 Kühlsystemen.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

		Stichprobe	Mischprobe 2-Std.	Mischprobe 24-Std.
Abfiltrierbare Stoffe	mg/l	40	—	—
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	280	200
Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5)	mg/l	—	40	30
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	4	3
Zink*	mg/l	—	3	—
Kupfer*	mg/l	—	1	—
Chrom*	mg/l	—	2	—
Stickstoff aus Ammoniumverbindungen*	mg/l	—	5	—
Wirksames Chlor*	mg/l	—	0,3	—
Sulfid*	mg/l	—	0,1	—
Sulfit*	mg/l	—	1	—
Kohlenwasserstoffe*	mg/l	—	10	—

Diese Parameter müssen in den Bescheid nur aufgenommen werden, wenn sie im Abwasser zu erwarten sind.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage. Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Abfiltrierbare Stoffe: DIN 38409 — H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.3 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

Wird der CSB von der nicht abgesetzten Probe ermittelt, so erhöhen sich die in Nr. 2.1 für den CSB festgelegten Werte um 15 mg/l.

2.2.4 Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5) von der abgesetzten Probe: DEV H 5a 2 (4. Lieferung, 1966) unter zusätzlicher Hemmung der Nitrifikation mit 0,5 mg/l Allylthioharnstoff.

Wird der BSB_5 von der nicht abgesetzten Probe ermittelt, so erhöhen sich die in Nr. 2.1 für den BSB_5 festgelegten Werte um 5 mg/l.

2.2.5 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.6 Zink, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980)[1]

2.2.7 Kupfer, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980)[1]

2.2.8 Chrom, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980)[1]

2.2.9 Stickstoff aus Ammoniumverbindungen von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DEV E 5.2 (7. Lieferung 1975)

2.2.10 Wirksames Chlor von der filtrierten Probe: DEV G 4 1.b (7. Lieferung 1975), Glasfaserfilter, nicht mit Unterdruck

2.2.11 Sulfid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DEV D 7b (7. Lieferung 1975)

2.2.12 Sulfit, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DEV D 6.2 (1. Lieferung 1960)

2.2.13 Kohlenwasserstoffe von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38409 — H 18 (Ausgabe Februar 1981)

1) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl. S. 140)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Ein für Fischgiftigkeit bestimmter Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier von fünf Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.
Wird in einer Einzelprobe der für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 festgelegte Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,3 ml/l eingesetzt werden, wenn die Anforderung an die abfiltrierbaren Stoffe eingehalten wird[2]).

2) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409 — H 2-2 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Neununddreißigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Nichteisenmetallherstellung) — 39. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 350)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung und dem Gießen von Nichteisenmetallen und Halbzeugen stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser, das

1.2.1 überwiegend aus der chlorierenden Röstung,

1.2.2 aus der Herstellung von Ferrolegierungen sowie

1.2.3 aus Kühlsystemen und der Betriebswasseraufbereitung stammt.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers — außer aus der Herstellung von Aluminiumoxid und der Aluminiumverhüttung — werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Allgemeine Anforderungen

Absetzbare Stoffe	ml/l	Stichprobe	0,3
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	ml/l	2-Std.-Mischprobe	50
Cadmium	mg/l		1
Quecksilber	mg/l		0,1
Zink*	mg/l		5
Blei*	mg/l		2
Kupfer*	mg/l		2
Eisen*	mg/l		10
Chrom*	mg/l		2
Chrom VI*	mg/l		0,5
Arsen*	mg/l		0,1
Nickel*	mg/l		3
Cyanid (leicht freisetzbar)*)	mg/l		0,1

* Diese Parameter müssen nur dann in den Bescheid aufgenommen werden, wenn sie im Abwasser zu erwarten sind.

Für die Parameter Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) und Arsen können höhere Konzentrationswerte zugelassen werden, wenn für den CSB ein produktionsspezifischer Frachtwert von 1,5 kg/t, für Arsen ein produktionsspezifischer Frachtwert von 2 g/t in der 24-Std.-Mischprobe bezogen auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrundeliegende Metallproduktion in 24 Stunden eingehalten wird.

2.1.2 Besondere Anforderungen

Weisen Abwasserteilströme einen Gehalt an Cadmium über 2 mg/l bzw. an Quecksilber über 0,2 mg/l auf, sind diese Gehalte in einer Vorbehandlungsanlage mindestens auf die Werte der Nummer 2.1.1 zu vermindern. Diese Anforderung gilt nicht, wenn in einer nachgeschalteten Abwasserbehandlungsanlage die gleiche Verminderung der Gesamtfracht jeweils bezogen auf Cadmium und Quecksilber erreicht wird.

2.2 An das Einleiten des Abwassers aus der Herstellung von Aluminiumoxid und der Aluminiumverhüttung werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.2.1 Schmutzwassermenge:

Herstellung von Aluminiumoxid 3 m³/t
Aluminiumverhüttung 10 m³/t
(bezogen auf eine 2-Stunden-Messung bei Trockenwetterabfluß)

Die produktionsspezifische Schmutzwassermenge bezieht sich bei der Aluminiumoxidherstellung auf die dem Bescheid zugrundeliegende 2-Stunden-Kapazität der Aufschlußanlage und bei der Aluminiumverhüttung auf die dem Bescheid zugrundeliegende 2-Stunden-Kapazität der Elektrolysezellen.

2.2.2 Abwasserinhaltsstoffe:

		Aluminiumoxidherstellung		Aluminiumverhüttung	
		Stichprobe	2-Std.-Mischprobe	Stichprobe	2-Std.-Mischprobe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,5	—	0,3	—
Abfiltrierbare Stoffe	mg/l	30	—	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	200	—	50
Kohlenwasserstoffe	mg/l	—	5	—	—
Aluminium	mg/l	—	3	—	3

Für Abwasser aus der Chlorraffination von Aluminium und Abwasser aus der Abluftreinigung bei der Aluminiumverhüttung gelten zusätzlich folgende Mindestanforderungen:

		Chloraffination von Aluminium	Abluftreinigung bei der Aluminiumverhüttung
		Stichprobe	2-Std.-Mischprobe
Wirksames Chlor	mg/l	0,5	—
Fluorid	mg/l	—	60

2.3 Die Werte der Nrn. 2.1 und 2.2 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.3.1	Abfiltrierbare Stoffe	DIN 38409 — H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)
2.3.2	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.3.3	Chemischer Sauerstoffbedarf CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.3.4	Cadmium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 19-1/2/3 (Ausgabe Juli 1980)
2.3.5	Quecksilber, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 12-3 (Ausgabe Juli 1980)
2.3.6	Zink, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.7	Blei, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.8	Kupfer, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.9	Eisen, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.10	Chrom, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.11	Chrom VI von der nicht abgesetzten Probe:	Anlage zur 26. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl S. 142)
2.3.12	Aluminium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	Anlage 1 [1]
2.3.13	Arsen, gesamt, von der nicht abgesetzten, aufgeschlossenen Probe:	DIN 38405 — D 12 (Ausgabe April 1981), Aufschluß gemäß Anlage 2
2.3.14	Nickel, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]
2.3.15	Cyanid, leicht freisetzbar, von der nicht abgesetzten Probe:	DIN 38405 — D 13 (Ausgabe Februar 1981)
2.3.16	Wirksames Chlor von der filtrierten Probe:	DEV G 4.1 b (7. Lieferung 1975) Glasfaserfilter, nicht mit Unterdruck
2.3.17	Fluorid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	Anlage 3
2.3.18	Kohlenwasserstoffe von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38409 — H 18 (Ausgabe Februar 1981)

1) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. Abwasser VwV vom 3. März 1983 (GMBl. S. 140)

2.4 Ein in Nrn. 2.1 oder 2.2 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Anlage 1

Bestimmung des Aluminium-Gehaltes

Ein Aliquot der nach dem Aufschluß auf 100 ml aufgefüllten Lösung wird mit einer wässrigen Kaliumchloridlösung 1 : 1 (K zur Unterdrückung der Ionisation) verdünnt (18 g Kaliumchlorid, KCl, gelöst in 1 l bidestilliertem Wasser). Bezugslösungen müssen die gleiche Kaliumkonzentration enthalten.

Aus dieser Lösung wird Aluminium direkt mittels der Atomabsorptions-Spektroskopie bei Verwendung einer **Lachgas-Acetylen Flamme** bestimmt.

Anlage 2

Aufschlußverfahren für Arsen

Geräte: Heizquelle (z. B. Sandbad)
Bechergläser (V = min 150 ml)
Glasfaserfilter,
Borosilicatglas ohne Bindemittel,
Flächengewicht etwa 70 gm^2,
Faserdurchmesser 0,5 bis 1,5 µm
Porenweite 0,3—1 µm

Reagenzien: Schwefelsäure, H_2SO_4, ϱ = 1,84 g/ml
Wasserstoffperoxid (H_2O_2, w = 30 %)

In einem Becherglas (V min 150 ml) werden 50 ml Wasserprobe vorgelegt und 5 ml Schwefelsäure sowie 5 ml Wasserstoffperoxid zugesetzt. Das Reaktionsgemisch wird auf ca. 10 ml eingedampft (Heizquelle z. B. Sandbad). Es wird nochmals 5 ml Wasserstoffperoxid in das Becherglas gegeben und bis zum Rauchen der Schwefelsäure erhitzt. Nach dem Abkühlen wird die Probe über einen Glasfaserfilter in einen Meßkolben überführt und mit Wasser auf 50 ml angefüllt.

Anlage 3

Direktbestimmung des anorganisch gebundenen Fluorids

1. **Grundsatz**

Unter dem Gehalt eines Wassers an Fluoridionen versteht man die volumenbezogene Masse an Fluorid, die unter den Arbeitsbedingungen dieses Verfahrens durch Messung mittels Fluoridionen-selektiver Elektrode gefunden wird. Die Messung wird in der **Gesamtprobe** durchgeführt.

Bei Kontakt der Fluoridionen-selektiven Elektrode mit einer wässrigen Lösung, die Fluoridionen enthält, stellt sich zwischen Meß- und Bezugselektrode eine Kettenspannung ein, deren Höhe bei Einhaltung der geschilderten Verfahrensbedingungen dem Logarithmus der Fluoridionenkonzentration proportional ist. Zur Fixierung des pH-Wertes, des Aktivitätskoeffizienten und zur Dekomplexierung der Fluoridkomplexe dienen spezielle Pufferlösungen. Borverbindungen und verschiedene Kationen (z. B. Al^{3+}, Fe^{3+} und Ca^{2+}) können stabile Fluoridkomplexe bilden, die mit diesem Verfahren nur teilweise erfaßt werden.

2. **Erfassungsbereich**

Das Verfahren ist auf Wässer mit Konzentrationen von 0,2 bis 2 000 mg/l Fluorid anwendbar.

3 **Direktbestimmung des anorganisch gebundenen Gesamtfluorids**

3.1 *Geräte*

3.1.1 — Fluoridionen-selektive Elektrode mit Bezugselektrode, z. B. Kalomel-, Silber/Silberchlorid- oder Thalamid-Elektrode oder entsprechende Einstabmeßkette [1])

3.1.2 — Millivoltmeter, geeignet zum Betrieb von Ionenselektiven Elektroden (z. B. Eingangswiderstand $\geq 10^{12}\Omega$. Zur einfachen Kontrolle der Potentialkonstanz empfiehlt es sich, das Gerät mit einem Schreiber zu betreiben).

3.1.3 — Thermostat, Temperaturkonstanz ±0,5°C, z. B. nach DIN 12879

3.1.4 — Magnetrührer mit kunststoffummanteltem Rührstäbchen

3.1.5 — Glaselektrodenmeßkette zur pH-Wert-Messung

3.1.6 — Meßgefäße mit Durchflußmantel für Thermostatflüssigkeit für ein Volumen von 100 ml

3.1.7 — Becherglas, Nennvolumen 1 000 ml, z. B. Becher DIN 12331 — HF 1000

3.1.8 — Uhrgläser, passend zu den Meßgefäßen

3.1.9 — Standflaschen, Nennvolumen 1 l, aus Polyethylen oder Polypropylen

3.1.10 — Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, z. B. Meßkolben DIN 12664 — MS A 1000

3.1.11 — Vollpipetten, Nennvolumen 10, 25, 100 ml, z. B. Pipetten DIN 12691 — VPAS 10

3.2 *Chemikalien*

Als Chemikalien werden nur solche des Reinheitsgrades „zur Analyse", als Wasser wird destilliertes oder Wasser gleichen Reinheitsgrades verwendet (elektrische Leitfähigkeit <5 µS/cm)

3.2.1 Salzsäure, c (HCl) = 1 mol/l

3.2.2 Natriumhydroxid-Lösung, c (NaOH) = 1 mol/l

3.2.3 Pufferlösung: Die zur Messung mittels Fluoridionenselektiver Elektrode verwendeten speziellen Pufferlösungen sind verschieden zusammengesetzt und auch unter dem Begriff „TISAB" (= total ionic strength adjustment buffer) bekannt. Der hier verwendete Puffer hat einen pH-Wert von 5,8 und wird wie folgt hergestellt:

300 g Natriumcitrat, $C_6H_5Na_3O_7 \cdot 2H_2O$, werden in einem Becherglas, Nennvolumen 1 000 ml, mit etwa 700 ml Wasser versetzt und unter Rühren (Magnetrührer) gelöst. Nacheinander werden darin 22 g 1,2-Cyclohexylendinitrilotetraessigsäure, $C_{14}H_{22}N_2O_8 \cdot H_2O$, und 60 g Natriumchlorid, NaCl, gelöst.

Die Lösung wird in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, überführt und mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt. Sie wird in einer Kunststoff-Flasche aufbewahrt. Die Lösung wird verworfen, wenn sich darin flockige Niederschläge bilden.

3.2.4 Fluorid-Stammlösung, (F^-) = 1,0 g/l: 2,210 g Natriumfluorid, NaF, 2 Stunden bei 120°C getrocknet, werden in einem Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, in Wasser gelöst. Die Lösung wird mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt; sie wird in einer Kunststoff-Flasche aufbewahrt und ist mehrere Monate haltbar.

3.2.5 Fluorid-Standardlösung I, (F^-) = 100 mg/l: 100 ml der Fluorid-Stammlösung (nach Abschn. 3.2.4) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt.

3.2.6 Fluorid-Standardlösung II, (F^-) = 10 mg/l: 10 ml der Fluorid-Stammlösung (nach Abschn. 3.2.4) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt.

3.2.7 Fluorid-Standardlösung III, (F^-) = 1 mg/l: 100 ml der Fluorid-Standardlösung II (nach Abschn. 3.2.6) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt.

3.2.8 Fluorid-Standardlösung IV, (F^-) = 0,1 mg/l: 10 ml der Fluorid-Standardlösung II (nach Abschn. 3.2.6) werden in einen Meßkolben, Nennvolumen 1 000 ml, pipettiert und mit Wasser bis zur Marke aufgefüllt.

Alle Standardlösungen werden in Kunststoff-Flaschen aufbewahrt; sie sind etwa 1 Monat haltbar.

3.3 *Durchführung*

3.3.1 Vorbereitung der Messung

Da die Elektrodennullpunkte und -steilheiten von Fluoridionen-selektiven Elektroden im allgemeinen nicht übereinstimmen und sich im Verlauf der Zeit ändern können, wird an jedem Meßtag die Eichgerade überprüft.

Um die Gleichgewichtseinstellung zu beschleunigen, wird die Elektrode vor der Messung konditioniert. Dazu wird sie 1 Stunde vor Meßbeginn in ein Meßgefäß eingetaucht, das die Eichlösung 4 (siehe Abschn. 3.4) enthält. Nach Abspülen mit der als erstes zu messenden Lösung ist die Elektrode einsatzbereit.

3.3.2 Messung der Wasserprobe

In ein Meßgefäß werden 25 ml Pufferlösung (nach Abschn. 3.2.3) und anschließend 25 ml der **Gesamt-Wasserprobe** pipettiert. Der pH-Wert muß 5,8 ± 0,2 betragen (ggf. wird die Mischung mit möglichst wenig Salzsäure (nach Abschn. 3.2.1) oder Natriumhydroxid-Lösung (nach Abschn. 3.2.2) eingestellt, eine

1) vgl. DIN 19260—19267

Ausfällung muß vermieden werden). Bis zur Messung wird das Meßgefäß mit einem Uhrglas bedeckt.

Wenn bei Reihenuntersuchungen die Fluorid-Konzentration in den Proben ungefähr bekannt ist, sollten ihre Messungen bei den niedrigen Konzentrationen beginnen und bei den höchsten enden. Wenn nach der Messung hoher Konzentrationen wieder sehr niedrige gemessen werden sollen, muß eine Konditionierung zwischengeschaltet werden.

Nach Erreichen der Temperaturkonstanz (z. B. 25 ± 0,5° C) und Zugabe eines Rührstäbchens wird das Meßgefäß auf den Magnetrührer gestellt. Die Elektrode wird in die Lösung getaucht und fixiert. Der Rührer wird auf eine Drehzahl von etwa 180—200 min^{-1} eingestellt.

Wenn sich die Kettenspannung der Meßkette in 5 min um nicht mehr als 0,5 mV ändert, wird der dann erreichte Wert abgelesen. Dazu wird der Rührmotor ausgeschaltet. Die Ablesung erfolgt frühestens nach 15 sec. Vor der nächsten Messung werden Rührstäbchen und Elektrode mit der nächsten zu messenden Lösung abgespült.

Anmerkung:

Diese Bedingungen — Elektrodenposition, Magnetrührer und Rührgeschwindigkeit — sowie die Bedingungen beim Ablesen sind bei allen Messungen gleichzuhalten.

3.4 *Aufstellen einer Eichfunktion*

In 4 Meßgefäße werden je 25 ml Pufferlösung (nach Abschn. 3.2.3) pipettiert, dann werden mit einer Vollpipette jeweils die in der Tabelle angegebenen Volumina an Fluorid-Standardlösungen zugegeben.

Tabelle 1: Ansetzen von Eichlösungen

Eichlösungen	Spezieller Puffer, ml	Standardlösung Nr. — ml	Konzentration mg/l F
1	25	I — 25	100
2	25	II — 25	10
3	25	III — 25	1
4	25	IV — 25	0,1

Zur Ermittlung der Eichfunktion wird grundsätzlich so verfahren, daß man schrittweise von der verdünntesten zu konzentriertesten Lösung übergeht, wobei jeweils eine Zwischenspülung mit der nächsthöher konzentrierten Eichlösung vorgenommen wird. Nach einer solchen Meßreihe wird die Elektrode zur Ausschaltung eventueller Memory-Effekte 5 bis 10 Minuten in dem zur Konditionierung (vgl. Abschn. 3.3.1) benutzten zweiten Ansatz der Eichlösung 4 belassen; anschließend wird die Meßreihe wiederholt.

Reihenfolge der Messungen (die Ziffern geben die Meßgefäß-Nummern aus der Tabelle 1 an):

4 — Spülung — 3 — Spülung — 2 — Spülung — 1 — Spülung mit 4 — Konditionierung — und Wiederholung dieser Meßreihe (Spülung der Elektrode bedeutet jeweils Zwischenspülen mit der nächsten Eichlösung).

Die Einzelwerte eines Eichpunkts dürfen um nicht mehr als ± 0,5 mV voneinander abweichen; andernfalls wird die Meßreihe wiederholt.

Die Werte für die Eichpunkte werden auf halblogarithmisches Papier aufgetragen; auf der logarithmisch geteilten Koordinate werden die Massenkonzentrationen der Eichlösungen an Fluorid in mg/l, auf der dekadisch geteilten Koordinate die zugehörigen Werte der Kettenspannung in mV aufgetragen. Aus den Meßwerten läßt sich die Regressionsgerade berechnen.

3.5 *Grafische Auswertung*

Die Massenkonzentration der Wasserprobe an Fluoridionen in mg/l kann direkt an der Eichkurve abgelesen werden.

3.6 *Angabe des Ergebnisses*

Es werden auf 0,1 mg/l Fluoridionen gerundete Werte angegeben, jedoch maximal 3 signifikante Stellen.

Beispiele: 4,5 mg/l Fluoridionen (F^-)
bzw. 174 mg/l Fluoridionen (F^-)

Vierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Metallbearbeitung, Metallverarbeitung) — 40. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 354)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Metallbearbeitung und der Metallverarbeitung stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von

1.2.1 Abwasser aus Kühlsystemen und der Betriebswasseraufbereitung sowie

1.2.2 Niederschlagswasser.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Für Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus einem der folgenden Produktionsbereiche einschließlich der zugehörigen Vor-, Zwischen- und Nachbehandlung stammt

2.1.1.1 Galvanik
2.1.1.2 Beizerei
2.1.1.3 Anodisierbetrieb
2.1.1.4 Brünniererei
2.1.1.5 Feuerverzinkerei
2.1.1.6 Härterei
2.1.1.7 Leiterplattenherstellung
2.1.1.8 Batterieherstellung
2.1.1.9 Emaillierbetrieb
2.1.1.10 Mechanische Werkstätte
2.1.1.11 Gleitschleiferei
2.1.1.12 Lackierbetrieb

gelten folgende Anforderungen:

		2.1.1.1	2.1.1.2	2.1.1.3	2.1.1.4	2.1.1.5	2.1.1.6	2.1.1.7	2.1.1.8	2.1.1.9	2.1.1.10	2.1.1.11	2.1.1.12
Absetzbare Stoffe (Stichprobe)	ml/l	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
		2-Std.-Mischprobe [1]											
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	600	100	100	200	200	1000	2500	250	100	800	1500	800
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		8	5	2	8	10	40	10	8	4	30	8	10
Cadmium	mg/l	0,5	—	—	—	0,1	—	—	0,5 [2]	0,2	0,1	—	0,5
Quecksilber	mg/l	—	—	—	—	—	—	—	0,05	—	—	—	—
Aluminium	mg/l	3	3	3	—	—	—	—	—	2	3	3	3
Stickstoff aus Ammoniumverbindungen	mg/l	100	—	—	—	400	—	100	150	20	300	—	—
Barium	mg/l	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—
Blei	mg/l	1	—	—	—	—	—	1	2	1	1	—	1
wirksames Chlor	mg/l	0,5	0,5	0,5	0,5	—	0,5	—	—	—	—	—	—
Chrom	mg/l	2	1	1	1	—	—	1	—	2	1	—	1
Chrom VI	mg/l	0,5	0,5	0,5	0,5	—	—	0,5	—	0,5	0,5	—	0,5
Cyanid, leicht freisetzbar	mg/l	0,2	—	—	—	—	1	0,2	—	—	0,2	—	—
Eisen	mg/l	3	3	—	3	3	—	3	3	3	3	3	3
Fluorid	mg/l	50	20	50	—	50	—	50	—	50	30	—	—
Kupfer	mg/l	2	2	—	—	—	—	2	2	2	1	2	2
Nickel	mg/l	3	2	—	2	—	—	3	3	2	1	—	1
Stickstoff aus Nitrit	mg/l	—	10	5	10	—	5	—	—	5	10	—	—
Sulfid	mg/l	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
Zink	mg/l	5	5	3	—	5	—	—	5	2	3	3	3
Kohlenwasserstoffe	mg/l	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
Silber	mg/l	0,1	—	—	—	—	—	0,1	0,1	—	—	—	—
Cobalt	mg/l	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—

1) bei Chargenanlagen gelten alle Werte für die Stichprobe
2) 0,1 mg/l gilt für die Primärzellenfertigung

2.1.2 Für Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen in einigen Produktionsbereichen der Nr. 2.1.1 stammt, sind, soweit die Nr. 2.1.3 keine Anwendung findet, aus den Werten der Nr. 2.1.1 entsprechende Anforderungen abzuleiten.

2.1.3 Für Abwasser, das insbesondere bei der Herstellung von Fahrzeugen (Land-, Luft-, Wasserfahrzeuge), Maschinen, Apparaten, Behältern, elektrotechnischen Geräten und ähnlichen Produkten in Produktionsstätten anfällt, in denen nebeneinander Produktionsbereiche mit unterschiedlichen Fertigungsverfahren und Abwasseranfallstellen vorhanden sind, gelten folgende Anforderungen:

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	400
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	8
Cadmium	mg/l	—	0,05
Quecksilber	mg/l	—	0,005
Aluminium	mg/l	—	3
Stickstoff aus Ammoniumverbindungen	mg/l	—	30
Blei	mg/l	—	0,3
Chrom	mg/l	—	0,5
Chrom VI	mg/l	—	0,05
Cyanid, leicht freisetzbar	mg/l	—	0,05
Eisen	mg/l	—	3
Fluorid	mg/l	—	5
Kupfer	mg/l	—	0,3
Nickel	mg/l	—	1
Stickstoff aus Nitrit	mg/l	—	5
Zink	mg/l	—	2
Kohlenwasserstoffe	mg/l	—	5

2.1.4 Unbeschadet der Anforderungen nach den Nrn. 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3 sind in Abwasserteilströmen, die Cadmium, gesamt, in einer höheren Konzentration als 1 mg/l und Quecksilber, gesamt, in einer höheren Konzentration als 0,05 mg/l enthalten, diese Stoffe in einer Vorbehandlungsanlage mindestens auf diese Werte zu vermindern.

Diese Anforderung gilt nicht, wenn in einer nachgeschalteten Abwasserbehandlungsanlage die gleiche Verminderung der Gesamtfracht jeweils bezogen auf Cadmium und Quecksilber erreicht wird.

2.2 Die unter Nr. 2.1 genannten Parameter außer absetzbaren Stoffen, chemischem Sauerstoffbedarf (CSB) und Fischgiftigkeit müssen in den Bescheid nur dann aufgenommen werden, wenn sie im Abwasser zu erwarten sind.

2.3 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.
Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.3.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.3.2 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.3.3 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412 — L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.3.4 Cadmium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 19-1/2/3 (Ausgabe Juli 1980)

2.3.5 Quecksilber, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 12-3 (Ausgabe Juli 1980)

2.3.6 Aluminium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Anlage 1 zur 39. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 350) [1]

2.3.7 Stickstoff aus Ammoniumverbindungen, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DEV E 5.2 (7. Lieferung, 1975)

2.3.8 Barium, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Anlage zur 34. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 340)

2.3.9 Blei, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]

2.3.10 Wirksames Chlor von der filtrierten Probe: DEV G 4.1b (7. Lieferung 1975) Glasfaserfilter, nicht mit Unterdruck

2.3.11 Chrom, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1]

2.3.12 Chrom VI von der nicht abgesetzten Probe: Anlage zur 26. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl S. 142)

2.3.13 Cyanid, leicht freisetzbar, von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38405 — D 13-2 (Ausgabe Februar 1981)

2.3.14 Eisen, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: analog DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1981) [1]

1) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl. S. 140)

2.3.15	Fluorid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	Anlage 3 zur 39. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 350)
2.3.16	Kupfer, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1])
2.3.17	Nickel, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1])
2.3.18	Stickstoff aus Nitrit, von der filtrierten Probe:	DIN 38405 — D 10E (Ausgabe Februar 1981) Glasfaserfilter
2.3.19	Sulfid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DEV D 7b (7. Lieferung 1975)
2.3.20	Zink, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1])
2.3.21	Kohlenwasserstoffe von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38409 — H 18 (Ausgabe Februar 1981)
2.3.22	Silber, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1])
2.3.23	Cobalt, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980) [1])

2.4 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Ein in Nr. 2.1 für den Parameter Fischgiftigkeit bestimmter Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen in vier Fällen diesen Wert nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Wird in einer Einzelprobe ein für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 festgelegter Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,3 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 30 mg/l nicht übersteigt[2]).

---

2) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409 — H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler

gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern

gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Einundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Glasherstellung und -verarbeitung) — 41. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 357)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung und Verarbeitung von Glas stammt. Die Verarbeitung schließt Schleifen, chemische Oberflächenbehandlung (Säurepolieren, Ätzen, Mattieren), Versilbern und Galvanisieren ein.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus

1.2.1 der Herstellung von Mineralfasern,

1.2.2 Kühlsystemen und der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Allgemeine Anforderungen

	Absetzbare Stoffe ml/l Stichprobe	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) mg/l 2-Std.-Mischprobe	
Einleitungen kleiner als 1 000 kg/a CSB (roh)	0,5	ohne Versilbern	200
		mit Versilbern	250
Einleitungen größer als 1 000 kg/a CSB (roh)	0,5	ohne Versilbern	160
		mit Versilbern	200

2.1.2 Für Abwasser aus der Oberflächenbehandlung, dem Galvanisieren und dem Versilbern gelten zusätzlich zu Nr. 2.1.1 folgende Mindestanforderungen:

		2-Std.-Mischprobe
Sulfat	mg/l	3 000*
Fluorid	mg/l	30
Silber	mg/l	1**
Nickel	mg/l	3

Wenn das Abwasser zugleich Fluorid enthält, gilt für Sulfat eine Mindestanforderung von 5000 mg/l.
Dieser Wert gilt nur für das Abwasser aus dem Versilbern.

Diese Parameter müssen in den Bescheid nur aufgenommen werden, wenn sie im Abwasser zu erwarten sind.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage, die Werte der Nr. 2.1.2 auf den Ablauf der dem jeweiligen Abwasserstrom zugeordneten Abwasserbehandlungsanlage.
Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409 — H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.2	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409 — H 41 (Ausgabe Dezember 1980)
2.2.3	Silber, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980)[1]
2.2.4	Nickel, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406 — E 21 (Ausgabe September 1980)[1]
2.2.5	Sulfat von der filtrierten Probe:	DEV D 5.1 (6. Lieferung 1971)
2.2.6	Fluorid, gesamt, von der nicht abgesetzten homogenisierten Probe:	Anlage 3 zur 39. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 350)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben dabei unberücksichtigt.

1) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl S. 140)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Zweiundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Alkalichloridelektrolyse nach dem Amalgamverfahren) — 42. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 358)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1979 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus Alkalichloridelektrolysen nach dem Amalgamverfahren stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus Kühlsystemen und aus der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe	24-Std.-Misch-probe
Quecksilber	g/t	—	0,3	0,2
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,5	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	50	—
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor	G_F	—	5	—
wirksames Chlor	mg/l	5	—	—

Die Werte für Quecksilber und für wirksames Chlor beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage der chlorproduzierenden Einheit. Die produktionsspezifischen Frachtwerte für Quecksilber beziehen sich auf die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrunde liegende Chlorproduktion in 24 Stunden.

2.2 Den Werten der Nr. 2.1 liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Quecksilber, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38406-E 12-3 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Absetzbare Stoffe: DIN 38409-H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.3 Chemischer Sauerstoffbedarf von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38409-H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.4 Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe: DIN 38412-L 20 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.5 Wirksames Chlor von der filtrierten Probe: DEV G 4.1 b (7. Lieferung 1975) Glasfaserfilter, nicht mit Unterdruck

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet.

Der in Nr. 2.1 für Fischgiftigkeit bestimmte Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert in vier Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler

gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern

gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Dreiundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Chemiefasern) — 43. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 359)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Produktion von Polyacrylnitril, Polyamid, Polyester, Viskose sowie aus der Verarbeitung dieser Produkte zu Fasern stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus Kühlsystemen sowie aus der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

2.1.1 Herstellung von Polyamid- und Polyesterfasern

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe	24-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	140	100
Biochemischer Sauerstoffbedarf in fünf Tagen (BSB_5)	mg/l	—	30	20
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	2	2

2.1.2 Herstellung von Polyacrylnitrilfasern

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe	24-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	750	700
Biochemischer Sauerstoffbedarf in fünf Tagen (BSB_5)	mg/l	—	50	45
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	3	2

2.1.3 Herstellung von Viskosespinnfaser

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	ml/l	1	—
Massenkonzentration der absetzbaren Stoffe	mg/l	20	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	240
Biochemischer Sauerstoffbedarf in fünf Tagen (BSB_5)	mg/l	—	90
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	3
Sulfid	mg/l	—	15
Zink	mg/l	—	12

2.1.4 Herstellung von Viskosefilamentgarn

		Stich-probe	2-Std.-Misch-probe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	150
Biochemischer Sauerstoffbedarf in fünf Tagen (BSB_5)	mg/l	—	80
Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F		—	2
Zink	mg/l	—	10

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409-H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.2	Massenkonzentration der absetzbaren Stoffe:	DIN 38409-H 10 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.3	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409-H-41 (Ausgabe Dezember 1980)
2.2.4	Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5) von der abgesetzten Probe:	DEV H 5 a 2 (4. Lieferung 1966) unter zusätzlicher Hemmung der Nitrifikation mit 0,5 mg/l Allylthioharnstoff
2.2.5	Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F von der nicht abgesetzten Probe:	DIN 38412-L-20 (Ausgabe Dezember 1980)
2.2.6	Sulfid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DEV D 7 b (7. Lieferung 1975)
2.2.7	Zink, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406-E-21 [1]) (Ausgabe September 1980)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt mit Ausnahme des Wertes für die Fischgiftigkeit auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Ein in Nr. 2.1 für die Fischgiftigkeit bestimmter Wert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchge-

1) Aufschluß gemäß Anlage zur 25. AbwasserVwV vom 3. März 1983 (GMBl. S. 140)

führten Untersuchungen diesen Wert in vier Fällen nicht überschreiten. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt. Wird in einer Einzelprobe ein für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 festgelegter Wert überschritten, so kann bei den Nrn. 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.4 für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,3 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 30 mg/l[2]) nicht übersteigt; bei der Nr. 2.1.3 kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 1 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 50 mg/l[2]) nicht übersteigt.

2) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409-H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler

gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern

gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Vierundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Herstellung von mineralischen Düngemitteln außer Kali) — 44. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 361)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Herstellung von mineralischen Düngemitteln stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser.

1.2.1 aus der Herstellung von Kalidüngemitteln

1.2.2 aus der Herstellung von Phosphorsäure ohne Gipsgewinnung

1.2.3 aus Kühlsystemen und der Betriebswasseraufbereitung.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

			Mehrnährstoff-Dünger stickstoffhaltig	Stickstoff-Einzeldünger	Phosphat-Dünger Phosphorsäure
Stichprobe					
Absetzbare Stoffe		ml/l	0,7	0,5	0,7
2-Std.-Mischprobe					
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)		kg/t	3	2	3
Cadmium, gesamt Cadmiumgehalt je Tonne Rohphosphat	bis 50 g	g/t	0,5	—	0,5
	50 bis 100 g	g/t	1	—	1
Stickstoff aus Ammoniumverbindungen		kg/t	14	4	—
Stickstoff aus Nitrat		kg/t	14	4	—
Phosphor aus Phosphaten		kg/t	3	—	3
Fluorid		kg/t	3,5	—	3

Die produktspezifischen Frachtwerte beziehen sich auf die dem Bescheid zugrundeliegende Kapazität der Produktionsanlagen in zwei Stunden. Die Frachtwerte für Cadmium, Phosphor und Fluorid beziehen sich im übrigen auf den Gehalt an Phosphat, berechnet als P_2O_5, und die Frachtwerte für Stickstoff aus Ammoniumverbindungen und Stickstoff aus Nitraten auf den Gehalt an Stickstoffverbindungen, berechnet als N, in den jeweiligen Fertig-Düngemitteln.

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1	Absetzbare Stoffe:	DIN 38409-H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.2	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe:	DIN 38409-H 41 (Ausgabe Dezember 1980)
2.2.3	Cadmium, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DIN 38406-E 19-1/2/3 (Ausgabe Juli 1980)
2.2.4	Stickstoff aus Ammoniumverbindungen von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DEV E 5.2 (7. Lieferung, 1975)
2.2.5	Stickstoff aus Nitrat von der filtrierten Probe:	DIN 38405-D 9-2 (Ausgabe Mai 1979)
2.2.6	Phosphor aus Phosphaten von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	DEV D 11.2 (7. Lieferung, 1975)
2.2.7	Fluorid, gesamt, von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe:	Anlage 3 zur 39. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl S. 350)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben dabei unberücksichtigt.

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

Fünfundvierzigste Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Erdölverarbeitung) — 45. AbwasserVwV — vom 5. September 1984 (GMBl. S. 362)

Nach § 7 a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

1 Anwendungsbereich

1.1 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt für in Gewässer einzuleitendes Abwasser, dessen Schmutzfracht im wesentlichen aus der Verarbeitung von Erdöl in Erdölraffinerien stammt.

1.2 Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift gilt nicht für das Einleiten von Abwasser aus Frischwasserkühlsystemen.

2 Mindestanforderungen

2.1 An das Einleiten des Abwassers werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

		Stichprobe	2-Std.-Mischprobe	24-Std.-Mischprobe
Absetzbare Stoffe	ml/l	0,3	—	—
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	mg/l	—	120	100
Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5)	mg/l	—	30	25
Kohlenwasserstoffe	mg/l	—	6	5
Phenolindex nach Destillation	mg/l	—	0,3	0,2

2.2 Die Werte der Nr. 2.1 beziehen sich auf das Abwasser im Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage.

Diesen Werten liegen folgende oder gleichwertige Analysenverfahren zugrunde:

2.2.1 Absetzbare Stoffe: DIN 38409-H 9-2 (Ausgabe Juli 1980)

2.2.2 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) von der abgesetzten Probe: DIN 38409-H 41 (Ausgabe Dezember 1980)

2.2.3 Biochemischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB_5) von der abgesetzten Probe: DEV H 5a 2 (4. Lieferung 1966) unter zusätzlicher Hemmung der Nitrifikation mit 0,5 mg/l Allylthioharnstoff

Ist eine Probe durch Algen deutlich gefärbt, so sind der CSB und der BSB_5 aus der algenfreien Probe zu bestimmen.

2.2.4 Kohlenwasserstoffe von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: DIN 38409-H 18 (Ausgabe Februar 1980

2.2.5 Phenolindex nach Destillation und Farbstoffextraktion von der nicht abgesetzten, homogenisierten Probe: Anlage zur 36. AbwasserVwV vom 5. September 1984 (GMBl. S. 342)

2.3 Ein in Nr. 2.1 bestimmter Wert ist einzuhalten. Er gilt auch als eingehalten, wenn das arithmetische Mittel der Ergebnisse aus den letzten fünf im Rahmen der staatlichen Gewässeraufsicht durchgeführten Untersuchungen diesen Wert nicht überschreitet. Untersuchungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Wird in einer Einzelprobe der für die absetzbaren Stoffe in Nr. 2.1 festgelegte Wert überschritten, so kann für die Bildung des arithmetischen Mittels 0,3 ml/l eingesetzt werden, wenn die Trockenmasse der abfiltrierbaren Stoffe 30 mg/l nicht übersteigt[1]).

1) Unter Zugrundelegung des Verfahrens nach DIN 38409-H 2-2/3 (Ausgabe Juli 1980)

Bonn, 5. September 1984

Der Bundeskanzler
gez. Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
gez. Dr. Friedrich Zimmermann

23

DER LANDESWAHLLEITER FÜR HESSEN

Nachfolge für den Abgeordneten des Hessischen Landtags Horst Engel (SPD)

Der Abgeordnete des Hessischen Landtags Horst Engel (SPD) ist verstorben.

An seiner Stelle ist

Herr Harald Habermann, geb. 10. 5. 1951, Studienrat, Hermannstraße 27, 6050 Offenbach am Main

gemäß § 40 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes — LWG — i. d. F. vom 3. November 1982 (GVBl. I S. 248) Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden.

Wiesbaden, 18. Dezember 1984

Der Landeswahlleiter für Hessen
II A 11 — 3 e 06.21
StAnz. 1/1985 S. 44

24

PERSONALNACHRICHTEN

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

bei der Oberfinanzdirektion

ernannt:

zum **Steueramtmann** Steueroberinspektor (BaL) Lothar Müller (16. 10. 84);

zu **Steueroberinspektoren** Steuerinspektor (BaL) Peter Liebeck, Steuerinspektor (BaP) Hans-Peter Hamann (beide 16. 10. 84);

zur **Steuerobersekretärin** Steuersekretärin (BaL) Bärbel Böff (8. 10. 84);

verstorben:

Regierungsrat Peter-Michael Brauser (29. 10. 84);

bei der Steuerverwaltung

ernannt:

zum **Ltd. Regierungsdirektor** Regierungsdirektor (BaL) Karl Neumann, FA Darmstadt (5. 10. 84);

zu **Regierungsoberräten** die Regierungsräte (BaL) Wolfram Kroner (2. 10. 84), Herbert Ober, beide FA Darmstadt (24. 10. 84);

zu **Oberamtsräten** die Steuerräte (BaL) Rolf Spitzer, FA Ffm-Börse (8. 10. 84), Otto Willershausen, FA Gießen (12. 10. 84), Günter Wolf, FA Ffm-Stiftstraße (26. 10. 84),

die **Amtsräte (BaL)** Lothar Kohl, FA Limburg (4. 10. 84), Dieter Wolf, FA Offenbach-Land (26. 10. 84);

zu **Amtsräten** die Steueramtmänner (BaL) Diether Breidecker, FA Wiesbaden I (2. 10. 84), Waldemar Jung, Erwin Koch, beide FA Gießen (beide 25. 10. 84), Walter Kraft, FA Bad Hersfeld (5. 10. 84), Walter Schulze, FA Ffm-Stiftstraße (29. 10. 84), Friedrich Urban, FA Gießen (25. 10. 84);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren/innen (BaL) Josef Catta, FA Darmstadt, Jürgen Dillenseger, FA Ffm-Taunustor (beide 30. 10. 84), Irene Halbländer, Irmgard Kees, beide FA Darmstadt (beide 2. 10. 84), Ernst Leibl, FA Groß-Gerau (30. 10. 84), Jörg Sannert, FA Bad Homburg (29. 10. 84), Bernd Schimpf, FA Darmstadt (2. 10. 84);

zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaL) Klaus Dörr (29. 10. 84), Roland Gärtner, Jürgen Scheiter, sämtlich FA Gießen (beide 1. 10. 84);

zum **Steueroberinspektor (BaL)** Bewerber Gerhard Knöss, FA Ffm-Börse (1. 11. 84);

zu **Steuerinspektoren** Steueramtsinspektor (BaL) Volker Schaaf, FA Alsfeld (29. 10. 84), Steuerhauptsekretär (BaL) Bernd Burghardt, FA Michelstadt (24. 10. 84);

zu/zur **Steueramtsinspektoren/in** die Steuerhauptsekretäre/in (BaL) Hans-Jürgen Elsner, FA Ffm-Taunustor (2. 10. 84), Werner Jung, FA Weilburg, Ulrich Kröck, FA Friedberg, Dieter Rosenbach, FA Rüdesheim (sämtlich 1. 10. 84), Gerhard Schneider, FA Marburg (30. 10. 84), Edith Schürmann, Bernhard Teutsch, beide FA Dillenburg (beide 1. 10. 84);

zu **Steuerhauptsekretären/innen** die Steuerobersekretäre/innen (BaL) Heiko Glas, FA Michelstadt, Maria Jung, FA Limburg (beide 30. 10. 84), Elisabeth Perlak, FA Lauterbach (31. 10. 84), Ute Schmidt, FA Darmstadt (3. 10. 84), Udo Wettlaufer, FA Lauterbach (1. 10. 84), der/die Steuerobersekretär/innen (BaP) Erika Allmann, FA Michelstadt (1. 10. 84), Renate Bitsch, FA Gießen (29. 10. 84), Dieter Eigl, FA Darmstadt (5. 10. 84), Doris Roß, FA Groß-Gerau (30. 10. 84), Maria Anna Schultes, FA Offenbach-Stadt (29. 10. 84), Gerd Wamßer, FA Darmstadt (8. 10. 84);

zu **Steuerobersekretären/innen** die Steuersekretäre/in (BaL) Dietmar Christ, FA Rüdesheim, Hans Jörgen Haas, Werner Parr, Gerhard Schuster, sämtlich FA Gießen, Elke Traumüller, FA Gelnhausen (sämtlich 1. 10. 84), Ernst Villhard, FA Darmstadt (2. 10. 84), die Steuersekretäre/innen (BaP) Holger Achenbach, FA Ffm-Hamburger Allee (1. 10. 84), Hans Fischer, FA Darmstadt (2. 10. 84), Wolfgang Fischer, FA Weilburg (16. 10. 84), Christiane Gail, FA Dillenburg, Paul-Werner Geis, Sigrun Gerlach, beide FA Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 84), Bernd Grosse, FA Bad Schwalbach (3. 10. 84), Werner Heil, FA Gelnhausen, Dirk Jost, FA Dillenburg (beide 1. 10. 84), Silke König, FA Offenbach-Stadt (8. 10. 84), Klaus-Dieter Mack, FA Bad Homburg, Volkmar Philippus, Klaus-Dieter Pletz, beide FA Dillenburg, Klaus Repp, FA Friedberg, Klaus Reutzel, FA Gelnhausen, Norbert Rieger, FA Bad Homburg, Kornelia Rück, FA Gießen, Martin Senzel, FA Gelnhausen, Ute Schade, FA Bad Homburg, Matthias Schäfer, FA Friedberg, Rainer Schmidt, FA Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 84), Erich Schütz, FA Ffm-Börse (9. 10. 84), Klaus Stillger, FA Wiesbaden II (8. 10. 84), Franz Otto Vey, Andreas Weber, beide FA Gelnhausen (beide 1. 10. 84), Artur Weber, FA Darmstadt (2. 10. 84), Peter Weber, FA Bad Homburg, Gert Wiederspahn, Gerhard Winter, Jürgen Winter, sämtlich FA Gelnhausen (sämtlich 1. 10. 84);

zur **Steuerobersekretärin (BaP)** Bewerberin Ingrid Hubert, FA Ffm-Hamburger Allee (1. 11. 84);

zu **Steuersekretären/innen** die Steuerassistenten (BaL) Wolf-Michael Beeck, FA Wiesbaden I (19. 10. 84), Thomas Schmitt, FA Michelstadt (18. 10. 84); die Steuerassistenten/innen (BaP) Kerstin Ackermann, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Reinhard Ackermann, FA Groß-Gerau (11. 10. 84), Jürgen Adam, FA Ffm-Stiftstraße (22. 10. 84), Michael Adler, FA Darmstadt (18. 10. 84), Harald Alberding, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Peter Althaus, FA Bad Homburg, Stephanie Ankermüller, FA Rüdesheim (beide 19. 10. 84), Petra Arenswald, FA Ffm-Höchst, Bern Arnold, FA Korbach (beide 12. 10. 84), Bernd Auth, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Klaus Bärensprung, FA Ffm-Hamburger Allee (11. 10. 84), Renate Baldy, FA Hanau (19. 10. 84), Peter Bauer, FA Darmstadt (18. 10. 84), Vinzenz Bauer, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Friedhelm Bekker, FA Wetzlar (19. 10. 84), Matthias Becker, FA Dillenburg (22. 10. 84), Regina Beil, FA Ffm-Börse (10. 10. 84), Beate Bendel, FA Ffm-Taunustor (18. 10. 84), Stephan Benner, FA Dillenburg (22. 10. 84), Roswitha Bepler, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Arnold Bergmann, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Susanne Berner, FA Friedberg (19. 10. 84), Hans-Dieter Betz, FA Rüdesheim (23. 10. 84), Helga Böhm, FA Schwalmstadt (19. 10. 84), Peter Böhm, FA Ffm-Höchst (12. 10. 84), Wilfried Böttner, FA Wiesbaden I, Elke Bonarius, FA Ffm-Taunustor (beide 18. 10. 84), Bernd Braum (24. 10. 84), Volker Braun, beide FA Bad Homburg, Margarete Brehl, FA Fulda (beide 19. 10. 84), Joachim Breidenbach, FA Langen (18. 10. 84), Martina Bruch, FA Offenbach-Land (12. 10. 84), Roman Busch, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Petra Cervinka, FA Darmstadt (22. 10. 84), Claudia Clauder, FA Groß-Gerau (12. 10. 84), Giso Dersch, FA Biedenkopf (19. 10. 84), Christa Deumlich, FA Offenbach-Stadt (12. 10. 84), Jörg Diehl, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Ernst Diesterweg, FA Weilburg (12. 10. 84), Werner

Dietrich (15. 10. 84), Erika Dittmeier, beide FA Ffm-Stiftstraße (23. 10. 84), Gabriele Döhne, FA Ffm-Hamburger Allee (18. 10. 84), Roswitha Dörr, FA Hanau (19. 10. 84), Martin Donath, FA Ffm-Stiftstraße (10. 10. 84), Kornelia Ebel (18. 10. 84), Robert Ebel, beide FA Wiesbaden I (30. 10. 84), Bettina Eberhardt, FA Hanau, Pia Eck, FA Bensheim (beide 19. 10. 84), Eckbert Erb, FA Ffm-Taunustor (18. 10. 84), Rolf Erbe, FA Weilburg (12. 10. 84), Andrea Essmajor, FA Ffm-Taunustor (11. 10. 84), Martina Fäth, FA Darmstadt (18. 10. 84), Thomas Feisel, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Uwe Fischbach, FA Ffm-Stiftstraße (24. 10. 84), Gerd Fleischhacker, FA Groß-Gerau (19. 10. 84), Andreas Flöter, FA Offenbach-Land (12. 10. 84), Herbert Förster, FA Gießen (18. 10. 84), Annegret Franz, FA Dillenburg (22. 10. 84), Gerald Frenay, FA Darmstadt (24. 10. 84), Bernd Friedrich, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Claudia Friedrich, FA Darmstadt (18. 10. 84), Michael Friedrich, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Uwe Frohmuth, FA Darmstadt (18. 10. 84), André Funk, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Brigitte Funk, FA Ffm-Börse (10. 10. 84), Peter Funk, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Michaela Gartmann, FA Ffm-Börse (19. 10. 84), Angelika Gerk, FA Ffm-Hamburger Allee (18. 10. 84), Peter Gibbe, FA Frankenberg (19. 10. 84), Dietmar Giesen, FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Markus Göb, FA Offenbach-Stadt (12. 10. 84), Jürgen Göttmann, FA Darmstadt (18. 10. 84), Elke Grall, FA Dieburg (19. 10. 84), Cornelia Greunke, FA Ffm-Stiftstraße (22. 10. 84), Uwe Günzel, Doris Guthardt, Eberhard Hain, sämtlich FA Ffm-Hamburger Allee (sämtlich 17. 10. 84), Karin Hansen, FA Gießen, Ralf Hartmann, FA Dieburg (beide 18. 10. 84), Thilo Hartmann, FA Bad Homburg, Uwe Hartmann, FA Groß-Gerau (beide 19. 10. 84), Andreas Hartung, FA Ffm-Börse (10. 10. 84), Ulrich Hasenpflug, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Ralf Heckwolf, FA Dieburg (18. 10. 84), Jürgen Heinold, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Joachim Hellmuth, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Ulrich Henche, FA Weilburg (19. 10. 84), Andrea Hennig, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Andrea Henz-Kram, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Holger Hermann, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Jörg Hieronymus (25. 10. 84), Klaus Hieronymus, beide FA Ffm-Höchst (15. 10. 84), Peter Hild, FA Dillenburg (22. 10. 84), Horst Himmel, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Heike Hirz, FA Langen, Claudia Höck, FA Ffm-Höchst (beide 12. 10. 84), Dieter Hoffmann, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Sabine Hohmann-Steinhöfel, FA Ffm-Taunustor (11. 10. 84), Regine Hopf, FA Ffm-Stiftstraße (10. 10. 84), Ingrid Horst, FA Hanau (19. 10. 84), Ute Hoth, FA Ffm-Hamburger Allee (10. 10. 84), Thomas Huth, FA Hanau, Petra Immerheiser, FA Wiesbaden II (beide 19. 10. 84), Ulrike Jäger, FA Langen (22. 10. 84), Olaf Jakob, FA Ffm-Börse (17. 10. 84), Petra Jorkowski, FA Ffm-Höchst (12. 10. 84), Ingolf Jüngling, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Ulrike Jung, FA Darmstadt (15. 10. 84), Andreas Just, FA Ffm-Stiftstraße, Thomas Kaiser, FA Ffm-Börse (beide 17. 10. 84), Andrea Kammer, Bettina Kammer, beide FA Ffm-Stiftstraße (beide 10. 10. 84), Anna Kanci, FA Wiesbaden I (23. 10. 84), Anita Karger, FA Ffm-Taunustor (11. 10. 84), Petra Kauer, FA Langen (18. 10. 84), Petra Kauffeld, FA Hanau (22. 10. 84), Jürgen Keiner, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Armin Keiper, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Martina Kempf, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Sabine Kempf, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Dieter Kessler, FA Groß-Gerau (12. 10. 84), Ralf Kieburg, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Uwe Klärner, FA Ffm-Höchst (12. 10. 84), Alexandra Kleber, FA Darmstadt (18. 10. 84), Peter Knoth, FA Ffm-Höchst (12. 10. 84), Gabriele Koch, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Larry Koch, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Manfred Koch (12. 10. 84), Rolf Köcher, beide FA Ffm-Höchst (25. 10. 84), Karin Kowalski, FA Groß-Gerau (12. 10. 84), Doris Krämer-Hryniewicz, FA Michelstadt (19. 10. 84), Hartmut Kraft, FA Friedberg (18. 10. 84), Thomas Kraft, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Margot Krammer, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Harald Kratz, FA Ffm-Hamburger Allee, Rolf Krebs, FA Ffm-Höchst (beide 18. 10. 84), Clemens Kreher (10. 10. 84), Claus Krein, beide FA Ffm-Börse (17. 10. 84), Wolfgang Kremer, FA Rüdesheim (19. 10. 84), Kurt Kremser, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Beate Krohr, FA Ffm-Stiftstraße (10. 10. 84), Doris Krombholz, FA Groß-Gerau (11. 10. 84), Thomas Kubesch, FA Wiesbaden I (16. 10. 84), Henning Kühlborn, Rainer Kuhn, beide FA Ffm-Hamburger Allee (beide 10. 10. 84), Peter Lammay, FA Ffm-Höchst (25. 10. 84), Martin Lang, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Peter Lang, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Michael Lange, FA Langen (18. 10. 84), Uwe Laubach, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Herwig Lauerer, FA Ffm-Börse (10. 10. 84), Marlies Legrady-Burk, FA Friedberg (23. 10. 84), Elke Lemke, FA Groß-Gerau (25. 10. 84), Harald Lenz, FA Darmstadt (19. 10. 84), Harald Lenz, FA Ffm-Taunustor (11. 10. 84), Rainer Lenz, FA Dillenburg (22. 10. 84), Thomas Lieberknecht, FA Wiesbaden II, Irmgard Lindenthal, FA Ffm-Stiftstraße (beide 17. 10. 84), Petra Link, FA Wiesbaden I (16. 10. 84), Bernd Lotz, FA Nidda, Uwe Mampoteng, FA Bad Homburg (beide 19. 10. 84), Sabine Markgraf, FA Darmstadt (17. 10. 84), Jürgen Marth, FA Witzenhausen (16. 10. 84), Hagen Maurer, FA Gießen (18. 10. 84), Marita Mause, FA Bad Homburg, Elke Meerbott, FA Hanau (beide 19. 10. 84), Reiner Mehl, FA Bad Homburg (24. 10. 84), Hans-Dieter Melchert, Petra Melchert, beide FA Weilburg (beide 19. 10. 84), Beate Melchior, FA Kassel-Spohrstraße (12. 10. 84), Jürgen Menigat, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Harald Moos, FA Ffm-Taunustor (18. 10. 84), Michael Müller, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Petra Müller, FA Darmstadt (18. 10. 84), Wolfgang Muth, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Renate Nakowsky, FA Ffm-Börse (16. 10. 84), Harald Nau, FA Ffm-Stiftstraße (15. 10. 84), Udo Naujok, FA Ffm-Hamburger Allee (23. 10. 84), Rita Neumeyer, FA Groß-Gerau, Uwe Neußel, FA Wiesbaden II, Reiner Niklos, FA Rüdesheim (sämtlich 19. 10. 84), Rudolf Noss, FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Jürgen Nowak, FA Ffm-Stiftstraße, Heike Onischke, FA Ffm-Börse (beide 17. 10. 84), Roland Orth, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Marko Ortmüller, FA Ffm-Börse, Sabine Otto, FA Ffm-Stiftstraße (beide 17. 10. 84), Andreas Paul, FA Ffm-Stiftstraße (29. 10. 84), Kerstin Petri, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Petra Philipp, FA Bensheim (19. 10. 84), Ulrich Planz, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Martina Plaß, FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Andreas Pötz, FA Wiesbaden I (16. 10. 84), Günter Pohl, FA Darmstadt (22. 10. 84), Elisabeth Polzer, FA Langen (12. 10. 84), Andrea Probst, FA Darmstadt (30. 10. 84), Klaus-Peter Puth, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Hans-Joachim Rautenberger, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Frank Rehbein, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Jörg Rehmann (15. 10. 84), Lothar Rehmet, beide FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Jürgen Reifschneider, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Angelika Reinhold, FA Langen (19. 10. 84), Marion Reining, FA Bensheim (12. 10. 84), Hanno Reinstädtler, FA Ffm-Stiftstraße (10. 10. 84), Christine Reinwarth, FA Wiesbaden I (23. 10. 84), Martin Reitz, FA Ffm-Stiftstraße (18. 10. 84), Ronald Renner, FA Ffm-Börse (17. 10. 84), Gabriele Ries, FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Kornelia Ritzel, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Petra Rock, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Jörg Rottler, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Bernd Rudolf, FA Ffm-Höchst (26. 10. 84), Michael Rudolph, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Thomas Rücker, FA Ffm-Höchst (31. 10. 84), Harald Seeger, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Ansgar Sehr, FA Ffm-Höchst (18. 10. 84), Martina Seipp, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Thorsten Siebert, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Rita Simon, FA Ffm-Börse (10. 10. 84), Therese Sobania, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Harald Spahn, FA Ffm-Hamburger Allee (11. 10. 84), Petra Schaaf, FA Wiesbaden I (16. 10. 84), Heike Schäfer, FA Eschwege (22. 10. 84), Astrid Schardt (16. 10. 84), Ute Schardt, beide FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Elke Schlacht, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Renate Schmaler, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Rudolf Schmenger, FA Groß-Gerau (19. 10. 84), Stefan Schmid (12. 10. 84), Jörg Schmidt, beide FA Bad Homburg (19. 10. 84), Karin Schmidt, FA Wiesbaden I, Martin Schmidt, FA Ffm-Taunustor, Peter Schmidt, FA Ffm-Hamburger Allee, Roger Schmidt, FA Ffm-Börse (sämtlich 18. 10. 84), Silvia Schmidt, FA Ffm-Börse (22. 10. 84), Ute Schmidt, FA Wiesbaden I (18. 10. 84), Edwin Schneider, FA Ffm-Höchst, Udo Schneider, FA Langen (beide 12. 10. 84), Lore Schönknecht, FA Ffm-Stiftstraße (17. 10. 84), Ralf Schönmann, FA Offenbach-Land (19. 10. 84), Petra Scholz, FA Offenbach-Stadt (15. 10. 84), Ute Schorge, FA Ffm-Taunustor (18. 10. 84), Elke Schramm, FA Darmstadt (15. 10. 84), Karin Schubert, FA Gelnhausen (11. 10. 84), Christa Schuler, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Reiner Schumacher, FA Langen (12. 10. 84), Jürgen Schupp, Wolfgang Schupp, beide FA Ffm-Höchst (beide 25. 10. 84), Ute Schwanzer, FA Hanau (19. 10. 84), Angelika Schwarzhaupt, FA Ffm-Höchst (20. 10. 84), Ilona Schweitzer, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Dieter Ständner, FA Langen (18. 10. 84), Hans-Jürgen Storck, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Ralf Stroh, FA Dieburg, Lothar Tag, FA Gießen (beide 18. 10. 84), Rainer Thieme, FA Ffm-Hamburger Allee (22. 10. 84), Stephanie Thierolf, FA Langen (15. 10. 84), Ralph Topmöller, FA Groß-Gerau, Heike Trageser, FA Hanau (beide 19. 10. 84), Peter Trodt, FA Groß-Gerau (18. 10. 84), Michael Unverzagt, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Regina Vaupel, FA Langen (15. 10. 84), Thomas Veith, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Birgit Viertl (12. 10. 84), Hansjürgen Villhard, beide FA Langen, Joachim Völker, FA Ffm-Höchst (beide 18. 10. 84), Peter Vogel, FA Langen (12. 10. 84), Wolfgang Vogel, FA Bensheim (18. 10. 84), Ulrich Wagener, FA Wiesbaden II (23. 10. 84), Jörg Wagner, FA Ffm-Hamburger Allee (10. 10. 84), Jürgen Walther, FA Ffm-Taunustor (18. 10. 84), Claudia Weber, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Thomas Weber, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Horst-Peter Weigel, FA Offenbach-Stadt (12. 10. 84), Mi-

chael Werdecker, FA Bad Homburg (19. 10. 84), Achim Werner, FA Michelstadt (18. 10. 84), Ira Werner, FA Ffm-Hamburger Allee (17. 10. 84), Anette Weyrauch, FA Dieburg (11. 10. 84), Thomas Wießmann, FA Langen, Corinna Winkler, FA Ffm-Höchst (beide 18. 10. 84), Ronald Winnige, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Rüdiger Wolf, FA Wiesbaden II (19. 10. 84), Peter Wozniak, FA Ffm-Hamburger Allee (23. 10. 84), Daniela Zeiler, Wilfried Zeller, beide FA Bad Schwalbach (beide 12. 10. 84), Brigitte Ziegler, FA Offenbach-Stadt (22. 10. 84), Joachim Zimmer, FA Dieburg (18. 10. 84), Renate Zimmer, FA Ffm-Hamburger Allee (10. 10. 84), Gerd Zink, FA Dieburg (18. 10. 84);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Steueramtsinspektor (BaL) Norbert Petry, FA Rüdesheim (23. 10. 84);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren/in (BaP) Karl-Heinz Göbel, FA Limburg (26. 10. 84), Gerd Hallama, FA Ffm-Börse (2. 11. 84), Robert Müller, FA Ffm-Taunustor (12. 11. 84), Dieter Wiegand, FA Ffm-Börse (9. 10. 84), Marion Wißner, FA Ffm-Taunustor (28. 11. 84),

die Steuerinspektoren/innen (BaP) Reinhard Blackert, FA Bad Homburg (23. 11. 84), Joachim Hofacker, FA Ffm-Taunustor (11. 10. 84), Uwe Kettelhake, FA Offenbach-Stadt (10. 10. 84), Heinz-Joachim Klomann, FA Ffm-Hamburger Allee (14. 11. 84), Wolfgang Kniffke, FA Kassel-Goethestraße (12. 11. 84), Sonnhild Kökert, FA Bad Schwalbach (12. 10. 84), Günther Kohl, FA Bad Homburg (22. 10. 84), Bernhard Kremer, FA Darmstadt (26. 10. 84), Dietmar Münch, FA Ffm-Stiftstraße (30. 11. 84), Andrea Spahr, FA Gießen (11. 10. 84), Harald Schön, FA Gelnhausen (16. 10. 84),

die Steuerhauptsekretäre/innen (BaP) Jürgen Baumgärtner, FA Ffm-Hamburger Allee (11. 10. 84), Petra Cilic, FA Offenbach-Stadt (9. 10. 84), Sigrid Daum, FA Darmstadt (14. 10. 84), Edith Fischer, FA Friedberg (3. 9. 84), Reiner Guretzki, FA Kassel-Goethestraße (18. 10. 84), Horst Hanak, FA Groß-Gerau (5. 11. 84), Bernd Herbst, FA Bad Hersfeld (29. 10. 84), Käthe Klee, FA Ffm-Börse (1. 11. 84), Margot Laucht, FA Marburg (11. 10. 84), Bernd Marquard, FA Langen (6. 11. 84), Felicitas Meyer, FA Friedberg (25. 11. 84), Lothar Panhans, FA Darmstadt (15. 11. 84), Manfred Petersohn, FA Dillenburg (16. 11. 84), Bernhard Pietsch, FA Offenbach-Land (27. 11. 84), Bernd Skupin, FA Hanau (28. 11. 84), Hannelore Schneider, FA Darmstadt (19. 10. 84), Hans-Jürgen Thomas, FA Ffm-Taunustor (1. 11. 84), Angelika Weck, FA Nidda (5. 11. 84),

die Steueroberssekretäre/innen (BaP) Marlies Baumann, FA Langen (8. 11. 84), Lutz Deflize, FA Groß-Gerau (17. 10. 84), Petra Greiner, FA Bad Hersfeld (21. 10. 84), Fred Hartmann, FA Kassel-Goethestraße (22. 10. 84), Jochen Holler, FA Groß-Gerau (27. 11. 84), Gudrun Jung, FA Gießen (8. 10. 84), Eckhard Karn (30. 11. 84), Roland Klein, beide FA Darmstadt (29. 11. 84), Uwe Ludwig, FA Michelstadt (5. 10. 84), Uwe Meyer, FA Offenbach-Land (1. 10. 84), Martina Plappert, FA Fulda (16. 10. 84), Brunhilde Sommer, FA Melsungen (12. 11. 84), Heinz Dieter Schmitt, FA Groß-Gerau (22. 10. 84), Inge Schulz, FA Kassel-Goethestraße (16. 10. 84);

versetzt:

vom FA Köln-Nord Steuerinspektorin (BaL) Margret Zahel, FA Ffm-Börse,

vom FA Coesfeld Steuerinspektorin (BaP) Elisabeth Schilling, FA Langen (beide 1. 10. 84),

vom FA Schwetzingen Steuersekretärin (BaP) Sibylle Stork, FA Wiesbaden II (1. 11. 84),

an FA Schwäbisch Gmünd Steueroberinspektorin (BaL) Elisabeth Rauppies-Seegert, FA Darmstadt (1. 10. 84),

an FA Sankt Augustin Steueroberinspektor (BaL) Dieter Wiesendorf, FA Ffm-Börse (8. 10. 84),

an Stadt Münzenberg Steuerinspektor (BaP) Manfred Müller, FA Bad Homburg (1. 10. 84);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat Adalbert Grzechca, FA Kassel-Goethestraße (31. 7. 84),

die Steueramtmänner Fritz Heuß, FA Friedberg, Adolf Scherer, FA Ffm-Taunustor (beide 30. 9. 84),

die Steueroberinspektoren Jakob Ballmert, FA Bensheim (31. 8. 84), Siegfried Patzak, FA Biedenkopf (31. 10. 84),

Steueramtsinspektor Ernst-Werner Howschke, FA Gelnhausen (31. 8. 84),

die Steuerhauptsekretäre Manfred Blüse, FA Kassel-Goethestraße (30. 9. 84), Heinz Sagner, FA Dieburg (30. 11. 84), Friedrich Siemon, FA Kassel-Goethestraße (31. 7. 84), sämtlich gem. § 51 (1) HBG,

die Regierungsoberräte Heinrich Blitz, FA Darmstadt (30. 9. 84), Alfred Pitz, FA Gießen (30. 11. 84), Alfred Schmidt, FA Darmstadt (31. 7. 84),

die Obersteuerräte Albert Bähr, FA Ffm-Börse (31. 8. 84), Walter Geider, FA Darmstadt (30. 9. 84), Wilhelm Giesler, FA Bad Schwalbach (31. 8. 84), Erich Pfeil, FA Offenbach-Stadt (31. 7. 84),

die Oberamtsräte Rolf Klee, FA Wiesbaden I (31. 7. 84), Heinz Markowski, FA Bad Hersfeld,

Steuerrat Wolfgang Stach, FA Ffm-Stiftstraße (beide 30. 9. 84),

die Amtsräte Emil Faßhauer, FA Kassel-Goethestraße, Gustav Hofferberth, FA Offenbach-Land, Otto Hott, FA Alsfeld (sämtlich 31. 7. 84),

die Steueramtmänner Hans Neff, FA Michelstadt (31. 7. 84), Fritz Weber, FA Fulda (30. 9. 84),

die Steueroberinspektoren Johann Fuchs, FA Dieburg, Heibert Klassen, FA Weilburg (beide 31. 8. 84), Willi Körner, FA Gelnhausen (30. 9. 84), Tobias Tönges, FA Frankenberg (31. 7. 84), Oskar Winter, FA Witzenhausen (31. 8. 84),

die Steueramtsinspektoren Franz Jahn, FA Fulda (31. 8. 84), Albert Möller, FA Alsfeld (31. 7. 84), Steuerhauptsekretär Adolf Giese, FA Kassel-Goethestraße (30. 9. 84), sämtlich gem. § 51 (3) HBG;

in den Ruhestand getreten:

Regierungsoberrat Johann Weckber, FA Ffm-Höchst (30. 11. 84), Steuerrat Franz Knebel, FA Korbach (30. 9. 84);

entlassen:

die Regierungsräte Ottmar Hermann, FA Ffm-Börse, Josef Hillenbrand, FA Wiesbaden I (beide 31. 10. 84),

die Steueramtmänner Klaus Gnau, FA Kassel-Goethestraße (14. 7. 84), Fred Keil, FA Wetzlar (30. 9. 84), Brigitte Talal, FA Ffm-Taunustor (31. 8. 84),

die Steuerinspektoren Jürgen Keck, FA Wiesbaden I (30. 9. 84), Stefan Wehner, FA Gelnhausen (31. 7. 84),

Steuerinspektor z. A. Christoph Schulte, FA Gießen (30. 9. 84),

die Steuerhauptsekretäre/in Heinz-Peter Fuchs, FA Bad Schwalbach (25. 6. 84), Norbert Grimm, FA Offenbach-Stadt (8. 8. 84), Jutta Mätzig, FA Hanau (30. 6. 84), die Steuerobersekretäre/innen Heike Beck, FA Wetzlar (18. 9. 84), Claudia Hartung, FA Offenbach-Stadt (31. 7. 84), Dieter Kalhöfer, FA Korbach (16. 10. 84), Georg Kirst, FA Wiesbaden II (30. 9. 84), Manfred Lang, FA Gießen (31. 10. 84), Doris Lucksch, FA Bensheim (30. 6. 84), Achim Philippus, FA Bad Schwalbach (16. 9. 84), Bernd Roth, FA Groß-Gerau (30. 9. 84), Ulrich Seipp (14. 10. 84), Wolfgang Schlitt, beide FA Bad Homburg (10. 7. 84), Rainer Tröller, FA Gießen (14. 10. 84), Steuersekretärin Elke Schmalbach, FA Groß-Gerau (30. 9. 84), die Steuerassistentinnen Silvia Schreiner, FA Wiesbaden I (9. 8. 84), Anette Stobel, FA Ffm-Taunustor (31. 7. 84), die Steuerassistenten z. A. Marcus Geißler, FA Groß-Gerau (10. 9. 84), Thomas Wernig, FA Offenbach-Stadt (31. 7. 84), sämtlich gem. § 41 (1) HBG;

verstorben:

Ltd. Regierungsdirektor Eduard Muschik, FA Kassel-Goethestraße (7. 10. 84), Steueramtmann Wolfgang Zechendorf, FA Ffm-Höchst (25. 6. 84), Steueroberinspektor Edgar Weber, FA Dillenburg (1. 12. 84), Steuerhauptsekretärin Heidrun Kämper, FA Ffm-Hamburger Allee (7. 7. 84), Steuerassistentin Esther Götz, FA Groß-Gerau (11. 6. 84);

bei der Staatsbauverwaltung

ernannt:

zur **Baudirektorin** Bauoberrätin (BaL) Karola Plaßmann, StBA Arolsen (10. 10. 84);

zu **Bauoberräten** die Bauräte (BaL) Lüder Clausdorff, StHBA Marburg (12. 10. 84), Karl-Emil Grimm, StBA Kassel (11. 10. 84);

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Axel Böttger, StBA Wiesbaden (6. 11. 84);

zu **Techn. Amtsräten** die Techn. Amtmänner (BaL) Wilhelm Battenberg, StBA Schwalmstadt (10. 10. 84), Kurt Fuhrmann, StHBA Kassel (5. 10. 84), Ekkehard Schneider, StBA Wetzlar (10. 10. 84);

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Ludwig Althaus, StBA Frankfurt am Main I (3. 10. 84);

zu **Techn. Oberinspektoren (BaL)** die Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP) Horst Müller, StBA Frankfurt (16. 11. 84), Hans-Georg Stiehle, StBA Wiesbaden (16. 11. 84);

zu/zur **Techn. Oberinspektoren/in z. A. (BaP)** die Techn. Inspektorenanwärter/in (BaW) Norbert Konrad, StHBA Darmstadt, Eva Lindenblatt-Diehl, StBA Frankfurt I, Friedhelm Löber, StBA Frankfurt II (sämtlich 26. 10. 84);

versetzt:

an Landbauamt Freising Baureferendarin Anna Maria Wieczorek, zum LR Darmstadt Dieburg — Kreisausschuß — Techn. Amtsrat Josef Wörtche, beide StBA Frankfurt II (beide 1. 10. 84).

Berichtigung

In StAnz. 1984 S. 2251 muß es unter D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen bei der Steuerverwaltung **zu Steueroberse-kretären/innen** . . (S. 2252, rechte Spalte) in der 6. Zeile von unten statt „Elke Bernhradt" richtig „Elke **Bernhardt**" heißen.

Frankfurt am Main, 14. Dezember 1984

Oberfinanzdirektion
P 1400 A — 50 — St I 72

Es sind *StAnz. 1/1985 S. 44*

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

im Ministerium

ernannt:

zum **Amtsmeister (BaL)** Amtsmeister z. A. (BaP) Kurt Bendinger (30. 11. 84).

Wiesbaden, 14. Dezember 1984

Der Hessische Minister der Justiz
ZB pers. B 60

StAnz. 1/1985 S. 47

25 DARMSTADT — DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Ermittlung von Grundstückswerten (Richtwertermittlung nach § 143 b BBauG);

hier: Richtwertübersicht für den Regierungsbezirk Darmstadt zum 31. Dezember 1983

Gemäß § 143 b Abs. 4 BBauG i. d. F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) i. V. m. § 14 der Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 5. März 1981 (GVBl. I S. 46 ff.) ist auf der Grundlage der Bodenrichtwerte die als Anlage abgedruckte Übersicht über die Richtwertermittlung für den Regierungsbezirk Darmstadt zum 31. Dezember 1983 erstellt worden und wird hiermit veröffentlicht.

Darmstadt, 14. Dezember 1984

Der Regierungspräsident
V 6/35 a — 61 c 08/15 — /84

StAnz. 1/1985 S. 47

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Landkreis Bergstraße					
Abtsteinach					
O.-Abtsteinach	W		70,—		
U.-Abtsteinach	W		70,—		
Biblis					
Biblis	W		80,—		
Nordheim	W		70,—		
Birkenau					
Birkenau	W		180,—		
Hornbach	W		100,—		
Löhrbach	W		90,—		
Nieder-Liebersbach	W		100,—		
Reisen	W		180,—		
Bürstadt					
Bürstadt	W		130,—		
	G		35,—		
Bobstadt	W		130,—		
Einhausen					
Klein-Hausen	W		140,—		
Groß-Hausen	W		140,—		
	G		30,—		
Fürth					
Fürth	W		100,—		
Ellenbach	W		50,—		
Erlenbach	W		50,—		
Fahrenbach	W		100,—		
Kröckelbach	W		80,—		
Krumbach	W		80,—		
Linnenbach	W		50,—		
Lörzenbach	W		70,—		
Steinbach	W		100,—		
Gorxheimertal					
Trösel	W		130,—		
Unter-Flockenbach	W		140,—		
Grasellenbach					
Grasellenbach	W		80,—		
Hammelbach	W		80,—		
Litzelbach	W		50,—		
Ober-Scharbach	W		50,—		
Unter-Scharbach	W		50,—		
Wahlen	W		80,—		
Groß-Rohrheim	W		80,—		
Hirschhorn					
Hirschhorn	W		90,—		
	G		25,—		
Lautertal					
Beedenkirchen	W		75,—		
Elmshausen	W		120,—		
Gadernheim	W		90,—		
Lautern	W		55,—		
Reichenbach	W		110,—		
Schannenbach	W		55,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Lindenfels					
Lindenfels	W		125,—		
	G		25,—		
Eulsbach	W		55,—		
Glattbach	W		55,—		
Kolmbach	W		55,—		
Schlierbach	W		55,—		
Seidenbach	W		55,—		
Winkel	W		55,—		
Winterkasten	W		55,—		
Lorsch	W		130,— 200,—		
	M		60,— 210,—		
	G		35,—		
Mörlenbach					
Mörlenbach	W		100,— 170,—		
	G		35,—		
Bonsweiher	W		80,—		
Ober-Mumbach	W		80,—		
Vöckelsbach	W		80,—		
Weiher	W		120,—		
Neckarsteinach					
Neckarsteinach	W		130,—		
	G		35,—		
Darsberg	W		70,—		
Neckarhausen	W		70,—		
Rimbach					
Rimbach	W		135,—		
Albersbach	W		80,—		
Lauten-Weschnitz	W		90,—		
Mitlechtern	W		90,—		
Zotzenbach	W		120,—		
Wald-Michelbach					
Wald-Michelbach	W		80,—		
Affolterbach	W		60,—		
Aschbach	W		80,—		
Gadern	W		80,—		
Kreidach	W		60,—		
Ober-Schönmattenwag	W		60,—		
Siedelsbrunn	W		80,—		
Unter-Schönmattenwag	W		50,—		
Zwingenberg					
Zwingenberg	W		180,— 330,—		
Rodau	W		130,—		
Kreis Darmstadt-Dieburg					
Alsbach-Hähnlein					
Alsbach	W	270,— 330,—	270,— 330,—	135,— 220,—	
	M	260,— 290,—	260,— 290,—	130,— 193,—	
	G	20,— 40,—	20,— 40,—	10,— 27,—	
Hähnlein	W	170,— 210,—	170,— 210,—	135,— 140,—	

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Babenhausen					
Babenhausen	W	160,— 200,—	160,— 200,—	80,— 133,—	
	G	25,— 40,—	25,— 40,—	12,50 27,—	
Harpertshausen	W	75,— 80,—	75,— 80,—		
Harreshausen	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Hergershausen	W	180,— 200,—	180,— 200,—		
Langstadt	W	120,— 150,—	120,— 150,—		
Sickenhofen	W	80,— 120,—	80,— 120,—		
Bickenbach	W	260,— 310,—	260,— 310,—	130,— 207,—	
	G	25,— 30,—	25,— 30,—		
Dieburg	W	280,— 320,—	280,— 320,—	140,— 213,—	
	M	100,—	100,—		
	G	20,— 30,—	20,— 30,—		
Eppertshausen	W	260,— 300,—	260,— 300,—	130,— 200,—	
Erzhausen	W	250,— 300,—	250,— 300,—	125,— 200,—	
	G	25,— 40,—	25,— 40,—		
Fischbachtal					
Billings	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Lichtenberg	W	120,— 140,—	120,— 140,—		
Niedernhausen	W	100,— 130,—	100,— 130,—		
Griesheim	W	290,— 380,—	290,— 380,—	145,— 253,—	30,— 50,—
	M	190,— 240,—	190,— 240,—	95,— 160,—	30,— 50,—
	G	40,— 60,—	40,— 60,—		
Groß-Biberau					
Groß-Biberau	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Rodau	W	90,— 130,—	90,— 130,—		
Groß-Umstadt					
Groß-Umstadt	W	160,— 230,—	160,— 230,—	120,— 153,—	
	M	110,— 150,—	110,— 150,—		
	G	25,— 35,—	25,— 35,—		
Dorndiel	W	80,—	80,—		
Heubach	W	100,— 130,—	100,— 130,—		
Kleestadt	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Klein-Umstadt	W	130,— 150,—	130,— 150,—		
Raibach	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Richen	W	100,— 150,—	100,— 150,—		
	G	30,—	30,—		
Semd	W	70,—	70,—		
Wiebelsbach	W	85,— 100,—	85,— 100,—		
Groß-Zimmern					
Groß-Zimmern	W	160,— 210,—	160,— 210,—	80,— 140,—	
	G	40,—	40,—	20,—	
Klein-Zimmern	W	160,— 200,—	160,— 200,—		
Messel	W	240,— 280,—	240,— 280,—	120,— 187,—	
	G	30,— 50,—	30,— 50,—		
Modautal					
Allertshofen und Hoxhohl	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Asbach	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Brandau	W	130,— 150,—	130,— 150,—		
Ernsthofen	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Klein-Bieberau	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Lützelbach	W	90,— 110,—	90,— 110,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Neunkirchen	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Neutsch	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Mühltal					
Frankenhausen	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Nieder-Beerbach	W	170,— 280,—	170,— 280,—	85,— 187,—	
Nieder-Ramstadt	W	300,— 380,—	300,— 380,—	150,— 253,—	
Traisa	W	280,— 400,—	280,— 400,—	140,— 267,—	
Münster					
Münster	W	250,— 290,—	250,— 290,—	125,— 193,—	
	M	250,—	250,—		
Altheim	W	160,— 230,—	160,— 230,—		
Ober-Ramstadt					
Ober-Ramstadt	W	240,— 290,—	240,— 290,—	120,— 193,—	
	M	150,— 200,—	150,— 200,—		
	G	30,— 50,—	30,— 50,—		
Nieder-Modau u. Ober-Modau	W	90,— 110,—	90,— 110,—		
Rohrbach	W	110,— 160,—	110,— 160,—		
	M	100,— 150,—	100,— 150,—		
Wembach-Hahn	W	90,— 140,—	90,— 140,—		
Otzberg					
Habitzheim	W	120,—	120,—		
Hering	W	130,—	130,—		
Lengfeld	W	150,— 170,—	150,— 170,—	75,— 113,—	
Nieder-Klingen	W	80,—	80,—		
Ober-Klingen	W	80,— 110,—	80,— 110,—		
Ober-Nauses	W	55,—	55,—		
Pfungstadt					
Pfungstadt	W	260,— 340,—	260,— 340,—	130,— 227,—	
	M	230,— 280,—	230,— 280,—	115,— 187,—	
	G	30,— 40,—	30,— 40,—	15,— 27,—	
Eschollbrücken	W	220,— 280,—	220,— 280,—	110,— 187,—	
Hahn	W	150,— 200,—	150,— 200,—	75,— 133,—	
Reinheim					
Reinheim	W	180,— 210,—	180,— 210,—	90,— 140,—	
Georgenhausen	W	120,— 130,—	120,— 130,—		
Sprachbrücken	W	150,— 170,—	150,— 170,—		
Ueberau	W	130,— 160,—	130,— 160,—		
Zeilhard	W	150,— 160,—	150,— 160,—		
Roßdorf					
Roßdorf	W	240,— 300,—	120,— 200,—	20,— 40,—	
	G	20,— 30,—	20,— 30,—		
Gundernhausen	W	160,— 200,—	160,— 200,—	80,— 133,—	
Schaafheim					
Schaafheim	W	150,— 180,—	150,— 180,—	75,— 120,—	
Mosbach	W	120,— 140,—	120,— 140,—		
Radheim	W	90,—	90,—		
Schlierbach	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
Seeheim-Jugenheim					
Seeheim	W	340,— 410,—	340,— 410,—	170,— 273,—	
Jugenheim	W	300,— 380,—	300,— 380,—	150,— 253,—	
Malchen	W	280,— 360,—	280,— 360,—		
Ober-Beerbach	W	210,— 260,—	210,— 260,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Weiterstadt					
Weiterstadt	W	180,— 260,—	180,— 260,—	90,— 173,—	
	M	190,— 250,—	190,— 250,—	95,— 167,—	
	G	25,— 45,—	25,— 45,—	12,50 30,—	
Braunshardt	W	130,— 190,—	130,— 190,—	150,—	
	M	160,— 240,—	160,— 240,—	80,— 160,—	
Gräfenhausen	W	160,— 300,—	160,— 300,—	80,— 200,—	
Schneppenhausen	W	160,— 190,—	160,— 190,—	80,— 127,—	
Landkreis Groß-Gerau					
Biebesheim	W	70,— 150,—	70,— 150,—		
	G	15,— 30,—	15,— 30,—		
Bischofsheim	W	140,— 230,—	140,— 230,—		30,— 60,—
	G	30,— 70,—	30,— 70,—		
Büttelborn					
Büttelborn	W	110,— 210,—	110,— 210,—		
	G	15,— 30,—	15,— 30,—		
Klein-Gerau	W	100,— 200,—	100,— 200,—		
Worfelden	W	100,— 190,—	100,— 190,—		
Gernsheim					
Gernsheim	W	80,— 160,—	80,— 160,—		
	G	20,— 40,—	20,— 40,—		
Klein-Rohrheim	W	50,— 110,—	50,— 110,—		
Ginsheim-Gustavsburg	W	140,— 250,—	140,— 250,—		20,— 60,—
	G	30,— 70,—	30,— 70,—		
Groß-Gerau					
Groß-Gerau	W	120,— 230,—	120,— 230,—		45,— 60,—
	G	40,— 80,—	40,— 80,—		
Berkach	W	110,— 200,—	110,— 200,—		
Dornberg	W	110,— 200,—	110,— 200,—		
Dornheim	W	100,— 200,—	100,— 200,—		
	G	15,— 30,—	15,— 30,—		
Wallerstädten	W	100,— 190,—	100,— 190,—		
Kelsterbach	W	150,— 250,—	150,— 250,—		50,— 80,—
	G	120,— 190,—	120,— 190,—		
Mörfelden-Walldorf					
Mörfelden	W	150,— 250,—	150,— 250,—		
	G	40,— 80,—	40,— 80,—		
Walldorf	W	150,— 250,—	150,— 250,—		40,— 70,—
	G	40,— 80,—	40,— 80,—		
Nauheim	W	120,— 230,—	120,— 230,—		
	G	30,— 70,—	30,— 70,—		
Raunheim	W	110,— 190,—	110,— 190,—		
	G	50,— 80,—	50,— 80,—		
Riedstadt					
Crumstadt	W	70,— 130,—	70,— 130,—		
Erfelden	W	70,— 140,—	70,— 140,—		20,— 40,—
Goddelau	W	70,— 140,—	70,— 140,—		
	G	25,— 40,—	25,— 40,—		
Leeheim	W	70,— 130,—	70,— 130,—		
Wolfskehlen	W	70,— 140,—	70,— 140,—		30,— 70,—

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Stockstadt	W	70,—	140,—	70,—	140,—				
	G	15,—	30,—	15,—	30,—				
Trebur									
Trebur	W	80,—	170,—	80,—	170,—				
	G	30,—	60,—	30,—	60,—				
Astheim	W	80,—	140,—	80,—	140,—				
	G	15,—	30,—	15,—	30,—				
Geinsheim	W	60,—	130,—	60,—	130,—				
	G	15,—	30,—	15,—	30,—				
Hochtaunuskreis									
Friedrichsdorf									
Friedrichsdorf	W	200,—	380,—	200,—	380,—				
	M	300,—	320,—	300,—	320,—				
	G	130,—							
Burgholzhausen	W	260,—	300,—	260,—	300,—				
	M	260,—		260,—					
	G			110,—	130,—				
Dillingen	W	380,—		380,—					
Köppern	W	280,—	350,—	280,—	350,—				
	M	200,—	220,—	200,—	220,—				
	G	110,—		110,—					
Seulberg	W	200,—	350,—	300,—	350,—			27,50	
	M	150,—							
	G	130,—		130,—					
Glashütten									
Glashütten	W	270,—	320,—	270,—	320,—			180,—	
	M	150,—							
Oberems	W	80,—	180,—	80,—	180,—				
	M	80,—							
Schloßborn	W	180,—	240,—	180,—	240,—				
	M	130,—							
	G	80,—		80,—					
Grävenwiesbach									
Grävenwiesbach	W	70,—	90,—	70,—	90,—				
	M	70,—							
	G	35,—		35,—					
Heinzenberg	W	80,—		80,—					
	M	60,—							
Hundstadt	W	80,—	85,—	80,—	85,—				
	M	60,—		60,—					
	G	35,—		35,—					
Laubach	W	80,—		80,—					
	M	60,—		60,—					
Mönstadt	W	85,—		85,—					
	M	60,—		60,—					
Naunstadt	W	80,—		80,—					
	M	60,—		60,—					
	G	35,—		35,—					
Königstein i. Ts.									
Königstein i. Ts.	W	350,—	500,—	350,—	550,—			150,—	
	M	300,—	700,—						
	G	90,—	120,—						
Falkenstein	W	300,—	500,—	300,—	500,—				
	M	300,—							
Mammolshain	W	180,—	300,—	280,—	300,—			120,—	
	M	180,—	280,—						

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Schneidhain	W	280,—	480,—	280,—	400,—				
	M	220,—							
	G	120,—		120,—					
Kronberg i. Ts.									
Kronberg i. Ts.	W	350,—	600,—	350,—	600,—				
	M	300,—	700,—						
	G	150,—		100,—					
Oberhöchstadt	W	200,—	350,—	200,—	350,—			160,—	200,—
	M	250,—							
	G	220,—		220,—					
Schönberg	W	300,—	550,—	350,—	550,—				
	M	300,—	500,—						
Neu-Anspach									
Anspach	W	150,—	220,—	200,—	210,—				
	M	150,—	220,—						
	G	50,—		50,—					
Hausen-Arnsbach	W	100,—	200,—	170,—	200,—				
	M	100,—							
	G	50,—		50,—					
Rod am Berg	W	60,—	180,—	90,—	180,—				
	M	90,—							
Westerfeld	W	90,—	180,—	90,—	180,—				
	M	90,—							
Schmitten									
Schmitten	W	100,—	180,—	100,—	180,—				
	M	100,—	180,—	100,—	180,—				
	G	50,—		50,—					
Arnoldshain	W	50,—	250,—	150,—	250,—				
	M	100,—							
Brombach	W	100,—		100,—					
	M	60,—							
Dorfweil	W	60,—	100,—	60,—	100,—				
	M	60,—							
Hunoldstal	W	120,—		120,—					
	M	70,—							
Niederreifenberg	W	100,—	150,—	100,—	150,—				
	M	100,—	130,—						
Oberreifenberg	W	50,—	220,—	100,—	220,—				
	M	100,—	150,—	150,—					
Seelenberg	W	150,—	180,—	150,—	180,—				
	M	60,—							
Treisberg	W	90,—		90,—					
	M	50,—							
Steinbach	W	250,—	300,—	300,—					
	M	250,—							
	G	160,—		160,—					
Usingen									
Usingen	W	200,—	300,—	220,—	300,—	240,—		120,—	
	M (Sanierungsgebiet)	240,—	420,—					70,—	
	G	80,—	100,—	80,—	100,—				
Eschbach	W	80,—	150,—	80,—	150,—				
	M	80,—	130,—						
Kransberg	W	100,—	150,—	100,—	150,—				
	M	70,—							
Merzhausen	W	150,—		150,—					
	M	60,—	100,—						

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Michelbach	W	80,— 140,—	80,— 140,—		
	M	80,—			
Wernborn	W	120,— 150,—	120,— 150,—		
	M	100,—			
	G	30,—	30,—		
Wilhelmsdorf	W	130,—	130,—		
	M	80,—	80,—		
	G	30,—	30,—		
Wehrheim					
Wehrheim	W	220,— 280,—	220,— 280,—	250,—	
	M	120,— 180,—			
	G	80,—	80,—		
Friedrichsthal	W	100,—	100,—		
	M	85,—			
Obernhain	W	150,— 240,—	150,— 240,—		
	M	100,— 150,—			
Pfaffenwiesbach	W	150,— 200,—	150,— 200,—		
	M	100,— 150,—			
Weilrod					
Altweilnau	W	80,— 140,—	80,— 140,—		
	M	60,—			
Cratzenbach	W	60,—	60,—		
	M	50,—			
Emmershausen	W	65,—	65,—		
	M	50,—			
Finsternthal	W	50,—	50,—		
	M	50,—			
Gemünden	W	60,— 90,—	60,— 90,—		
	M	50,—			
	G	30,—	30,—		
Hasselbach	W	65,— 90,—	65,— 90,—		
	M	50,— 60,—			
	G	35,—	35,—		
Mauloff	W	30,— 100,—	75,— 100,—		
	M	50,—			
Neuweilnau	W	80,—	80,—		
	M	60,—			
Niederlauken	W	50,—	50,—		
	M	40,—			
Oberlauken	W	65,—	65,—		
	M	40,—			
Riedelbach	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
	M	50,—			
	G		35,—		
Rod an der Weil	W	45,— 70,—	45,— 70,—		
	M	45,—			
	G	35,—	35,—		
Winden	W	45,—	45,—		
	M	45,—			
Main-Kinzig-Kreis					
Bad Soden-Salmünster					
Bad Soden	W		130,— 150,—		
Mernes	W		20,—		
Salmünster	W		110,—		
Biebergemünd					
Kassel	W		90,—		
Roßbach	M		65,—		
Wirtheim	W		100,—		
Brachttal					
Hellstein	W		75,—		
	M		75,—		
Schlierbach	W		85,—		
	M		85,—		
Bruchköbel					
Bruchköbel	W	230,— 250,—	270,— 280,—		
Niederissigheim	W		190,—		
Oberissigheim	W	200,—			
Erlensee					
Langendiebach	W	200,— 210,—	170,—		
Rückingen	W	180,—	180,— 240,—		
	M	240,—			
Flörsbachtal					
Flörsbach	W		65,—		
Kempfenbrunn	W		40,—		
Freigericht					
Horbach	W		90,—		
	M		90,—		
Somborn	W		140,—		25,—
Gelnhausen					
Gelnhausen	W		130,— 270,—		
	G		35,—		
Hailer	W		140,—		
Meerholz	W		180,—		
Großkrotzenburg	W		230,— 240,—		60,— 70,—
	M		240,—		
	G	60,—			
Gründau					
Breitenborn	W		110,—		
Haingründau	W		120,—		
Mittelgründau	W		120,—		
Niedergründau	M		130,—		
Rothenbergen	W		150,—		
Hammersbach					
Langenbergheim	W		140,—		
Marköbel	W		120,—		
	M		140,—		
Hasselroth					
Niedermittlau	W		120,—		
Jossgrund					
Burgjoss	G		10,—		
Lettgenbrunn	W		100,—		
Pfaffenhausen	W		40,—		
	M		40,—		
Langenselbold	W	270,—	270,—		
Linsengericht					
Großenhausen	W		120,—		
Lützelhausen	W		110,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Neuberg									
Rüdigheim	M	160,—							
Nidderau									
Eichen	W			160,—					
Heldenbergen	W	290,—							
	M			200,—					
Ostheim	W			170,—					
Windecken	M			170,—					
Rodenbach									
Niederrodenbach	W			200,—	260,—				
	Sondergebiet			80,—					
Oberrodenbach	W			240,—					
Ronneburg									
Altwiedermus	W			110,—					
Schlüchtern									
Schlüchtern	W			80,—					
	M	125,—		80,—					
	G			25,—					
Breitenbach	W			20,—					
Elm	W			17,—	27,—				
	G			20,—					
Gundhelm	W			10,—					
Hohenzell	W			25,—					
Niederzell	W			55,—					
Schöneck									
Büdesheim	W	250,—							
Kilianstädten	W			270,—	290,—				
Oberdorfelden	W	290,—		320,—					
Sinntal									
Altengronau	W			25,—					
Sannerz	W			12,—					
Sterbfritz	W	95,—		27,—					
Züntersbach	W			20,—					
Steinau a. d. Straße									
Hintersteinau	W			20,—					
Marborn	W			25,—					
Steinau	W			40,—		25,—			
Wächtersbach									
Wächtersbach	W			70,—					
Aufenau	W			90,—					
Hesseldorf	M			90,—					
Neudorf	W			80,—					
Weilers	M			50,—					
Wittgenborn	W			50,—					
Main-Taunus-Kreis									
Bad Soden a. Ts.									
Bad Soden a. Ts.	W	350,—	575,—	350,—	575,—			180,—	
	M	280,—	450,—	280,—	450,—				
Altenhain	W	250,—	450,—	250,—	450,—				
Neuenhain	W	250,—	500,—	250,—	500,—				
	M	250,—		250,—					

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Eppstein									
Eppstein	W	250,—	600,—	250,—	600,—				
	M	450,—	600,—	450,—	600,—				
	G	90,—		90,—					
Bremthal	W	260,—	300,—	260,—	300,—				
	M	180,—		180,—					
	G	44,—		44,—					
Ehlhalten	W	300,—		300,—					
	M	250,—	300,—	250,—	300,—				
Niederjosbach	W	200,—	350,—	200,—	350,—				
	M	200,—		200,—					
Vockenhausen	W	300,—	550,—	300,—	550,—				
	M	250,—	550,—	250,—	550,—				
Eschborn									
Eschborn	W	280,—	580,—	280,—	580,—				
	G	250,—	450,—	250,—	450,—				
Niederhöchstadt	W	300,—	600,—	300,—	600,—				
	M	320,—		320,—					
	G	300,—		300,—					
Flörsheim am Main									
Flörsheim am Main	W	150,—	170,—	150,—	170,—				
	M	170,—		170,—					
	G	35,—	45,—	35,—	45,—				
Weilbach	W	170,—		170,—					
	M	170,—		170,—					
Wicker	W	170,—		170,—					
	M	170,—		170,—					
	G	45,—		45,—					
Hattersheim am Main									
Hattersheim am Main	W	300,—		300,—				140,—	160,—
	M	350,—	400,—	350,—	400,—				
	G	120,—	150,—	120,—	150,—				
Eddersheim	W	200,—	240,—	200,—	240,—			45,—	65,—
	M	250,—		250,—					
	G	100,—		100,—					
Okriftel	W	200,—	320,—	200,—	320,—				
	G	130,—		130,—					
Hochheim am Main									
Hochheim am Main	W	200,—	500,—	200,—	500,—			120,—	
	M	180,—	400,—	180,—	400,—				
	G	60,—	200,—	60,—	200,—				
Massenheim	W	150,—	250,—	150,—	250,—				
	M	250,—		250,—					
Kelkheim (Taunus)									
Kelkheim (Taunus)	W	400,—		400,—					
	M	400,—		400,—					
	G	200,—		200,—					
Eppenhain	W	280,—	300,—	280,—	300,—				
	M	200,—	280,—	200,—	280,—				
Fischbach	W	250,—	380,—	250,—	380,—				
	M	250,—	300,—	250,—	300,—				
	G	120,—		120,—					
	Sonderbauflächen	120,—		120,—					

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM bis DM	baureifes Land von DM bis DM	Rohbauland von DM bis DM	Bauerwartungsland von DM bis DM
Hornau	W	300,— 400,—	300,— 400,—		
	M	300,—	300,—		
Münster	W	300,— 400,—	300,— 400,—		
	M	300,— 400,—	300,— 400,—		
	G	120,—	120,—		
Ruppertshain	W	250,— 300,—	250,— 300,—		
	M	200,—	200,—		
Kriftel	W	180,— 400,—	180,— 400,—		
	M	150,—	150,—		
	G	100,—	100,—		
Liederbach					
Niederhofheim	W	350,—	350,—		
	M	300,—	300,—		
Oberliederbach	W	280,— 300,—	280,— 300,—		
Schwalbach a. Ts.	W	250,— 500,—	250,— 500,—		
	M	180,— 360,—	180,— 360,—		
	G	70,— 120,—	70,— 120,—		
Sulzbach (Taunus)	W	220,— 450,—	220,— 450,—		
	M	250,—	250,—		
	G	150,— 260,—	150,— 260,—		
Odenwaldkreis					
Bad König					
Bad König	W		127,—		
Fürstengrund	W		93,—		
Kimbach	W		85,—		
Momart	W		85,—		
Nieder-Kinzig	W		73,—		
Ober-Kinzig	W		68,—		
Zell	W		86,—		
	G		35,—		
Beerfelden					
Beerfelden	W		83,—		
Etzean	W		32,—		
Gammelsbach	W		60,—		
Hetzbach	W		60,—		
Olfen	W		49,—		
Brensbach					
Brensbach	W		108,—		
	G		40,—		
Affhöllerbach	W		76,—		
Höllerbach	W		98,—		
Nieder-Kainsbach	W		68,—		
	G		35,—		
Wallbach	W		70,—		
Wersau	W		120,—		
Breuberg					
Hainstadt	W		70,—		
Neustadt	W		96,—		
Rai-Breitenbach	W		90,—		
Sandbach	W		95,—		
Wald-Amorbach	W		37,—		
Brombachtal					
Böllstein	W		76,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM bis DM	baureifes Land von DM bis DM	Rohbauland von DM bis DM	Bauerwartungsland von DM bis DM
Kirch-Brombach	W		76,—		
Langen-Brombach	W		81,—		
Erbach					
Erbach	W		134,—		
	G		40,—		
Bullau	W		43,—		
Dorf-Erbach	W		88,—		
Ebersberg	W		65,—		
Günterfürst	W		67,—		
Haiserbach	W		67,—		
Fränkisch-Crumbach	W		92,—		
	G		35,—		
Hesseneck					
Kailbach	W		38,—		
Schöllenbach	W		38,—		
Höchst					
Höchst	W		95,—		
	G		40,—		
Annelsbach	W		68,—		
Hassenroth	W		87,—		
Hetschbach	W		75,—		
Hummetroth	W		87,—		
Lützelbach					
Breitenbrunn	W		70,—		
Haingrund	W		68,—		
Lützel-Wiebelsbach	W		63,—		
Rimhorn	W		62,—		
Seckmauern	W		75,—		
Michelstadt					
Michelstadt	W		124,—		
	G		40,—		
Rehbach	W		60,—		
Steinbach	W		90,—		
Stockheim	W		124,—		
Vielbrunn	W		60,—		
Weiten-Gesäß	W		61,—		
Würzburg	W		54,—		
Mossautal					
Güttersbach	W		73,—		
Ober-Hiltersklingen	W		48,—		
Ober-Mossau	W		60,—		
Unter-Mossau	W		60,—		
Reichelsheim (Odw.)					
Reichelsheim (Odw.)	W		82,—		
	G		40,—		
Klein-Gumpen	W		104,—		
Laudenau	W		41,—		
Ober-Kainsbach	W		74,—		
Rothenberg					
Rothenberg	W		58,—		
Sensbachtal					
Ober-Sensbach	W		38,—		
Unter-Sensbach	W		38,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Landkreis Offenbach					
Dreieich					
Buchschlag	W		240,— 400,—	150,— 240,—	90,— 160,—
	M		180,— 250,—	108,— 150,—	70,— 100,—
	G		55,—		
Dreieichenhain	W		280,— 500,—	140,— 240,—	100,— 160,—
	M		200,— 280,—	120,— 168,—	80,— 112,—
	G		65,— 80,—	40,— 48,—	26,— 32,—
Götzenhain	W		170,— 500,—	100,— 300,—	70,— 200,—
	G		33,— 83,—	20,— 50,—	14,— 33,—
Offenthal	W		90,— 260,—	55,— 160,—	35,— 105,—
	M		70,— 260,—	45,— 160,—	30,— 105,—
	G		40,— 50,—	25,— 30,—	15,— 20,—
Sprendlingen	W		200,— 470,—	120,— 280,—	80,— 190,—
	M		170,— 390,—	100,— 235,—	70,— 160,—
	G		100,— 160,—	60,— 100,—	40,— 65,—
Egelsbach	W		210,— 400,—	130,— 240,—	80,— 160,—
	M		180,— 300,—	110,— 180,—	70,— 120,—
	G		100,—	60,—	40,—
Hainburg					
Hainstadt	W		230,— 310,—	140,— 190,—	90,— 125,—
	M		150,— 210,—	90,— 130,—	60,— 85,—
	G		25,— 50,—	15,— 30,—	10,— 20,—
Kl. Krotzenburg	W		150,— 230,—	90,— 140,—	60,— 90,—
	M		90,— 140,—	50,— 85,—	40,— 60,—
	G		40,— 55,—	25,— 35,—	20,— 25,—
Hausen					
Hausen	W		200,— 370,—	120,— 220,—	80,— 150,—
	M		190,— 350,—	115,— 210,—	75,— 140,—
	G		45,— 70,—	30,— 45,—	20,— 30,—
Obertshausen	W		200,— 420,—	120,— 250,—	80,— 170,—
	M		200,— 280,—	120,— 170,—	80,— 110,—
	G		55,— 95,—	35,— 60,—	25,— 40,—
Heusenstamm					
Heusenstamm	W		200,— 460,—	120,— 280,—	80,— 185,—
	M		120,— 410,—	70,— 250,—	50,— 165,—
	G		70,— 120,—	40,— 70,—	30,— 50,—
Rembrücken	W		90,— 220,—	55,— 130,—	35,— 90,—
	M		90,— 220,—	55,— 130,—	35,— 90,—
Langen	W		200,— 400,—	120,— 240,—	80,— 160,—
	M		150,— 370,—	90,— 220,—	60,— 150,—
	G		35,— 180,—	25,— 110,—	15,— 70,—
	Sondergebiet		30,— 130,—		
Mainhausen					
Mainflingen	W		120,— 230,—	70,— 140,—	50,— 90,—
	G		40,— 60,—	25,— 40,—	15,— 25,—
Zellhausen	W		140,— 280,—	85,— 170,—	60,— 110,—
	M		80,— 225,—	50,— 135,—	30,— 90,—
	G		50,— 85,—	30,— 50,—	20,— 35,—
Rodgau					
Dudenhofen	W		240,— 350,—	140,— 210,—	100,— 140,—
	M		160,— 290,—	100,— 170,—	60,— 120,—
	G		10,— 35,—	9,— 20,—	6,— 15,—
Hainhausen	W		270,— 320,—	160,— 190,—	105,— 130,—
	M		90,— 235,—	55,— 140,—	40,— 95,—
	G		30,— 60,—	20,— 40,—	15,— 25,—
Jügesheim	W		200,— 390,—	120,— 235,—	80,— 160,—
	M		200,— 350,—	120,— 210,—	80,— 140,—
	G		45,— 60,—	30,— 40,—	20,— 25,—
Nieder-Roden	W		180,— 420,—	110,— 250,—	70,— 170,—
	M		180,— 280,—	110,— 170,—	70,— 110,—
	G		40,— 110,—	25,— 70,—	15,— 45,—
	Sondergebiet		240,—		
Weiskirchen	W		140,— 320,—	85,— 190,—	60,— 130,—
	M		260,—	160,—	100,—
	G		45,— 90,—	30,— 55,—	20,— 35,—
Rödermark					
Messenhausen	W		85,— 300,—	50,— 180,—	30,— 120,—
Ober-Roden	W		220,— 420,—	130,— 250,—	90,— 170,—
	M		220,— 300,—	130,— 180,—	90,— 120,—
	G		40,— 100,—	25,— 60,—	15,— 40,—
	Sondergebiet		80,— 130,—		
Urberach	W		240,— 410,—	145,— 250,—	100,— 165,—
	M		240,— 280,—	145,— 170,—	100,— 110,—
	G		40,— 110,—	25,— 70,—	15,— 45,—
	Sondergebiet		80,—		
Seligenstadt					
Seligenstadt	W		100,— 350,—	60,— 210,—	40,— 140,—
	M		100,— 270,—	60,— 160,—	40,— 110,—
	G		45,— 80,—	30,— 50,—	20,— 35,—
	Sondergebiet		16,— 18,—		
Froschhausen	W		200,— 350,—	120,— 210,—	80,— 140,—
	M		120,— 350,—	70,— 210,—	50,— 140,—
	G		60,— 100,—	40,— 60,—	25,— 40,—
Kl. Welzheim	W		170,— 280,—	100,— 170,—	70,— 110,—
	G		50,— 75,—	30,— 45,—	20,— 30,—
Rheingau-Taunus-Kreis					
Aarbergen					
Daisbach	W	40,—	30,— 60,—	25,—	10,—
Hausen über Aar	W	30,—	30,— 40,—	20,—	10,—
Kettenbach	W	35,—	20,— 60,—	25,—	10,—
Michelbach	W	45,—	40,— 60,—	30,—	15,—
Panrod	W	50,—	40,— 70,—	35,—	15,—
Rückershausen	W	35,—	30,— 50,—	25,—	10,—
Bad Schwalbach					
Bad Schwalbach	W	145,— 205,—	120,— 300,—	95,— 135,—	40,— 55,—
	M	270,—	200,— 400,—	180,—	75,—
	G	45,—	40,— 60,—	30,—	15,—
Adolfseck	W	70,—	60,— 90,—	45,—	20,—
Fischbach	W	105,—	80,— 150,—	70,—	30,—
Heimbach	W	100,—	80,— 140,—	65,—	40,—
Hettenhain	W	125,—	100,— 180,—	85,—	35,—
Langenseifen	W	70,—	60,— 90,—	45,—	20,—
Lindschied	W	100,—	80,— 140,—	65,—	40,—
Ramschied	W	80,—	60,— 120,—	55,—	25,—

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Eltville a. Rh.									
Eltville a. Rh.	W	165,—	205,—	120,—	300,—	110,—	135,—	45,—	55,—
	M	340,—		250,—	500,—	225,—		95,—	
	G	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Hattenheim	W	155,—	160,—	90,—	250,—	100,—	105,—	45,—	
Erbach	W	155,—	160,—	90,—	250,—	100,—	105,—	45,—	
Rauenthal	W	153,—	225,—	90,—	300,—	100,—	150,—	45,—	60,—
Martinsthal	W	130,—		90,—	200,—	85,—		35,—	
Geisenheim									
Geisenheim	W	130,—	160,—	90,—	230,—	85,—	105,—	35,—	45,—
	M	135,—	160,—	100,—	300,—	90,—	105,—	40,—	45,—
	G	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Johannisberg	W	90,—	145,—	80,—	200,—	60,—	95,—	25,—	40,—
Stephanshausen	W	55,—		50,—	75,—	40,—		15,—	
Heidenrod									
Algenroth	W	15,—		15,—	20,—	10,—		5,—	
Dickschied	W	40,—		30,—	60,—	25,—		10,—	
Egenroth	W	25,—		20,—	40,—	20,—		10,—	
Geroldstein	W	25,—		20,—	40,—	20,—		10,—	
Grebenroth	W	30,—		20,—	50,—	20,—		10,—	
Hilgenroth	W	25,—		20,—	40,—	20,—		10,—	
Huppert	W	55,—		40,—	80,—	35,—		15,—	
Kemel	W	70,—		50,—	100,—	45,—		20,—	
Langschied	W	35,—		25,—	50,—	25,—		10,—	
Laufenselden	W	60,—		40,—	90,—	40,—		15,—	
Mappershain	W	55,—		40,—	80,—	35,—		15,—	
Martenroth	W	30,—		30,—	40,—	20,—		10,—	
Nauroth	W	55,—		40,—	80,—	35,—		15,—	
Niedermeilingen	W	40,—		30,—	60,—	25,—		10,—	
Obermeilingen	W	40,—		30,—	60,—	25,—		10,—	
Springen	W	55,—		40,—	80,—	35,—		15,—	
Watzelhain	W	55,—		40,—	80,—	35,—		15,—	
Wisper	W	25,—		20,—	30,—	15,—		5,—	
Zorn	W	30,—		30,—	40,—	20,—		10,—	
Hohenstein									
Hohenstein	W	60,—		40,—	90,—	40,—		15,—	
Born	W	70,—		50,—	100,—	45,—		20,—	
Breithardt	W	60,—		40,—	90,—	40,—		15,—	
Hennethal	W	35,—		30,—	50,—	25,—		10,—	
Holzhausen über Aar	W	70,—		40,—	110,—	45,—		20,—	
Steckenroth	W	50,—		40,—	70,—	35,—		15,—	
Strinz Margarethä	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Hünstetten									
Beuerbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Bechtheim	W	65,—		50,—	90,—	40,—		20,—	
Görsroth	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Kesselbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Ketternschwalbach	W	65,—		50,—	90,—	40,—		20,—	
Limbach	W	65,—		50,—	90,—	40,—		20,—	
Oberlibbach	W	45,—		40,—	60,—	30,—		15,—	
Strinz Trinitatis	W	45,—		40,—	60,—	30,—		15,—	
Wallbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Wallrabenstein	W	95,—		70,—	140,—	65,—		25,—	

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Idstein									
Idstein	W	130,—	205,—	90,—	300,—	85,—	135,—	35,—	55,—
	M	225,—		200,—	300,—	150,—		65,—	
	G	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Dasbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Ehrenbach	W	40,—		40,—	50,—	25,—		10,—	
Eschenhahn	W	105,—		80,—	150,—	70,—		30,—	
Heftrich	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Kröftel	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Lenzhahn	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Niederauroff	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Nieder-Oberrod	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Oberauroff	W	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
Walsdorf	W	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
Wörsdorf	W	135,—		100,—	200,—	90,—		40,—	
Kiedrich	W	120,—	205,—	90,—	300,—	80,—	135,—	30,—	55,—
	M	135,—		100,—	200,—	90,—		40,—	
Lorch									
Lorch	W	80,—		80,—	100,—	55,—		25,—	
	M	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
	G	50,—		50,—	60,—	35,—		15,—	
Espenschied	W	40,—		30,—	60,—	25,—		10,—	
Lorchhausen	W	45,—		40,—	60,—	30,—		15,—	
Ransel	W	25,—		20,—	35,—	15,—		5,—	
Wollmerschied	W	45,—		40,—	60,—	30,—		15,—	
Niedernhausen									
Niedernhausen	W	205,—		150,—	300,—	135,—		55,—	
Engenhahn	W	70,—	135,—	60,—	200,—	50,—	90,—	20,—	40,—
Königshofen	W	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
Niederseelbach	W	115,—		80,—	170,—	75,—		30,—	
Oberjosbach	W	195,—		150,—	280,—	130,—		55,—	
Oberseelbach	W	115,—		80,—	170,—	75,—		30,—	
Oestrich									
Oestrich	W	155,—	180,—	90,—	280,—	100,—	120,—	45,—	50,—
	M	195,—		150,—	280,—	130,—		55,—	
Hallgarten	W	150,—	165,—	90,—	250,—	100,—	110,—	40,—	45,—
Mittelheim	W	155,—	360,—	90,—	280,—	100,—	240,—	45,—	100,—
	M	195,—		150,—	280,—	130,—		55,—	
Winkel	W	155,—	360,—	90,—	280,—	100,—	240,—	45,—	100,—
	M	195,—		150,—	280,—	130,—		55,—	
Rüdesheim a. Rh.									
Rüdesheim a. Rh.	W	160,—	205,—	100,—	300,—	105,—	135,—	45,—	55,—
	M	340,—		250,—	500,—	225,—		95,—	
	G	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Assmannshausen	W	75,—	180,—	70,—	250,—	50,—	120,—	20,—	50,—
Aulhausen	W	115,—		90,—	170,—	80,—		35,—	
Presberg	W	85,—		70,—	120,—	55,—		25,—	
	M	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Schlangenbad									
Schlangenbad	W	135,—	180,—	100,—	250,—	90,—	120,—	40,—	50,—
Bärstadt	W	130,—		90,—	200,—	85,—		35,—	
Georgenborn	W	135,—	225,—	100,—	350,—	90,—	150,—	40,—	65,—
Hausen v. d. H.	W	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
Niedergladbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	
Obergladbach	W	70,—		60,—	100,—	50,—		20,—	

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Wambach	W	95,—		60,—	150,—	65,—		25,—	
Waldems									
Bermbach	W	105,—		80,—	150,—	70,—		30,—	
Esch	W	75,—		70,—	100,—	50,—		20,—	
Niederems	W	75,—		70,—	100,—	50,—		20,—	
Reichenbach	W	100,—		70,—	150,—	65,—		30,—	
Steinfischbach	W	90,—		80,—	120,—	60,—		25,—	
Wüstems	W	100,—		70,—	150,—	65,—		30,—	
Walluf									
Niederwalluf	W	165,—	250,—	120,—	350,—	110,—	165,—	45,—	70,—
	M	205,—		150,—	300,—	135,—		55,—	
	G	60,—		50,—	80,—	40,—		15,—	
Oberwalluf	W	165,—	230,—	120,—	330,—	110,—	155,—	45,—	65,—
Wetteraukreis									
Altenstadt									
Altenstadt	W	90,—	170,—	150,—	170,—	105,—	120,—	50,—	70,—
	M	90,—	250,—	90,—	250,—				
Heegheim	W	80,—	120,—	80,—	120,—				
	M	80,—	110,—	80,—	110,—				
Höchst	W	90,—	130,—	90,—	130,—	60,—	90,—	30,—	50,—
	M	85,—	120,—	85,—	120,—				
	G	40,—	60,—	40,—	60,—				
Lindheim und Enzheim	W	90,—	130,—	90,—	130,—	60,—	90,—	30,—	50,—
	M	85,—	120,—	85,—	120,—				
	G	40,—	60,—	40,—	60,—				
Oberau	W	110,—	150,—	110,—	150,—	70,—	105,—	30,—	50,—
	M	85,—	120,—	85,—	120,—				
	G	40,—	60,—	25,—	35,—			15,—	25,—
Rodenbach	W	90,—	130,—	90,—	130,—				
	M	70,—	120,—	70,—	120,—				
Waldsiedlung	W	90,—	130,—	90,—	130,—				
	M	80,—	120,—	80,—	120,—				
	G	25,—	40,—	25,—	40,—			15,—	25,—
Büdingen									
Büdingen	W	90,—	140,—	90,—	140,—	50,—	70,—		
	M	45,—	250,—	45,—	250,—				
	G	15,—	25,—	15,—	25,—				
Aulendiebach	W	35,—	60,—	35,—	60,—				
	M	35,—	50,—	35,—	50,—				
	Sondergebiet	25,—	35,—	25,—	35,—				
Büches	W	40,—	65,—	40,—	65,—				
	M	35,—	50,—	35,—	50,—				
Calbach	W	25,—	40,—	25,—	40,—			12,50	17,50
	M	20,—	35,—	20,—	35,—				
	Sondergebiet	25,—		25,—					
Diebach am Haag	W	25,—	40,—	25,—	40,—			12,50	17,50
	M	20,—	35,—	20,—	35,—				
Dudenrod	M	20,—	35,—	20,—	35,—				
Düdelsheim	W	50,—	100,—	50,—	100,—			15,—	20,—
	M	40,—	65,—	40,—	65,—				
	G							6,—	
Eckartshausen	W	35,—	80,—	35,—	80,—			12,50	17,50
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
Lorbach	W	50,—	80,—					12,50	17,50
	M	40,—	60,—						
Michelau	W	17,—	25,—	17,—	25,—			7,50	12,50
Orleshausen	W	50,—	80,—	50,—	80,—	20,—	25,—	12,—	17,—
	M	40,—	60,—	40,—	60,—				
Rinderbügen	W	40,—	70,—	40,—	70,—			10,—	15,—
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
Rohrbach	W	25,—	45,—	25,—	45,—	17,50	25,—		
	M	20,—	30,—	20,—	30,—				
Vonhausen	W	50,—	70,—	50,—	70,—			12,50	17,50
	M	35,—	50,—	35,—	50,—				
Wolf	W	35,—	50,—	35,—	50,—			12,50	17,50
	M	30,—	40,—	30,—	40,—				
Wolferborn	W	35,—	60,—	35,—	60,—	20,—		7,50	12,50
	M	25,—	45,—	25,—	45,—				
	G							4,—	6,—
Echzell									
Echzell	W	70,—	100,—	70,—	100,—	35,—	40,—		
	M	70,—	80,—	70,—	80,—				
Bingenheim	W	70,—	100,—	70,—	100,—	30,—	40,—		
	M	70,—	80,—	70,—	80,—				
Bisses	W	70,—	100,—	70,—	100,—	35,—	40,—		
	M	70,—	80,—	70,—	80,—				
Gettenau	W	70,—	100,—	70,—	100,—	35,—	40,—		
	M	70,—	80,—	70,—	80,—				
Florstadt									
Leidhecken	W	45,—	75,—	45,—	75,—				
	M	30,—	40,—						
Nieder-Florstadt	W	50,—	120,—	50,—	120,—				
	M	60,—	80,—						
	G	15,—	25,—						
Nieder-Mockstadt	W	60,—	100,—	60,—	100,—				
	M	45,—	65,—						
Ober-Florstadt	W	80,—	120,—	80,—	120,—				
	M	55,—	75,—						
Staden	W	60,—	90,—	60,—	90,—				
	M	40,—	60,—						
Stammheim	W	55,—	80,—	55,—	80,—				
	M	40,—	60,—						
Gedern									
Gedern	W	40,—	50,—	40,—	50,—	25,—	35,—	15,—	25,—
	M	50,—	80,—	50,—	80,—				
	G	15,—	20,—	15,—	20,—				
Mittel-Seemen	W	30,—	40,—	30,—	40,—				
	M	20,—	25,—	20,—	25,—				
	Sondergebiet	15,—	20,—	15,—	20,—				
Nieder-Seemen	M	20,—	25,—						
Ober-Seemen	W	25,—	35,—	25,—	35,—				
	M	20,—	30,—	20,—	30,—				
Steinberg	W	20,—	30,—	20,—	30,—				
	M	18,—	25,—	18,—	25,—				
Wenings	W	20,—	35,—	20,—	35,—				
	M	15,—	20,—	15,—	20,—				
Glauburg									
Glauburg	W	50,—	90,—	50,—	90,—				
	M	45,—	65,—	45,—	65,—				

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Stockheim	W	60,— 100,—	60,— 100,—		
	M	50,— 80,—	50,— 80,—		
Hirzenhain					
Hirzenhain	W	40,— 60,—	40,— 60,—		10,— 20,—
	M	30,— 40,—	30,— 40,—		
	Sondergebiet	20,— 30,—			
Glashütten	W	25,— 35,—	25,— 35,—	10,— 15,—	
	M	20,— 30,—	20,— 30,—		
Merkenfritz	W	30,— 50,—	30,— 50,—		
	M	25,— 35,—	25,— 35,—		
	G			15,— 20,—	
Karben					
Burg-Gräfenrode	W	150,— 190,—	200,— 250,—	100,— 120,—	50,— 100,—
	M	130,— 170,—	130,— 170,—		
Groß-Karben	W	310,— 400,—	310,— 400,—	220,— 300,—	140,— 200,—
	M	200,— 400,—	200,— 450,—		150,— 200,—
Klein-Karben	W	300,— 380,—	300,— 380,—	220,— 300,—	140,— 200,—
	M	200,— 330,—	200,— 330,—		
	G	30,— 40,—	30,— 40,—		
Kloppenheim	W	280,— 350,—	280,— 350,—	160,— 220,—	90,— 140,—
	M	150,— 200,—			
	G	30,— 40,—			
Okarben	W	250,— 350,—	250,— 350,—	160,— 220,—	90,— 140,—
	M	140,— 230,—			15,— 20,—
	G	30,— 40,—			
Petterweil	W	250,— 350,—	250,— 350,—	160,— 200,—	
	M	140,— 300,—	140,— 300,—		
Rendel	W	200,— 280,—	200,— 280,—	150,— 200,—	70,— 150,—
	M	150,— 200,—	150,— 200,—		
Kefenrod					
Kefenrod	W	40,— 60,—	40,— 60,—		
	M	30,— 55,—	30,— 55,—		
Bindsachsen	W	35,— 50,—	35,— 50,—		
	M	30,— 45,—	30,— 45,—		
Burgbracht	W	25,— 35,—			
Helfersdorf	W	30,— 40,—	30,— 40,—		
	M	20,— 30,—	20,— 30,—		
Hitzkirchen	W	30,— 40,—	30,— 40,—		
	M	20,— 30,—	20,— 30,—		
Limeshain					
Hainchen	W	70,— 100,—	70,— 100,—		
	M	60,— 80,—	60,— 80,—		
	G	15,— 25,—			
Himbach	W	90,— 120,—	90,— 120,—	35,— 50,—	
	M	70,— 90,—			
Rommelhausen	W	100,— 130,—	100,— 130,—		
	M	70,— 90,—			
	G	20,— 30,—			
Münzenberg					
Münzenberg	W	80,— 100,—	80,— 100,—		
	M	50,— 70,—	50,— 70,—		
Gambach	W	80,— 110,—	80,— 110,—		12,— 15,—
	M	50,— 70,—	50,— 70,—		
	G	10,— 20,—	10,— 20,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Ober-Hörgern	W	50,— 60,—	50,— 60,—		
	M	40,— 50,—	40,— 50,—		
Trais-Münzenberg	W	50,— 70,—	50,— 70,—		
	M	40,— 50,—	40,— 50,—		
Bad Nauheim					
Bad Nauheim	W	80,— 500,—	350,— 500,—	300,— 360,—	100,— 160,—
	M	220,— 1100,—			
	G	40,— 60,—	40,— 60,—		
	Kurgebiet	350,— 500,—			
Nieder-Mörlen	W	280,— 390,—	280,— 390,—		
	M	200,— 280,—			
Rödgen	W	100,— 250,—	100,— 250,—		
	M	80,— 120,—			
Schwalheim	W	150,— 250,—	150,— 250,—		
	M	60,— 150,—			
Steinfurth	W	170,— 210,—	170,— 210,—	100,— 150,—	
	M	120,— 180,—			
Wisselsheim	W	180,— 250,—	180,— 250,—		
	M	120,— 180,—			
Nidda					
Nidda	W	40,— 100,—	50,— 100,—	30,— 45,—	15,— 20,—
	M	35,— 120,—	40,— 120,—	30,— 50,—	
	G	10,— 20,—	10,— 20,—	8,— 10,—	
Borsdorf	W	25,— 40,—	25,— 40,—		
	M	20,— 30,—			
	G	10,— 15,—			8,— 12,—
Eichelsdorf	W	30,— 45,—	30,— 50,—		
	M	25,— 35,—			
	G	8,— 12,—			
Fauerbach	W	20,— 30,—	20,— 30,—	10,— 20,—	8,— 12,—
	M	15,— 25,—			
	G	12,— 20,—			
Geiß-Nidda	W	30,— 40,—	30,— 45,—		8,— 15,—
	M	25,— 35,—	25,— 35,—		
Harb	W	22,— 30,—	22,— 30,—		8,— 12,—
	M	20,— 25,—	20,— 25,—		
	G	10,— 15,—	10,— 15,—		
Kohden	W	50,— 70,—	55,— 75,—		15,— 25,—
	M	25,— 45,—	30,— 45,—		
	Sondergebiet	25,— 35,—			
Michelnau	W	25,— 35,—	25,— 35,—		8,— 15,—
	M	25,— 30,—	25,— 30,—		
Ober-Lais	W	30,— 35,—	30,— 35,—		10,— 15,—
	M	25,— 30,—	25,— 30,—		
	Sondergebiet	20,— 30,—	22,— 32,—		
Ober-Schmitten	W	35,— 45,—	35,— 45,—		
	M	25,— 35,—			
	G	8,— 15,—			
Ober-Widdersheim	W	30,— 40,—	30,— 40,—		
	M	25,— 35,—	25,— 35,—		
	G	10,— 15,—	10,— 15,—		
Bad Salzhausen	W	60,— 80,—	60,— 90,—		
	M	60,— 80,—	60,— 90,—		
	Kurgebiet	70,— 90,—	70,— 90,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Schwickartshausen	W	25,—	30,—	25,—	30,—				
	M	20,—	25,—						
	Sondergebiet	15,—	20,—	15,—	20,—			6,—	8,—
Stornfels	W	18,—	25,—	18,—	25,—			8,—	12,—
	M	15,—	25,—						
Ulfa	W	25,—	35,—	25,—	35,—			8,—	12,—
	M	20,—	30,—						
Unter-Schmitten	W	30,—	45,—	30,—	45,—				
	M	25,—	30,—	25,—	30,—				
Unter-Widdersheim	W	25,—	35,—	25,—	35,—				
	M	20,—	30,—	20,—	30,—				
Wallernhausen	W	25,—	30,—	25,—	30,—				
	M	20,—	30,—			15,—	20,—		
Niddatal									
Assenheim	W	180,—	220,—	180,—	220,—				
	M	150,—	180,—						
Bönstadt	W	90,—	140,—	90,—	140,—	50,—	80,—		
	M	60,—	80,—						
Ilbenstadt	W	180,—	220,—	180,—	220,—				
	M	120,—	150,—						
Kaichen	W	70,—	110,—	70,—	110,—				
	M	50,—	70,—						
Ober-Mörlen									
Ober-Mörlen	W	160,—	230,—	160,—	230,—			40,—	60,—
	M	100,—	200,—	100,—	200,—				
	G	22,—	40,—	22,—	40,—				
	Sondergebiet	160,—	200,—	160,—	200,—				
Langenhain Ziegenberg	W	110,—	150,—	110,—	150,—			25,—	50,—
	M	50,—	80,—	50,—	80,—				
	Sondergebiet	100,—	130,—	100,—	130,—				
Ortenberg									
Ortenberg	W	55,—	70,—	55,—	70,—	30,—	50,—		
	M	40,—	50,—	40,—	50,—				
	G	10,—	15,—	10,—	15,—				
Bergheim	W	40,—	50,—	40,—	50,—				
	M	30,—	40,—	30,—	40,—				
Bleichenbach	W	40,—	60,—	40,—	60,—				
	M	30,—	45,—	30,—	45,—				
	G	8,—	15,—	8,—	15,—				
Eckartsborn	W	40,—	55,—	40,—	55,—				
	M	35,—	45,—	35,—	45,—				
Effolderbach	W	40,—	55,—	40,—	55,—				
	M	30,—	45,—	30,—	45,—				
Gelnhaar	W	35,—	45,—	35,—	45,—			15,—	25,—
	M	30,—	40,—	30,—	40,—				
Lißberg	W	30,—	40,—	30,—	40,—				
	M	25,—	35,—	25,—	35,—				
Selters	W	35,—	50,—	35,—	50,—				
	M	30,—	45,—	30,—	45,—				
	Kurgebiet	35,—	50,—	35,—	50,—				
Usenborn	W	30,—	40,—	30,—	40,—				
	M	25,—	35,—	25,—	35,—				
Wippenbach	W	40,—	55,—	40,—	55,—				
	M	30,—	45,—	30,—	45,—				
Ranstadt									
Ranstadt	W	50,—	70,—	50,—	70,—	20,—			
	M	40,—	60,—	40,—	60,—				
Bellmuth	W	30,—		30,—					
Bobenhausen I	W	20,—	30,—	20,—	30,—				
	M	20,—	30,—	20,—	30,—				
Dauernheim	W	50,—	75,—	50,—	75,—				
	M	45,—	60,—	45,—	60,—				
	Sondergebiet	30,—	65,—	30,—	65,—				
Ober-Mockstadt	W	40,—	60,—	40,—	60,—				
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
Reichelsheim (Wetterau)									
Reichelsheim (Wetterau)	W	60,—	110,—	60,—	110,—	40,—	60,—		
	M	60,—	80,—	60,—	80,—				
	G					10,—	16,—		
Beienheim	W	60,—	100,—	60,—	100,—	30,—	50,—		
	M	50,—	70,—	50,—	70,—				
	G	18,—	30,—	18,—	30,—				
Blofeld	W	60,—	90,—	60,—	90,—				
	M	35,—	60,—	35,—	60,—				
Dorn-Assenheim	W	45,—	80,—	45,—	80,—	25,—	45,—		
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
Heuchelheim	W	45,—	80,—	45,—	80,—	25,—	45,—		
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
Weckesheim	W	45,—	80,—	45,—	80,—				
	M	30,—	50,—	30,—	50,—				
	G	18,—	30,—	18,—	30,—				
Rockenberg									
Rockenberg	W	80,—	130,—	80,—	130,—	70,—		45,—	
	M	80,—	110,—	80,—	110,—				
	G	12,—	20,—	12,—	20,—				
Oppershofen	W	80,—	140,—	80,—	140,—	70,—			
	M	80,—	110,—	80,—	110,—				
	G	12,—	20,—	12,—	20,—				
Rosbach v. d. H.									
Nieder-Rosbach	W	180,—	250,—	180,—	250,—				
	M	120,—	200,—	120,—	200,—				
Ober-Rosbach	W	260,—	340,—	260,—	340,—	200,—	250,—		
	M	150,—	250,—						
	G	50,—	95,—						
Rodheim	W	240,—	320,—	240,—	320,—			90,—	110,—
	M	150,—	250,—	150,—	250,—				
	G	40,—	75,—						
Bad Vilbel									
Bad Vilbel	W	400,—	550,—	400,—	550,—				
	M	400,—	800,—						
	G	110,—	160,—	110,—	160,—				
	Kurgebiet	400,—	500,—	400,—	500,—				

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Dortelweil	W	200,—	320,—	200,—	320,—				
	M	180,—	280,—	180,—	280,—				
	G	60,—	100,—						
Gronau	W	200,—	250,—	200,—	250,—				
	M	100,—	200,—	100,—	200,—				
Massenheim	W	350,—	450,—	350,—	450,—				
	M	250,—	300,—	250,—	300,—				
	G	60,—	80,—	60,—	80,—				
Wölfersheim									
Wölfersheim	W	80,—	100,—	80,—	100,—				
	M	50,—	70,—	50,—	70,—				
	G	15,—	25,—	15,—	25,—				
Berstadt	W	70,—	80,—	70,—	80,—				
	M	45,—	65,—	45,—	65,—				
	G	10,—	20,—	10,—	20,—				
Melbach	W	70,—	90,—	70,—	90,—				
	M	45,—	60,—	45,—	60,—				
Södel	W	80,—	100,—	80,—	100,—				
	M	50,—	70,—	50,—	70,—				
Wohnbach	W	60,—	80,—	60,—	80,—				
	M	40,—	60,—	40,—	60,—				
Wöllstadt									
Nieder-Wöllstadt	W	180,—	240,—	180,—	240,—				
	M	150,—	200,—	150,—	200,—				
Ober-Wöllstadt	W	150,—	220,—	150,—	220,—			80,—	160,—
	M	140,—	190,—	140,—	190,—				
Stadt Bad Homburg v. d. H.									
Bad Homburg v. d. H.	W	280,—	750,—	400,—	750,—	300,—		50,—	200,—
	M			300,—	2000,—	300,—			
	G			200,—		130,—			
Stadt Bensheim									
Bensheim Stadt	W			160,—	450,—				
	G			30,—	65,—				
Fehlheim	W			130,—	180,—				
Gronau	W			200,—					
Hochstädten	W			150,—					
Schönberg	W			200,—					
Wilmshausen	W			200,—					
Stadt Butzbach									
Butzbach Stadt	W	50,—	180,—	130,—	260,—			15,—	40,—
	M	70,—	280,—					15,—	40,—
	G	50,—	60,—	50,—	60,—			15,—	30,—
Nieder-Weisel	W	80,—	120,—	60,—	140,—	40,—	80,—		
	M	40,—	80,—						
Ostheim	W	40,—	90,—	50,—	110,—				
	M	40,—	80,—						
Hochweisel	W	90,—	160,—	100,—	200,—				
	M	40,—	80,—						
Bodenrod und Maibach	W	30,—	60,—	40,—	100,—				
Feuerbach und	W	50,—	70,—	60,—	80,—	30,—	50,—		
Münster	M	30,—	60,—						
Hausen	W					40,—	80,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Griedel	W	50,—	120,—	80,—	120,—			30,—	50,—
	M	40,—	80,—						
Pohlgöns und	W	40,—	120,—	60,—	120,—				
Kirchgöns	M	35,—	70,—						
Stadt Darmstadt									
Darmstadt Stadt	W	250,—	525,—	225,—	550,—				
	M			125,—	450,—				
	G			80,—	150,—				
Wixhausen	W	200,—	300,—	250,—	300,—				
	M			200,—					
	G			60,—					
Arheilgen	W	100,—	325,—	250,—	325,—				
	M			250,—					
	G			65,—					
Eberstadt	W	200,—	450,—	300,—	450,—				
	M			250,—	400,—				
	G			70,—					
Stadt Dietzenbach	W			150,—	280,—			20,—	50,—
	G			40,—	70,—			10,—	20,—
	Sanierungsgebiet			150,—	195,—				
Stadt Frankfurt a. M.									
Altstadt	W			760,—	1500,—				
	M			1370,—	8800,—				
	G			—	—				
Bahnhofsviertel	W			2900,—					
	M			2900,—	4700,—				
	G			—	—				
Innenstadt	W			520,—	900,—			150,—	
	M			900,—	4700,—				
	G			220,—	480,—				
Bockenheim	W			750,—	800,—				
	M			470,—	1500,—				
	G			230,—	700,—				
Niederrad	W			230,—	600,—			150,—	
	M			420,—					
	G			420,—					
Oberrad	W			270,—	520,—			120,—	
	M			500,—					
	G			—	—				
Seckbach	W			410,—	610,—	290,—			
	M			350,—					
	G			240,—					
Rödelheim	W			300,—	390,—				
	M			250,—	350,—				
	G			250,—					
Hausen	W			350,—	400,—				
	M			350,—					
	G			260,—					
Praunheim	W			160,—	350,—			110,—	
	M			350,—					
	G			—	—				

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung: Wohnbauflächen (W), Gemischte Bauflächen (M), Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Heddernheim	W			250,—	420,—	250,—			
	M			350,—					
	G			200,—		170,—			
Ginnheim	W			450,—	650,—	350,—			
	M			420,—					
	G			—	—				
Eschersheim	W			210,—	600,—			225,—	
	M			350,—					
	G			—	—				
Eckenheim	W			410,—	480,—				
	M			400,—					
	G			—	—				
Preungesheim	W			410,—	550,—	440,—		210,—	
	M			350,—					
	G			300,—					
Niederursel	W			280,—	420,—				
	M			350,—					
	G			—	—				
Bonames	W			480,—	610,—			100,—	
	M			350,—					
	G			260,—		140,—			
Berkersheim	W			370,—	550,—			45,—	
	M			350,—					
	G			—	—				
Fechenheim	W			360,—	480,—			90,—	
	M			350,—	440,—				
	G			180,—	240,—				
Schwanheim	W			230,—	360,—				
	M			350,—					
	G			—	—				
Griesheim	W			240,—	360,—	180,—			
	M			300,—	340,—				
	G			250,—					
Nied	W			250,—	330,—	220,—			
	M			310,—					
	G			—	—				
Höchst	W			330,—	470,—				
	M			750,—	1140,—				
	G			—	—				
Sindlingen	W			250,—					
	M			250,—					
	G			—	—				
Zeilsheim	W			270,—	290,—	180,—			
	M			250,—					
	G			—	—				
Unterliederbach	W			270,—	410,—				
	M			260,—	560,—				
	G			—	—				
Sossenheim	W			270,—	380,—				
	M			350,—	—				
	G			240,—	250,—	160,—			
Nieder-Erlenbach	W			410,—	480,—	260,—			
	M			350,—					
	G			240,—		140,—			
Kalbach	W			410,—	480,—	260,—			
	M			350,—					
	G			260,—					

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung: Wohnbauflächen (W), Gemischte Bauflächen (M), Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Harheim	W			410,—	480,—			100,—	
	M			350,—					
	G			240,—					
Nieder-Eschbach	W			410,—	480,—	260,—		100,—	
	M			350,—					
	G			260,—					
Bergen-Enkheim	W			410,—	610,—	270,—		190,—	
	M			350,—	400,—				
	G			240,—					
Stadtwald	W			600,—					
	M			—	—				
	G			—	—				
Stadt Friedberg (Hessen)									
Kernstadt	W	100,—	350,—	150,—	350,—			70,—	120,—
	M	130,—	1200,—	150,—	450,—				
	G	70,—	250,—	100,—	250,—				
Ockstadt	W	150,—	280,—	180,—	300,—			50,—	80,—
	M	40,—	180,—	40,—	200,—				
	G	70,—	150,—						
Dorheim	W	80,—	200,—	100,—	220,—				
	M	80,—	120,—						
	G	50,—	100,—						
Ossenheim	W	100,—	150,—	130,—	150,—				
	M	70,—	120,—	90,—	140,—				
	G	30,—	70,—	30,—	70,—				
Bruchenbrücken	W	130,—	250,—	150,—	260,—				
	M	100,—	180,—	100,—	180,—				
	G	—	—	—	—				
Bauernheim	W	75,—	150,—	90,—	160,—				
	M	50,—	90,—	50,—	90,—				
	G	30,—	50,—	30,—	50,—				
Stadt Hanau	W	120,—	350,—	240,—	340,—			35,—	70,—
	M	120,—	1200,—						
	G	50,—	100,—					30,—	
Kreisstadt Heppenheim (Bergstr.)									
Heppenheim Stadt	W	100,—	260,—			100,—	120,—		
	M	40,—	120,—			30,—	40,—		
	G	40,—	80,—	80,—	120,—				
Erbach	W	60,—	200,—						
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Hambach	W	60,—	200,—					100,—	120,—
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Kirschhausen	W	60,—	200,—						
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Mittershausen-Scheuerberg	W	60,—	200,—						
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Ober-Laudenbach	W	200,—							
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Sonderbach	W	60,—	200,—					100,—	120,—
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				
Wald-Erlenbach	W	60,—	200,—						
	M	40,—	80,—	180,—	200,—				

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Stadt Hofheim a. Ts.					
Hofheim Stadt	W	280,— 600,—	500,— 600,—	300,— 400,—	120,— 180,—
	M	140,— 1500,—		300,— 400,—	
	G	120,— 200,—			
Diedenbergen	W	230,— 350,—	250,— 370,—	200,— 280,—	
	M	150,— 250,—		200,— 280,—	
	G			80,— 100,—	
Langenhain	W	230,— 330,—	250,— 350,—		80,— 120,—
	M	150,— 280,—			
	G	80,— 130,—			
Lorsbach	W	250,— 350,—			60,— 100,—
	M	150,— 280,—			
	G	80,— 100,—			
Marxheim	W	300,— 700,—	400,— 500,—		
	M	250,— 450,—	380,— 450,—		80,— 130,—
	G	100,— 150,—	100,— 150,—		
Wallau	W	280,— 420,—			50,— 80,—
	M	150,— 280,—			40,— 70,—
	G	120,— 160,—			40,— 70,—
Wildsachsen	W	230,— 330,—	250,— 350,—		60,— 100,—
	M	150,— 250,—			
	G				30,— 50,—
Stadt Lampertheim					
Lampertheim Stadt	W	105,— 380,—	105,— 380,—		30,— 50,—
	M	200,— 450,—	200,— 450,—		
	G	40,— 70,—	40,— 70,—		20,— 30,—
Hofheim	W	100,— 220,—	100,— 220,—		
	M	100,— 220,—	100,— 220,—		
	G	40,— 70,—	40,— 70,—		
Hüttenfeld	W	100,— 220,—	100,— 220,—		
	G	40,— 70,—	40,— 70,—		
Rosengarten	W	100,— 220,—	100,— 220,—		
Stadt Maintal					
Maintal 1	W	208,47 350,—	404,82 465,93		
	G		51,50 86,58		
	Sondergebiet		34,65		
Maintal 2	W	200,— 301,95	360,— 470,—		
Maintal 3	W	255,62			
	M		300,— 446,15		
Maintal 4	W		301,20		
Stadt Mühlheim a. M.					
Mühlheim Stadt	W	120,— 340,—	270,— 420,—	140,— 240,—	60,— 90,—
	M	130,— 450,—	240,— 500,—	120,— 200,—	50,— 80,—
	G	60,— 100,—	70,— 120,—	40,— 60,—	20,— 30,—
Dietesheim	W	120,— 340,—	250,— 420,—	140,— 240,—	60,— 90,—
	M	120,— 350,—	230,— 420,—	120,— 200,—	50,— 80,—
	G	60,— 100,—	70,— 120,—	40,— 60,—	20,— 30,—
Lämmerspiel	W	120,— 340,—	250,— 420,—	140,— 240,—	60,— 90,—
	M	120,— 280,—	220,— 420,—	120,— 200,—	50,— 80,—
	G	60,— 100,—	70,— 120,—		
Stadt Neu-Isenburg	W		250,— 500,—	80,— 150,—	40,— 80,—
	M		122,— 450,—		
	G		80,— 180,—		

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von bis DM	baureifes Land von bis DM	Rohbauland von bis DM	Bauerwartungsland von bis DM
Stadt Oberursel (Taunus)					
Oberursel Stadt	W	300,— 640,—	300,— 640,—		120,—
	M	300,— 640,—	300,— 640,—		
	G	120,—	120,—		
Bommersheim	W	300,— 450,—	300,— 450,—	270,—	30,— 80,—
	M	300,— 450,—	300,— 450,—	270,—	
Oberstedten	W	300,— 480,—	300,— 450,—		
	M	300,— 480,—	300,— 450,—		
	G	120,—	120,—		80,—
Weißkirchen	W	300,— 390,—	300,— 390,—		
	M	300,— 390,—	300,— 390,—		
	G	120,—	120,—		
Stierstadt	W	300,— 400,—	300,— 400,—		
	M	300,— 400,—	300,— 400,—		
	G	120,—	120,—		
Stadt Offenbach a. M.					
Offenbach Stadt	W		350,— 500,—		
	M		350,— 3300,—		
	G		180,— 300,—		
Bieber	W		350,— 460,—		
	M		330,— 450,—		
	G		180,—		
Bürgel	W		330,— 450,—		
	M		330,— 450,—		
	G		180,— 200,—		
Rumpenheim	W		320,— 450,—		
	M		300,— 350,—		
Stadt Rüsselsheim					
Rüsselsheim Stadt	W		170,— 300,—		40,— 60,—
	M		160,— 1800,—		
	G		140,— 170,—		
Haßloch	W		200,— 260,—		
Königstädten	W		190,— 260,—		40,— 60,—
	M		190,— 220,—		
Bauschheim	W		180,— 240,—	130,— 160,—	30,— 60,—
	M		160,— 240,—		
Stadt Taunusstein					
Seitzenhahn	W	130,— 220,—	120,— 150,—		
Bleidenstadt	W	190,— 320,—			
	M	200,—			
	G	65,—			
Hahn	W	200,— 270,—	210,—	130,—	
	G	65,—	65,—		
Wehen	W	210,— 320,—	310,—	120,—	
	G	65,—			
Neuhof	W	190,— 240,—	190,— 250,—		
	G	60,—	60,—	30,—	
Orlen	W	200,—	190,— 200,—		
Hambach	W	160,—			
Niederlibbach	W	170,—			
Wingsbach	W	200,— 210,—			

Gemeinde Ortsteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	Richtwerte für bebautes Land von DM	bis DM	baureifes Land von DM	bis DM	Rohbauland von DM	bis DM	Bauerwartungsland von DM	bis DM
Stadt Viernheim	W	200,—	450,—	300,—	360,—	220,—		70,—	110,—
	M	180,—	280,—	200,—	260,—	90,—		25,—	50,—
	G	90,—	120,—	100,—	110,—				
Landeshauptstadt Wiesbaden Wiesbaden Stadt	W	220,—	900,—	220,—	900,—	100,—			
	M		5000,—		5000,—				
	G	110,—	350,—	110,—	350,—				
Auringen	W	240,—	340,—	240,—	340,—	100,—			
	M	130,—		130,—					
Biebrich	W	170,—	360,—	170,—	360,—	100,—			
	M	160,—	700,—	160,—	700,—	310,—			
	G	120,—	140,—	120,—	140,—				
Bierstadt	W	150,—	380,—	150,—	380,—	250,—			
	M	180,—	320,—	180,—	320,—				
	G	160,—		160,—					
Breckenheim	W	260,—	340,—	260,—	340,—	230,—			
	M	150,—		150,—					
Delkenheim	W	170,—	300,—	170,—	300,—	30,—	90,—		
	M	130,—		130,—		250,—	300,—		
	G	80,—	120,—	80,—	120,—				
Dotzheim	W	160,—	330,—	160,—	330,—	80,—			
	M	140,—	200,—	140,—	200,—				
	G	100,—		100,—					
Erbenheim	W	130,—	330,—	130,—	330,—	100,—			
	M	150,—	400,—	150,—	400,—				
	G								
Frauenstein	W	200,—	400,—	200,—	400,—	100,—			
	M	160,—	200,—	160,—	200,—	310,—			
	G								
Heßloch	W	280,—		280,—					
	M	120,—		120,—					
Igstadt	W	200,—	280,—	200,—	280,—	250,—			
	M	130,—	200,—	130,—	200,—				
	G	70,—	80,—	70,—	80,—				
Kastel	W	150,—	300,—	150,—	300,—	230,—			
	M	160,—	250,—	160,—	250,—				
	G	80,—	140,—	80,—	140,—				
Kloppenheim	W	150,—	220,—	150,—	220,—	30,—	90,—		
	M	130,—	160,—	130,—	160,—	250,—	300,—		
Kostheim	W	180,—	350,—	180,—	350,—	80,—			
	M	120,—	170,—	120,—	170,—				
	G	100,—	120,—	100,—	120,—				
Medenbach	W	180,—	280,—	180,—	280,—	200,—			
	M	130,—	180,—	130,—	180,—				
	G	60,—		60,—					
Naurod	W	280,—	330,—	280,—	330,—				
	M	160,—	250,—	160,—	250,—				
Nordenstadt	W	220,—	320,—	220,—	320,—				
	M	160,—	260,—	160,—	260,—				
	G	100,—		100,—					
Rambach	W	200,—	500,—	200,—	500,—				
	M	180,—	220,—	180,—	220,—				
Schierstein	W	160,—	320,—	160,—	320,—				
	M	180,—	350,—	180,—	350,—				
	G	110,—	120,—	110,—	120,—				
Sonnenberg	W	140,—	480,—	140,—	480,—	30,—	360,—		
	M	140,—	170,—	140,—	170,—				

26

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen „Wasserwerk Bürstädter Wald" der Stadt Worms, Stadtwerke, vom 23. Februar 1984

Bezug: Verordnung vom 23. Februar 1984 (StAnz. S. 606)

In der o. a. Verordnung muß es in § 3 Ziff. 3 Buchst. e (StAnz. S. 610, rechte Spalte) statt „Fahr- und Fußgängerverkehr," richtig heißen: „Fahr- und Fußgängerverkehr außerhalb der bestehenden Wege, soweit es sich nicht um forstwirtschaftliche Wasserwerksfahrzeuge handelt,"

Darmstadt, 14. Dezember 1984

Der Regierungspräsident
V 14 b/38 b 4 (3711) — St
StAnz. 1/1985 S. 62

27 GIESSEN

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Marburg

Auf Antrag der Stadt Marburg werden alle in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

Bubenmühle
Sellhof
Elisabethbrunnen
Dammühle
Neuhöfe
Michelbacher Mühle
Görzhausen
Sonnenblick
Spiegelslust

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

die Wohnplätze:

Abdeckerei
Almhaus (Gaststätte)
Am Krekel
Dammelsberg

werden aufgehoben.

Gießen, 12. Dezember 1984

Der Regierungspräsident
12 a — 3 k 08 — 11 — 01
StAnz. 1/1985 S. 62

28 KASSEL

Vorhaben der Firma Volkswagen AG, 3500 Kassel

In dem Genehmigungsverfahren der Volkswagen AG Kassel zur Umstrukturierung der Aluminium-Schmelzanlage wird hiermit die Teilgenehmigung zur Ausführung des baulichen Teils der Anlage öffentlich bekanntgemacht.

Auf Grund des § 4 und § 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721, 1193), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1982 (BGBl. I S. 281), i. V. m. § 2, Nr. 6 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen — 4. BImSchV) vom 14. Februar 1975 (BGBl. I S. 499, 727), zuletzt geändert durch die 13. BImSchV vom 22. Juni 1983 (BGBl. I S. 719), wird auf Antrag der Firma Volkswagenwerk AG, Postfach 103 860, 3500 Kassel, vom 5. November 1984 die Genehmigung erteilt, auf dem Grundstück in Baunatal, Grundbuch Gemarkung Kirchbauna, Flur 2, Flurstücke 76/1 und 77/3, die Halle 5 A nebst der verkehrstechnischen Erschließung entsprechend den nachstehend aufgeführten Plänen, Zeichnungen und Beschreibungen sowie nach Maßgabe der im folgenden festgesetzten Nebenbestimmungen zu errichten.

Diese Genehmigung berechtigt nur zur Errichtung des baulichen Teils der Halle 5 A, nicht aber zur Errichtung der Aluminium-Schmelzanlage sowie der geplanten Shredderanlage.

Diese Genehmigung schließt andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen im Rahmen des § 13 BImSchG ein.

Die erteilte Genehmigung erlischt, wenn der Inhaber nach Bestandskraft einen Zeitraum von einem Jahr verstreichen läßt, ohne mit der Errichtung der Halle zu beginnen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift beim Regierungspräsidenten in Kassel Widerspruch eingelegt werden.

Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

Vom Tage nach dieser Bekanntmachung liegt eine Ausführung des gesamten Bescheides zwei Wochen zur Einsicht bei dem Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, Zimmer 648, 3500 Kassel, während der üblichen Dienststunden aus. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid als zugestellt.

Personen, die schriftlich Einwendungen erhoben haben, können innerhalb der Widerspruchsfrist den Bescheid mit Begründung schriftlich bei dem Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, 3500 Kassel, anfordern.

Kassel, 18. Dezember 1984

Der Regierungspräsident
32 — 53 e 621 — 19/1

StAnz. 1/1985 S. 62

29 DARMSTADT — BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Brömster bei Darmstadt-Eberstadt" vom 19. Dezember 1984

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

(1) Der Brömster wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Brömster bei Darmstadt-Eberstadt" liegt in der Flur 12 der Gemarkung Eberstadt, Stadt Darmstadt. Es hat eine Größe von ca. 9,60 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, obere Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, die aus floristischer und pflanzensoziologischer Sicht bedeutsamen Kiefernwaldgesellschaften eines Flugsandgebietes und die dort vorkommenden Pflanzenarten langfristig zu erhalten und deren weitere Entwicklung zu fördern.

§ 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Hessisches Naturschutzgesetz), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 Hessische Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen;
5. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmen, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Modellflugzeuge einzusetzen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. forstliche Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, die der Förderung der Kiefernwaldgesellschaften dienen, im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
2. die Ausübung der Einzeljagd, nicht jedoch die Errichtung jagdlicher Einrichtungen;
3. die zur Unterhaltung und Instandsetzung der Böschung zur Bundesstraße 426 notwendigen Arbeiten im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

§ 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Gewässer schafft, verändert oder beseitigt (§ 3 Nr. 4);
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält oder Modellflugzeuge einsetzt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
12. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
14. eine gewerbliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Nr. 14).

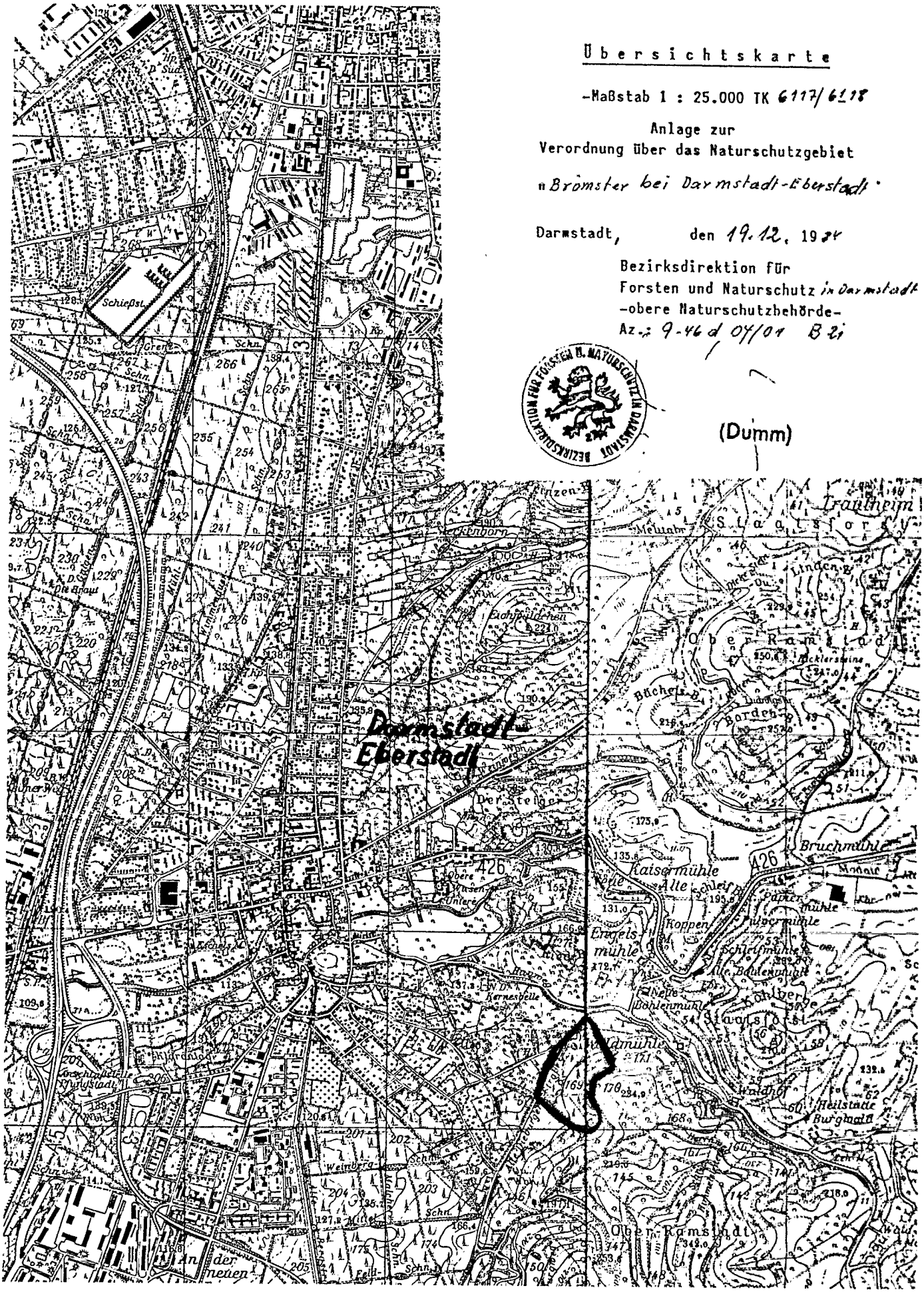
§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 19. Dezember 1984

Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz
gez. D u m m

StAnz. 1/1985 S. 63



Übersichtskarte

-Maßstab 1 : 25.000 TK 6117/6118

Anlage zur
Verordnung über das Naturschutzgebiet
„Brömster bei Darmstadt-Eberstadt"

Darmstadt, den 19.12. 1984

Bezirksdirektion für
Forsten und Naturschutz in Darmstadt
-obere Naturschutzbehörde-
Az.: 9-46 d 04/01 Bi

BEZIRKSDIREKTION FÜR FORSTEN U. NATURSCHUTZ IN DARMSTADT

(Dumm)

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1985 | MONTAG, 7. JANUAR 1985 | Nr. 1

Güterrechtsregister

1

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

GR 2460 — 8. 11. 1984: Die Eheleute Claus Robert Hisserich, Rechtsanwalt, und Inge Zeber-Hisserich geb. Zeber, Erzhausen, haben durch Vertrag vom 10. August 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2464 — 12. 11. 1984: Die Eheleute Peter Martin Gerster, Student, und Angelika Gerster geb. Pfitzner, in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 8. Oktober 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2466 — 28. 11. 1984: Die Eheleute Claus Dickgießer, Dipl.-Volkswirt, und Athanasia Dickgießer geb. Papanikou, Apothekerin, in Griesheim b. D., haben durch Vertrag vom 1. November 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2468 — 5. 12. 1984: Die Eheleute Helmuth Döring, Pfungstadt, und Bettina Kunze-Döring geb. Kunze, Hausfrau, Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 23. Oktober 1984 Gütertrennung vereinbart.

GR 2470 — 13. 12. 1984: Die Eheleute Heinrich Best, Dipl.-Ing., und Dina Elisabeth Best geb. Lambert, Dipl.-Ing. in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 5. November 1984 Gütertrennung vereinbart.

6100 Darmstadt, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

2

6 GR 811 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Eheleute Kaufmann Erdogan Yontar und Angelika Schlott geb. Unbehaun, beide wohnhaft in Eschwege, Marktstraße 2. Durch Vertrag vom 7. November 1983 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 28. 12. 1984 **Amtsgericht**

3

6 GR 812 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Eheleute Student Frank Münter, wohnhaft in Eschwege, Struthstraße 36, und Isabel geb. Haas. Durch Vertrag vom 30. Juli 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 28. 12. 1984 **Amtsgericht**

4

6 GR 813 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Eheleute Schneider Kurt Barthel und Barbara geb. Klemm, beide wohnhaft in Eschwege, Dr. Gebhard-Str. 15. Durch Vertrag vom 18. Oktober 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 28. 12. 1984 **Amtsgericht**

5

GR 2284 — **Neueintragung** — 2. 1. 1985: Mittelstädt, Ernst Norbert, Maler, Mittelstädt geb. Mynar, Maria, Hauptstr. 124, Bad Nauheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 13. November 1984.

6360 Friedberg (Hessen), 2. 1. 1985 **Amtsgericht**

6

5 GR 1668 — **Neueintragung** — 18. 12. 1984: Fernmeldetechniker Heinrich Eulenkamp und Ehefrau Helga Eulenkamp geb. Hiepe, beide in Goethestraße 1, 6400 Fulda. Durch notariellen Vertrag vom 26. Januar 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 7. 12. 1984 **Amtsgericht, Abt. 5**

7

41 GR 2186 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Großhandelskaufmann Klaus Koob und Carola geb. Apel in Niederdorfelden, haben durch Vertrag vom 6. Oktober 1984 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 21. 12. 1984 **Amtsgericht, Abt. 41**

8

GR 253 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Techn. Angestellter Hermann Plappert, Thüringer Straße 32, 6414 Ehrenberg-Seiferts, und Hildegard Plappert geborene Gärtner, Klostermannstraße 1, 6400 Fulda-Johannesberg. Einspruch des Ehemannes gegen die Führung eines selbständigen Erwerbsgeschäftes durch seine Ehefrau.

6414 Hilders, 21. 12. 1984 **Amtsgericht Fulda, Zweigstelle Hilders**

9

GR 441 — **Neueintragung** — 4. 12. 1984: Eheleute Horst Kutzner und Waltraud geborene Müller, Hügelstraße 17, 6274 Hünstetten-Görsroth. Durch Ehevertrag vom 15. November 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 3. 12. 1984 **Amtsgericht**

10

GR 541 — **Neueintragung** — 17. 12. 1984: Die Eheleute René, Eugen, Alexander Zimmer (25. 2. 1959) und Monika, Hedwig Zimmer geb. Zabback (11. 3. 1960), beide 6393 Wehrheim, Rhönstraße 4, haben durch notariellen Vertrag vom 3. Oktober 1984 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

11

GR 650 — **Neueintragung** — 20. 12. 1984: Kfz-Mechaniker Harald Schmidt und Sabine Schmidt geb. Heinz, 6290 Weilburg-Ahausen, Ringstraße 24. Durch Ehevertrag vom 2. Dezember 1983 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 21. 12. 1984 **Amtsgericht**

Vereinsregister

12

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

VR 1820 — 5. 11. 1984: Lehrerhilfe in Darmstadt.

VR 1825 — 6. 11. 1984: Verein für Bildung und berufliche Förderung von Mädchen und Frauen in Darmstadt.

VR 1826 — 7. 11. 1984: Hellmuth Müller-Clemm-Förderverein in Darmstadt.

VR 1827 — 23. 11. 1984: Bibel Baptisten Kirche in Darmstadt.

VR 1828 — 29. 11. 1984: Interessengemeinschaft Eberstädter Vereine in Darmstadt-Eberstadt.

VR 1829 — 28. 11. 1984: Wissenschaftsladen Darmstadt Verein für Forschung und Beratung e. V. in Darmstadt.

VR 1830 — 5. 12. 1984: Bundesverband Deutscher Wassersportlehrer in Darmstadt.

VR 1831 — 5. 12. 1984: Verein für Deutsche Schäferhunde (SV) im VDH und in der FCI, Rechtssitz Augsburg, Ortsgruppe Pfungstadt e. V. in Pfungstadt.

VR 1832 — 4. 12. 1984: Gewerbeverein Mühltal e. V. in Mühltal.

VR 1833 — 10. 12. 1984: Tanz Sport Club Roßdorf in Roßdorf 1.

VR 1834 — 5. 12. 1984: Gemeinschaftshilfe Darmstadt in Darmstadt.

6100 Darmstadt, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

13

VR 214 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Schachfreunde Erbach e. V., Eltville-Erbach.

6228 Eltville am Rhein, 21. 12. 1984 **Amtsgericht**

14

6 VR 458 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Verein für Fortbildung und Ausbildung von Jugendlichen, Ringgau-Datterode.

3440 Eschwege, 2. 1. 1985 **Amtsgericht**

15

6 VR 459 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Berufsschulsportverein Eschwege, Eschwege.

3440 Eschwege, 2. 1. 1985 **Amtsgericht**

16

VR 282 — **Neueintragung** — 28. 12. 1984: Mieterschutzverein Waldeck-Frankenberg und Umgebung e. V., Frankenberg (Eder).

3558 Frankenberg (Eder), 28. 12. 1984 **Amtsgericht**

17

VR 291 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: Humanitäre Action Bangladesh, Gudensberg.

3580 Fritzlar, 21. 12. 1984 **Amtsgericht**

18

VR 292 — **Neueintragung** — 31. 12. 1984: ABL Arbeitnehmer-Beratung Lohnsteuerhilfeverein Schwalm-Eder, Borken/Hessen.

3580 Fritzlar, 31. 12. 1984 **Amtsgericht**

19

VR 363 — **Neueintragung** — 27. 12. 1984: Freizeitvereinigung Mörlenbach 84 in Mörlenbach.

6149 Fürth (Odw.), 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

20

5 VR 845 — **Neueintragung** — 27. 11. 1984: Förderverein junger Künstler in Fulda.

6400 Fulda, 27. 11. 1984 Amtsgericht

21

VR 406 — **Neueintragung** — 21. 12. 1984: „Yama Arashi" 1. Judo und Ju-Jutsu Club 1984 Herborn, 6348 Herborn.

6348 Herborn, 21. 12. 1984 Amtsgericht

22

1 VR 263 — **Neueintragung** — 20. 12. 1984: Wassersportverband Edersee in Korbach.

3540 Korbach, 20. 12. 1984 Amtsgericht

23

VR 1093 — **Auflösung** — 14. 12. 1984: Verein der Freunde und Förderer des Abendgymnasiums Marburg, Sitz: Marburg. Die Mitgliederversammlung am 18. Mai 1984 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

3550 Marburg, 14. 12. 1984 Amtsgericht

24

VR 451 — **Neueintragung** — 20. 12. 1984: M. G. V. Liederbund 1859 Drommershausen in Weilburg-Drommershausen.

6290 Weilburg, 21. 12. 1984 Amtsgericht

25

VR 1084 — **Neueintragung** — 11. 12. 1984: Der Verein „Sängervereinigung Eintracht Hermannstein", ist heute unter Nr. 1084 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 30. September 1983 errichtet.

6330 Wetzlar, 11. 12. 1984 Amtsgericht

26

VR 212 — **Neueintragung** — 19. 12. 1984: Klosterspiele Merxhausen, Sitz: Emstal.

3549 Wolfhagen, 19. 12. 1984 Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

27

N 37/84: Beschluß in dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 10. Oktober 1984 verstorbenen, zuletzt in **Friedewald, Große Hohle 8, wohnhaft gewesenen Gastwirtin Christine Ullrich geb. Zechel.**

Die Tagesordnung für die auf den 1. Februar 1985, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Hersfeld, Badestube 5–7, 1. Stock, Zimmer 120, einberufene Gläubigerversammlung wird dahin ergänzt, daß die Gläubigerversammlung angehört wird zur Anregung des Konkursverwalters, das Verfahren mangels kostendeckender Masse gem. § 204 KO einzustellen.

6430 Bad Hersfeld, 19. 12. 1984 Amtsgericht

28

61 N 152/84: Über das Vermögen der **Bau und Werk GmbH, Zimmerei, Schreinerei und Altbausanierung,** vertreten durch die Geschäftsführer

1. den Elektriker Rudolf Bärnklau, Barkhausstr. 13, 6100 Darmstadt,
2. den Bauingenieur Manfred Feess-Mohr, Parcusstr. 13, 6100 Darmstadt,
3. den Tischler Christian Neff, Darmstädter Str. 58, 6105 Ober-Ramstadt,
4. den Tischler Jürgen Sauer, Parcusstraße 13, 6100 Darmstadt,
5. den Zimmerer Christoph Schelling, Schloßstraße 80, 6100 Darmstadt,

wird heute, am 20. Dezember 1984, 9.45 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig und überschuldet ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ullrich F. Köster, Frankfurter Straße 5—7, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/2 67 23.

Konkursforderungen sind bis zum 31. März 1985 — in doppelter Ausfertigung — beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 7. Februar 1985, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 18. April 1985, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 8.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Januar 1985 anzeigen.

6100 Darmstadt, 20. 12. 1984 Amtsgericht

29

N 13/84: Konkursantragsverfahren betr. **Bauunternehmung Toni Hellenschmidt, Sonnenlandstraße 25, 6229 Kiedrich/Rheingau.**

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet: die Sequestration des Geschäftsbetriebes; der Schuldner hat Verbindlichkeiten einzugehen oder zu berichtigen nur im Zusammenwirken mit dem Sequester.

Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt Peter Klein, Adelheidstraße 22—24, 6200 Wiesbaden. Der Sequester wird ermächtigt, Kontokorrentverhältnisse zu kündigen.

Dem Schuldner ist am 28. Dezember 1984 verboten worden, über Gegenstände seines Vermögens zu verfügen. Er darf auch keine Forderung einziehen.

6228 Eltville am Rhein, 28. 12. 1984
Amtsgericht

30

81 N 352/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Action Video Filmvertrieb GmbH, ehemals geschäftsansässig Stephanstraße 3, 6000 Frankfurt am Main 1,** ges. vertr. durch den eingetragenen Geschäftsführer Lothar Ballast, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den

22. Januar 1985, 9.40 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 124, anberaumt.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Vergütung 4 980,— DM einschl. Ausgleich nach § 4 Ziff. 5 VergVO; Auslagen 300,— DM zuzügl. gesetzl. Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 12. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 81

31

81 N 70/84: Das Verfahren über den Nachlaß des am 26. Juni 1982 verstorbenen **Helmut Theodor August Schmid, geb. 29. Dezember 1933, zuletzt wohnhaft in Wiener Straße 136, 6000 Frankfurt am Main,** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit **aufgehoben.**

6000 Frankfurt am Main, 14. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 81

32

81 N 429/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Frau Maria Theis geb. Adam, 6236 Eschborn, Nikolausengasse 3, Inhaberin der Schreinerei Heinrich Theis,** daselbst, wird der Schlußtermin auf

Freitag, den 8. Februar 1985, vorm. 10.20 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Geb. D, II. Stock, Zimmer 224, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Abrechnung des Verwalters und zu Erhebungen von Einwendungen.

6000 Frankfurt am Main, 17. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 81

33

81 N 359/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Papantopoulos und Co. Pelz-Import- und Export-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kaiserstraße 68, 6000 Frankfurt am Main,** wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf

Freitag, den 15. Februar 1985, vorm. 9.25 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, I. Stock, Zi. 124, Geb. B, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 23 000,— DM festgesetzt.

6000 Frankfurt am Main, 18. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 81

34

81 N 810/84: Über den Nachlaß der am 3. Juli 1984 verstorbenen **Frau Maria Schikedanz, zuletzt wohnhaft in Julius-Brecht-Straße 1, 6000 Frankfurt am Main,** wird heute, am 19. Dezember 1984, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Th. Walter, Cronstettenstraße 22, 6000 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Januar 1985, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am Freitag, dem 25. Januar 1985, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, II. Stockwerk, Zimmer Nr. 224.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. Januar 1985 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 19. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 81

35

81 N 830/84: Über das Vermögen des **Kaufmanns Bela Garay, Schubertstraße 11, 6000 Frankfurt am Main,** wird heute, am 19. Dezember 1984, 9.00 Uhr, Anschlußkonkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Große Bockenheimer Straße 23, 6000 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1985, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am Freitag, dem 1. Februar 1985, 10.00 Uhr,

Prüfungstermin am Freitag, dem 15. Februar 1985, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 124.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 1. Februar 1985 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 19. 12. 1984

Amtsgericht, Abt. 81

36

81 N 258/81: In dem Nachlaßkonkursverfahren des am 13. April 1981 in Frankfurt am Main verstorbenen **Gerhard Töpper,** Az. 81 N 258/81 AG Ffm., findet auf Anordnung des Gerichts eine Nachtragsverteilung statt. Es steht nach Abzug der Kosten ein Betrag von 6 508,— DM zur Verfügung.

6000 Frankfurt am Main, 21. 12. 1984

Der Konkursverwalter
Masche
Rechtsanwalt

37

81 N 289/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma WABO-Keramik GmbH in Hofheim-Wallau, Hessenstraße 20,** soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 1 162 670,10 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 1 858 941,44 DM bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf beim Amtsgericht Frankfurt am Main, Az. 81 N 289/81.

6000 Frankfurt am Main, 27. 12. 1984

Der Konkursverwalter
Rudolf
Rechtsanwalt-Notar

38

7 N 43/84: Über das Vermögen des **Kaufmanns Ernst Johann Haupt, Künzeller Straße 6, 6411 Künzell 6,** wird heute, am 27. Dezember 1984, 11.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Kfm. u. Steuerberater Alfred Flügel, Lindenstraße 28, 6400 Fulda.

Konkursforderungen sind bis zum 4. April 1985, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis einen Tag vor der Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 4. Februar 1985, 9.30 Uhr, Königstraße 38, Zimmer 206;

Prüfungstermin: 20. Mai 1985, 9.30 Uhr, bei dem Amtsgericht Fulda, Zimmer 206.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 31. Januar 1985.

6400 Fulda, 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

39

N 26/83: Das am 6. Juni 1983 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen des **Installateurmeisters Friedrich Meyer, Lagerhausstraße 5, 6460 Gelnhausen, Inhaber der Firma Sanitär-Klima-Elektro, daselbst,** wird in den Nachlaßkonkurs übergeleitet, da der Gemeinschuldner am 25. Juni 1984 verstorben ist.

Gemeinschuldner sind jetzt die Erben, nämlich die Witwe Anna Maria Meyer geb. Küchler, Leipziger Straße 8, 6465 Biebergemünd-Wirtheim.

6460 Gelnhausen, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

40

N 49/84: Das am 11. Dezember 1984 über das Vermögen der **Rudolf Bauer GmbH, Import-Export Großhandel, Am Galgenfeld 23—25, 6460 Gelnhausen 1,** gesetzlicher Vertreter: Geschäftsführer Rudolf Bauer, ebenda, eröffnete Konkursverfahren, wird gemäß § 204 KO **eingestellt.**

6460 Gelnhausen, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

41

N 5/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Vercon Bauunternehmen, Wohn- und Zweckbau GmbH, Marianneweg 2, 3588 Homberg/Efze,** vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Helga Vercon, geb. Wagner, Marianneweg 2, 3588 Homberg/Efze, ist gemäß § 204 KO **eingestellt.**

3588 Homberg/Efze, 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

42

65 N 8/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Clemens Bertrand, Dörnbergstraße 6, 3501 Ahnatal-Weimar,** ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, 29. Januar 1985, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß.

3500 Kassel, 17. 12. 1984

Amtsgericht, Abt. 65

43

9 N 37/84: In der Konkurssache gegen die **Firma Aureum Edelmetallaufbereitungsgesellschaft mbH., Westerbachstraße 15, 6242 Kronberg im Taunus,** ist das am 6. September 1984 erlassene allgemeine Veräußerungsverbot über das Vermögen der Firma durch Beschluß vom 7. Dezember 1984 **aufgehoben** worden.

6240 Königstein im Taunus, 18. 12. 1984

Amtsgericht

44

7 N 30/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Gesellschaft für Datentechnik mit beschränkter Haftung in Limburg, Konrad-Kurzbold-Straße 2,** ist gem. § 204 KO **eingestellt.**

Die Vergütung ist festgesetzt auf 530,— DM, hinzu kommen 7 Prozent Mehrwertsteuer.

6250 Limburg a. d. Lahn, 20. 12. 1984

Amtsgericht

45

1 N 14/84: Im Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Kunststoff-Fensterbau Nidda, Emil Lang GmbH & Co. KG, Am Heiligen Kreuz 10, 6478 Nidda 1,** vertreten durch die Komplementärin, Firma Emil Lang GmbH, daselbst, diese wiederum vertreten durch die Geschäftsführer Marianne Lang und Horst Steinmetz, daselbst, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 8. Februar 1985, 10.00 Uhr, Raum 10, im Gerichtsgebäude Schloßgasse 23, 6478 Nidda, anberaumt.

6478 Nidda, 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

46

7 VN 6/84: Die **Firma Leo Beck GmbH + Co. Kommanditgesellschaft Lederwaren-Etui-Fabrik, Grazer Straße 3—5, 6050 Offenbach am Main,** gesetzlich vertreten durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Firma Beck GmbH, ebenda, diese wiederum vertreten durch ihre Geschäftsführer, Kaufmann Walter Geisen und Kauffrau Herlinde Geisen, beide Grazer Straße 4, 6050 Offenbach am Main, hat mit Schriftsatz vom 17. Dezember 1984, bei Gericht eingegangen am 18. Dezember 1984, die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gem. § 11 VglO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens Rechtsanwalt Dr. Winkler, Berliner Straße 77, 6050 Offenbach am Main, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt:

1. Dem vorläufigen Verwalter stehen die im § 57 VglO erwähnten Befugnisse des Vergleichsverwalters zu.

2. Gegen die Antragstellerin wird heute, um 9.15 Uhr, gemäß § 12 i. V. m. § 59 VglO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin selbst dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6050 Offenbach am Main, 28. 12. 1984

Amtsgericht

47

N 12/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Frau Margarete Berg, Inhaberin der im Handelsregister des Amtsgerichtes Schwalmstadt unter Nr. HR A 1365 eingetragenen Firma Berg-Montagebau, Schwalmstadt-Frankenhain, Landgraf-Karl-Straße 60** (N 12/84 Amtsgericht Schwalmstadt), wird hiermit die Tatsache der Masseunzulänglichkeit öffentlich bekanntgemacht.

3578 Schwalmstadt 1, 27. 12. 1984

Rechtsanwalt
als vorl. Konkursverwalter
Horst Matthes

48

N 20/82 — **Schlußverteilung:** Im Konkursverfahren des Amtsgerichts Weilburg — N 20/82 — über das Vermgen der **Firma Autoteile Weilburg GmbH, Löhnberger Weg 6, in 6290 Weilburg,** ist Schlußtermin für

Freitag, den 25. Januar 1985, 14.00 Uhr, Raum 30, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Weilburg anberaumt.

Angemeldete Forderungen:

Nach § 61/1 KO	23 749,21 DM,
Nach § 61/2 KO	34 596,55 DM,
Nach § 61/3 KO	314,74 DM,
Nach § 61/6 KO	123 690,46 DM,
Gesamt	182 350,96 DM.

Zur Verteilung stehen zur Verfügung 14 283,56 DM. Die Verteilung erfolgt nach dem Schlußtermin.

6290 Weilburg, 28. 12. 1984

Der Konkursverwalter
Kirchhoff
Rechtsanwalt

49

62 N 192/84: Das Konkursverfahren über den Nachlaß **Heinz Michael Genschmer,** verstorben am 27. Oktober 1983, 6200 Wiesbaden, Schwalbacher Straße 53, ist mangels Masse **eingestellt.**

6200 Wiesbaden, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

50

62 N 142/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kaufhaus Küster Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mainz-Kastel, Anna-Birle-Straße 9 (seither 5750 Menden, Unnaer Str. 2—4)**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Magnus Jantzen und Kornelius Kron, Wiesbaden, wird die Gläubigerversammlung auf

Dienstag, den 29. Januar 1985, 14.30 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Konkursverwalters,
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen,
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
4. Vergütung des Konkursverwalters,
5. Einstellung mangels Masse.

6200 Wiesbaden, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

51

62 N 140/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **City-Kaufhauses Spandau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mainz-Kastel, Anna-Birle-Straße 9 (seither: 1000 Berlin-Spandau, Breite Str. 25—29)**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Horst Seebeck, Solms/Oberbiel, Magnus Jantzen, Wiesbaden und Kornelius Kron, Wiesbaden, wird die Gläubigerversammlung auf

Dienstag, 29. Januar 1985, 14.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Konkursverwalters,
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen,
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
4. Vergütung des Konkursverwalters,
5. Einstellung mangels Masse.

6200 Wiesbaden, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

52

62 N 133/83: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **City Kaufhaus Verwaltungsgesellschaft mbH, Mainz-Kastel, Anna-Birle-Straße 9 (seither Baden-Baden)**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

6200 Wiesbaden, 19. 12. 1984 **Amtsgericht**

53

62 N 131/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Foto-Falk-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, früher 6200 Wiesbaden-Bierstadt, Poststraße 21**, ist mangels Masse **eingestellt.**

6200 Wiesbaden, 19. 12. 1984 **Amtsgericht**

54

62 N 6/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Elektrogeräte Kundendienst- und Vertriebs GmbH, Schlichterstraße 12, 6200 Wiesbaden**, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind zur Zeit 16 401,73 DM zuzüglich Zinsen.

Hiervon sind noch die Vergütung des Konkursverwalters und die Auslagen zu berichtigen.

Zu berücksichtigen sind 52 166,36 DM bevorrechtigte Forderungen und 14 314,21 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten bei dem Amtsgericht Wiesbaden, Konkursabteilung, unter AZ 62 N 6/84 aus.

6200 Wiesbaden, 27. 12. 1984

Der Konkursverwalter
J. Reinemer
Rechtsanwalt

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

55

1 K 9/80: Der im Grundbuch von Hesperinghausen, Band 15, Blatt 410, eingetragene halbe Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Hesperinghausen, Flur 2, Flurstück 121/18, Hof- und Gebäudefläche, Bäckerstraße 11, Größe 4,44 Ar,

soll am Mittwoch, dem 13. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Miteigentümer am 31. 7. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Rummel, — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

56

1 K 20/80: Das im Grundbuch von Helmighausen, Band 18, Blatt 495, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Helmighausen, Flur 9, Flurstück 71/9, Grünland, Auf der Straße, Größe 29,74 Ar,

soll am Mittwoch, dem 13. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 1. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Rummel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 21. 12. 1984 **Amtsgericht**

57

1 K 11/84: Das im Grundbuch von Volkmarsen, Band 132, Blatt 6001, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Volkmarsen, Flur 18, Flurstück 434, Hof- und Gebäudefläche, Heumarkt 26, Größe 4,10 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 4. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Tuncay Önlü.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 27. 12. 1984 **Amtsgericht**

58

1 K 25/84: Das im Grundbuch von Rhoden, Band 82, Blatt 2448, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Rhoden, Flur 51, Flurstück 19, Hof- und Gebäudefläche, Unter den Zäunen 10, Größe 6,75 Ar,

soll am Mittwoch, dem 27. März 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmut und Margot Hübel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 28. 12. 1984 **Amtsgericht**

59

6 K 32/84: Die ideelle Hälfte an folgendem Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Oberursel, Band 268, Blatt 7611, lfd. Nr. 1: 57/2232 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Oberursel,

Flur 93, Flurstück 7680/6, Gebäude- und Freifläche-Wohnen, Niddastraße 20—24, Größe 18,78 Ar,

Flur 93, Flurstück 7680/3, Gebäude- und Freifläche-Wohnen, Dillstraße 1, Größe 10,18 Ar,

Flur 93, Flurstück 7680/4, Gebäude- und Freifläche-Wohnen, Dillstraße 3, Größe 6,44 Ar,

Flur 93, Flurstück 7681/4, Gebäude- und Freifläche-Wohnen, Dillstraße 5, Größe 9,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Gebäude Niddastraße 20 im Erdgeschoß links und dem Kellerraum im Untergeschoß und dem Abstellraum im Dachgeschoß, im Aufteilungsplan mit der Nummer 1 bezeichnet;

zugeordnet ist das Sondernutzungsrecht an dem Stellplatz Buchstabe e des Aufteilungsplanes;

der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

u. U. bedarf die Veräußerung der Zustimmung des Verwalters;

soll am Dienstag, dem 5. März 1985, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 7. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Yavuz Kandiral, geb. 3. 7. 1959, Obere Kreuzäckerstr. 6—8, 6000 Frankfurt am Main 50.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 50 000,— DM für den ideellen halben Anteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 12. 1984
Amtsgericht

60

6 K 13/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Steinbach, Band 60, Blatt 2227,

Gemarkung Steinbach, Flur 5, Flurstück 62, Ackerland, Auf der Schanz, Größe 32,50 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. März 1985, 9 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Bad Homburg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Esther Margarethe Wilhelmine Hirdt geb. Diehl, geb. 16. 6. 1894, Friedrich-Ebert-Straße 32, 6231 Schwalbach am Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 39 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 12. 1984
Amtsgericht

61

6 K 14/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Steinbach, Band 60, Blatt 2227, Gemarkung Steinbach,

lfd. Nr. 6, Flur 3, Flurstück 188/16, Straße, Eschborner Straße (L 3006), Größe 0,48 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 3, Flurstück 52/1, Ackerland, Am Eschborner Weg, Größe 11,54 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. März 1985, 9 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Witwe Esther Margarethe Wilhelmine Hirdt geb. Diehl, geb. 16. 6. 1894, Friedrich-Ebert-Straße 32, 6231 Schwalbach am Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 6 auf 576,— DM,
Grundstück Nr. 7 auf 13 848,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 12. 1984
Amtsgericht

62

6 K 31/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Steinbach, Band 60, Blatt 2227,

Gemarkung Steinbach, Flur 2, Flurstück 167, Ackerland (Obstb.), Unter der Cronberger Höhe, Größe 11,41 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. März 1985, 9 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 6. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Witwe Esther Margarethe Wilhelmine Hirdt geb. Diehl, geb. 16. 6. 1894, Friedrich-Ebert-Straße 32, 6231 Schwalbach am Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 538,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 12. 1984
Amtsgericht

63

K 48/84: Die im Grundbuch von Watzelhain, Band 14, Blatt 406, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Watzelhain, Flur 1, Flurstück 82/1, Bauplatz, Vor der Zahlheck, Größe 8,52 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Watzelhain, Flur 1, Flurstück 82/2, Hof- u. Gebäudefläche, Schlehenweg, Größe 8,52 Ar,

sollen am Freitag, dem 1. März 1985, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, Saal Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Max Gerhard Topp,

b) Frau Maureen Diane Topp geb. Brunswick, beide Heidenrod 15, – Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 1 auf 68 160,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf 398 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 21. 12. 1984
Amtsgericht

64

K 59/84: Die im Grundbuch von Michelbach, Band 30, Blatt 869, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Michelbach, Flur 41, Flurstück 21, Hof- u. Gebäudefläche, Brühlstraße 12, Größe 2,77 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Michelbach, Flur 42, Flurstück 25, Gartenland (Obstb.), Der Brühl, Größe 5,41 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Michelbach, Flur 41, Flurstück 20/2, Unland, Auf dem Langwehr, Größe 1,78 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Michelbach, Flur 42, Flurstück 24, Gartenland (Obstb.), Der Brühl, Größe 0,87 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Michelbach, Flur 47, Flurstück 90, Hof- u. Gebäudefläche, Hauptstraße 1 a, Größe 5,22 Ar,

sollen am Freitag, dem 8. März 1985, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Helga Michel geb. Rücker, Bad Wiessee.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 2 auf 95 245,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 3 auf 29 755,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 6 auf 1 780,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 7 auf 4 785,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 10 auf 84 612,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 21. 12. 1984
Amtsgericht

65

K 33/83: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Giflitz, Band 17, Blatt 509, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Giflitz, Flur 7, Flurstück 18/19, Hof- und Gebäudefläche, Zum Steingraben 3, Größe 5,97 Ar, Lieg.-B. 437,

soll am Freitag dem 8. März 1985, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 2. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Wolfgang Bollacke und Marie-Luise Bollacke, beide in Gronau, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 185 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 6. 12. 1984 **Amtsgericht**

66

K 18/83: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Odershausen, Band 21, Blatt 610, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Odershausen, Flur 4, Flurstück 10/7, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Str. 15, Größe 6,34 Ar, Lieg.-B. 431,

soll am Freitag, dem 22. März 1985, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 6. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Hans-Werner Koch,

b) Hannelore Koch geb. Meise, beide in Bad Wildungen-Odershausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 259 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 10. 12. 1984
Amtsgericht

67

K 5/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Alt Wildungen, Band 40, Blatt 1183, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Alt Wildungen, Flur 1, Flurstück 8/1, Hof- und Gebäudefläche, Schloßstr. 3, Größe 2,02 Ar, Lieg.-B. 875,

soll am Freitag, dem 15. März 1985, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 3. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Steuerbevollmächtigter Horst Schade, Bad Wildungen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 272 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 11. 12. 1984
Amtsgericht

68

61 K 100/84: Das im Grundbuch von Gundernhausen, Band 45, Blatt 1712, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gundernhausen, Flur 7, Flurstück 320, Hof- und Gebäudefläche, Stetteritzring 116, Größe 6,76 Ar,

soll am Montag, dem 11. März 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Lückel, Gundernhausen,

b) dessen Ehefrau Heidemarie Lückel geb. Emig, daselbst, — in Gütergemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 13. 12. 1984
Amtsgericht, Abt. 61

69

3 K 8/83: Der im Grundbuch von Schloß-Nauses, Band 5, Blatt 109, eingetragene halbe Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Schloß-Nauses, Flur 4, Flurstück 13/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Sandacker 3, Größe 10,26 Ar,

soll am Montag, dem 18. März 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 2. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helga Brand geb. Heeg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 185 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 9. 11. 1984 Amtsgericht

70

3 K 15/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Wanfried, Band 102, Blatt 3509,

lfd. Nr. 1, 328/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Wanfried, Flur 25, Flurstück 58/38, Hof- und Gebäudefläche, Eichenweg 1, Größe 8,63 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit A,

soll am Mittwoch, dem 19. Juni 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 2. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Karl Reimuth,

b) Ingeborg Reimuth geb. Bruns, Wanfried, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 19. 12. 1984 Amtsgericht

71

84 K 156/84: Das im Grundbuch Bezirk 23 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 15, Blatt 534, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 349, Flurstück 7, Hof- und Gebäudefläche, Burgstraße 14, Größe 2,97 Ar,

soll am Donnerstag, dem 23. Mai 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 6. 1984 (Versteigerungsvermerk):

a) Hans Norbert Vogel, Kapellenstr. 56 a, 7500 Karlsruhe,

b) Emilie Pauline Reichert geb. Brezing, Inselgasse 24, 7270 Nagold,

c) Emma Schweyer geb. Brezing, Hauptstr. 8, 7124 Bönnigheim,

d) Hermine Barbian geb. Brezing, Liegnitzer Str. 16, 6600 Saarbrücken,

e) Hermann Oskar Brezing, Hochstraße 43, 6604 Güdingen,

f) Hildegart Emma Ottilie Hammer geb. Brezing, Hanfgartenweg 5, 7271 Egenhausen,

g) Lore Wilhelmine Gros geb. Knaus, Schultheißenstr. 12, 7500 Karlsruhe 21,

h) Hermann Eduard Brezing, Laierbergstr. 30, 7539 Ersingen-Kämpfelbach,

i) Gertrud Vögele geb. Brezing, Brötzinger Str. 22, 7539 Ersingen-Kämpfelbach,

j) Erna Schäfer geb. Brezing, Danziger Str. 26, 7536 Ispringen,

k) Christine Maria Rapp geb. Brezing, Galgenbergstr. 74, 7270 Nagold, — in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 455 000,— DM.

Tag der Beschlagnahme: 8. Juni 1984.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 17. 12. 1984 Amtsgericht, Abt. 84

72

84 K 139/84: Das im Grundbuch Bezirk Höchst des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 58, Blatt 1568, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Höchst, Flur 13, Flurstück 321/809, Hof- und Gebäudefläche, Gebeschusstraße 36, Größe 3,84 Ar,

soll am Freitag, dem 14. Juni 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 5. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Frau Emma M. Möwius in Frankfurt am Main,

Günter A. Jacobi in Frankfurt am Main, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 400 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 17. 12. 1984 Amtsgericht, Abt. 84

73

84 K 216/82: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Bezirk Sossenheim, Band 89, Blatt 2606, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sossenheim, Flur 6, Flurstück 364/70, Hof- und Gebäudefläche, Im tiefen Weg (postalisch Nr. 1), Größe 13,49 Ar,

soll am Donnerstag, dem 13. Juni 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Im vorausgegangenen Termin ist der Zuschlag gemäß § 85 a ZVG versagt worden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 7. 1982 (Versteigerungsvermerk):

Gerald Peschke, Im tiefen Weg 1, 6230 Frankfurt am Main 80.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 750 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 18. 12. 1984 Amtsgericht, Abt. 81

74

K 36/84: Das im Grundbuch von Seidenbuch, Band 8, Blatt 237, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Seidenbuch, Flurstück 224/2, Bauplatz, Am Steinfeld, Größe 8,50 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. Februar 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 7. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Temporini, 6147 Lautertal 2.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 243 940,— DM.

Auf dem Grundstück ist ein Rohbau errichtet.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 29. 11. 1984 Amtsgericht

75

K 6/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Orb, Band 175, Blatt 7195, Gemarkung Bad Orb,

lfd. Nr. 4, Flur 10, Flurstück 182, Hof- und Gebäudefläche, Bennweg 5, Größe 7,05 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 10, Flurstück 189, Hof- und Gebäudefläche, Bennweg 5, Größe 3,58 Ar,

soll am Freitag, dem 12. April 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. 1. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Firma Sanatorium Sonnenschein Drescher und Zeus KG, 6482 Bad Orb.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 10, Flurstück 182 auf 1 363 526,37 DM,

Flur 10, Flurstück 189 auf 692 400,63 DM,

Wert des Zubehörs auf 65 100,— DM.

Im Versteigerungstermin am 14. Dezember 1984 ist der Zuschlag gemäß § 74 a ZVG versagt worden. Daher gelten im neuen Termin die Vorschriften über ein Mindestgebot nicht mehr.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 14. 12. 1984 Amtsgericht

76

42 K 2/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Reinhardshain, Band 7, Blatt 256,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 96, Grünland, der Eisenberg, Größe 8,44 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 113, Gartenland, Grünland, die Dörrwiesen, Größe 13,14 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 75, Ackerland, in den Rödern, Größe 35,44 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 104, Ackerland, am Silberberg, Größe 56,44 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 4, Flurstück 5, Grünland, auf der Platte, Größe 47,22 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 4, Flurstück 20, Ackerland, Grünland, das Wirberger Feld, Größe 36,43 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 4, Flurstück 73, Grünland, die dreißig Morgen, Größe 22,33 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 5, Flurstück 66, Grünland, die Herrenwiese, Größe 16,17 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 5, Flurstück 84, Ackerland, die Teichecke, Größe 41,59 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 6, Flurstück 44/1, Ackerland, vor dem Steinköppel, Größe 56,22 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 6, Flurstück 63, Ackerland, die Grundackerwiesen, Größe 31,72 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 6, Flurstück 121, Ackerland, die Straßenäcker, Größe 45,17 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 7, Flurstück 47, Grünland, Das Langestück, Größe 38,09 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 7, Flurstück 129/1, Gartenland, Brückacker, Größe 2,92 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 7, Flurstück 137, Gartenland, Brückacker, Größe 7,76 Ar,
lfd. Nr. 18, Flur 7, Flurstück 164, Ackerland, Grünland, die Bodenwiesen, Größe 40,64 Ar,
lfd. Nr. 20, Flur 3, Flurstück 74, Ackerland, in den Rödern, Größe 16,74 Ar,
lfd. Nr. 21, Flur 4, Flurstück 19, Grünland, das Wirberger Feld, Größe 10,27 Ar,
lfd. Nr. 22, Flur 6, Flurstück 139, Ackerland, die Eichhecke, Größe 29,13 Ar,
lfd. Nr. 23, Flur 7, Flurstück 129/2, Gartenland, Brückacker, Größe 3,40 Ar,
lfd. Nr. 27, Flur 1, Flurstück 55/3, Hof- und Gebäudefläche, Hohlgraben, Größe 11,14 Ar,
soll am Donnerstag, dem 28. März 1985, 9.00 Uhr, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 2. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Karl Heinz Böcher und Elfriede Böcher geb. Lindenstruth, Hohlgraben 11, 6310 Grünberg-Reinhardshain, — in Gütergemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes wird neu gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

a) bezüglich Grundstück lfd. Nr. 27, Flur 1, Nr. 55/3: 396 680,— DM (einschließlich landwirtschaftlichem Zubehör und Viehbestand),

b) bezgl. der Grundstücke lfd. Nrn. 2—23:

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 96 auf 1 147,84 DM,
lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 113 auf 1 731,20 DM,
lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 75 auf 6 326,04 DM,
lfd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 104 auf 10 314,41 DM,
lfd. Nr. 6, Flur 4, Flurstück 5 auf 6 020,55 DM,
lfd. Nr. 7, Flur 4, Flurstück 20 auf 9 599,30 DM,
lfd. Nr. 8, Flur 4, Flurstück 73 auf 4 934,93 DM,
lfd. Nr. 9, Flur 5, Flurstück 66 auf 2 199,12 DM,
lfd. Nr. 10, Flur 5, Flurstück 84 auf 3 888,66 DM,
lfd. Nr. 11, Flur 6, Flurstück 44/1 auf 13 380,36 DM,
lfd. Nr. 12, Flur 6, Flurstück 63 auf 4 448,73 DM,
lfd. Nr. 13, Flur 6, Flurstück 121 auf 12 670,18 DM,
lfd. Nr. 14, Flur 7, Flurstück 47 auf 4 532,71 DM,
lfd. Nr. 15, Flur 7, Flurstück 129/1 auf 459,17 DM,
lfd. Nr. 16, Flur 7, Flurstück 137 auf 1 220,26 DM,
lfd. Nr. 18, Flur 7, Flurstück 164 auf 10 708,64 DM,
lfd. Nr. 20, Flur 3, Flurstück 74 auf 4 837,86 DM,
lfd. Nr. 21, Flur 4, Flurstück 19 auf 1 833,19 DM,
lfd. Nr. 22, Flur 6, Flurstück 139 auf 7 923,36 DM,
lfd. Nr. 23, Flur 7, Flurstück 129/2 auf 491,30 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

77

24 K 61/84: Das im Grundbuch von Crumstadt, Band 74, Blatt 3067, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Crumstadt, Flur 2, Flurstück 211, Landwirtschaftsfläche, Die Werngärten, Größe 23,99 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. Mai 1985, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1a) Spahn, Heinrich II, Händler,

b) Spahn, Anna Katharina geborene Darmstädter, Walther-Rathenau-Straße 63, 6086 Riedstadt-Crumstadt, — in Errungenschaftsgemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 17. 12. 1984 **Amtsgericht**

78

42 K 66/84: Im Wege der Zwangsvollstrekkung soll das im Grundbuch von Klein-Auheim, Band 41, Blatt 2381, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 49, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 15, Flurstück 43/1, Hof- und Gebäudefläche, jetzt Schuttabladeplatz, Am Kesselbirnbaum, Größe 67,81 Ar,

am Donnerstag, dem 25. April 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 3. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Ott & Wenzel KG, Betonsteinwerk in Klein-Auheim.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 349 050,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 19. 12. 1984

Amtsgericht, Abt. 42

79

42 K 37/84: Im Wege der Zwangsvollstrekkung soll das im Grundbuch von Langendiebach, Band 93, Blatt 2939, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langendiebach, Flur 19, Flurstück 230, Gebäude- u. Freifläche, Brüder-Grimm-Str. 9, Größe 6,72 Ar,

am Donnerstag, dem 18. April 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ilona Franziska Callies geb. Oestreich zur Hälfte,

b) Ilona Franziska Callies geb. Oestreich,

c) Jürgen Dieter Callies,

d) Michael Callies,

zu b) bis d) — zur Hälfte in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 398 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 21. 12. 1984

Amtsgericht, Abt. 42

80

1 K 33/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Idstein, Band 105, Blatt 3326; Eigentumswohnung im 3. Obergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 14 bezeichnet,

verbunden mit Sondereigentum von 1135/10 000 Miteigentumsanteil am Grundstück Idstein, Flur 65, Flurstück 96, Hof- und Gebäudefläche, In der Eisenbach, Größe 15,25 Ar,

soll am Dienstag, dem 5. März 1985, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 7. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Peter Fuhr, Idstein, jetzt 6259 Brechen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 310 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

81

64 K 60/84: 1. Die im Grundbuch von Dennhausen, Band 24, Blatt 701, eingetragenen beiden je einhalb Miteigentumsanteile an folgendem Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Dennhausen, Flur 1, Flurstück 116/65, Hof- und Gebäudefläche, Andersenstraße 1, Größe 2,82 Ar (Geh- und Fahrrecht an dem Grundstück Gemarkung Dennhausen, Flur 1, Flurstück 116/67, eingetragen in Blatt 703, Abteilung II Nr. 4),

2. die im Grundbuch von Dennhausen, Band 24, Blatt 702, eingetragenen zwei je ein Achtel Miteigentumsanteile an folgendem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dennhausen, Flur 1, Flurstück 116/66, Parkplatz, Kurt-Schumacher-Straße, Größe 0,75 Ar,

sollen am Freitag, dem 12. April 1985, 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1984 (Tag der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Herbert Werner, geb. 19. 1. 1938, Garching bei München,

b) Anna Werner geb. Wandrey, geb. 11. 8. 1938, Fuldabrück, hinsichtlich des Grundstücks zu 1, — je zur Hälfte —, hinsichtlich des Grundstücks zu 2, — je zu einem Achtel —.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist zusammen 166 310,44 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 13. 11. 1984

Amtsgericht, Abt. 64

82

64 K 293/82: Die im Grundbuch von Wolfsanger, Band 93, Blatt 2660, eingetragenen 14/58 Miteigentumsanteile an den Grundstücken, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 10, bisher lfd. Nr. 2: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 41/6, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 47,02 Ar,

lfd. Nr. 11, bisher lfd. Nr. 5: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 44, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 26,41 Ar,

lfd. Nr. 12, bisher lfd. Nr. 6: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 41/5, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 10,00 Ar,

lfd. Nr. 13, bisher lfd. Nr. 7: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 42, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 6,27 Ar,

lfd. Nr. 14, bisher lfd. Nr. 8: Gemarkung

Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 41/1, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 21,73 Ar,

lfd. Nr. 15, bisher lfd. Nr. 9: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 46/1, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 31,51 Ar,

lfd. Nr. 16, bisher lfd. Nr. 4: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 41/3, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 13,50 Ar,

lfd. Nr. 17, bisher lfd. Nr. 3: Gemarkung Wolfsanger, Flur 12, Flurstück 43, Lieg.-B. 2009, Hof- und Gebäudefläche, Triftweg 13, Größe 9,52 Ar,

soll am Dienstag, dem 30. April 1985, 8.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 10. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bungenberg, Dirk, Barsinghausen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 1 991 845,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 29. 11. 1984 **Amtsgericht**

83

64 K 287/84: Das im Grundbuch von Hohenkirchen, Band 29, Blatt 942, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hohenkirchen, Flur 8, Flurstück 276/1, Hof- und Gebäudefläche, Schlehenweg 8, Größe 10,25 Ar,

soll am Mittwoch, dem 12. Juni 1985, 8.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 8. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Geister, Gerhard, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 287 417,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 13. 12. 1984 **Amtsgericht**

84

64 K 297/84: Das im Grundbuch von Harleshausen, Band 221, Blatt 6755, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 7, Flurstück 90/8, Hof- und Gebäudefläche, Obervellmarer Straße, Größe 4,63 Ar,

soll am Mittwoch, dem 12. Juni 1985, 9.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Raum 083, Sockelgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 9. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Geister, Gerhard, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG ist 124 581,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 13. 12. 1984 **Amtsgericht**

85

64 K 252/83: Das im Grundbuch von Wilhelmshausen, Band 19, Blatt 481, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wilhelmshausen, Flur 3, Flurstück 33/21, Bauplatz, Übers Feld, Größe 8,67 Ar,

(angeblich jetzt: Am Rehwinkel 2 A, bebaut mit Wohnhaus und Garage) Flur 3, Flurstück 33/23, Parkplatz, Am Rehwinkel, Größe 0,04 Ar,

soll am Dienstag, dem 12. März 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, Raum 083 (Sockelgeschoß), Kassel, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 11. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Peter Nachbar, geboren 6. 6. 1945, Fuldatal,

b) Brigitte Ewald, geboren 2. 8. 1948, Kassel, — je zur Hälfte —.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 444 069,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 14. 12. 1984 **Amtsgericht**

86

1 K 30/84, 1 K 69/84: Die im Grundbuch von Sachsenberg, Band 51, Blatt 1509, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Flur 13, Flurstück 24, Wald, Der Hellengrund, Größe 16,39 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 27, Flurstück 48/13, Wald, An dem Attenberge, Größe 41,01 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 19, Flurstück 36/20, Ackerland, Hinter dem Restedorne, Größe 39,50 Ar,

soll am Freitag, dem 12. April 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 3. und 6. 8. 1984 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Karl Ludwig Büchsenschütz, geb. 20. 1. 1944, Landesstraße 36, Lichtenfels-Sachsenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 3 auf	4 750,— DM,
lfd. Nr. 4 auf	8 600,— DM,
lfd. Nr. 5 auf	5 530,— DM,
insgesamt auf	18 880,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 20. 12. 1984 **Amtsgericht**

87

7 K 69/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Niederbrechen, Band 83, Blatt 2790,

lfd. Nr. 1, Flur 86, Flurstück 54, Grünland, Unland, Die Nächstau, Größe 222,40 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 86, Flurstück 48, Ackerland, Die Nächstau, Größe 13,36 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1985, 14.30 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg/Lahn, Schiede 14, auf Antrag des Konkursverwalters versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 9. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl-Heinz Reese, Offenbach am Main, Strahlenberger Straße 123.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 1 auf	11 120,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf	668,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 12. 12. 1984
Amtsgericht

88

7 K 32/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Arfurt, Band 27, Blatt 938,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 71, Ackerland, auf dem Böscheid, Größe 36,24 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 98, Grünland, oben im Grund, Größe 82,17 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 130, Hof- und Gebäudefläche, Ackerland, Hof Elisabeth, Größe 524,77 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 138, Ackerland, oberm Weg vor dem Steimel, Größe 364,58 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 7, Flurstück 135, Ackerland, vor dem Steimel oberm Weg, Größe 88,67 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 107, Ackerland, ober dem Mollenberg, Größe 27,19 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 7, Flurstück 113/1, Ackerland, vor dem Steimel ober dem Weg, Größe 34,30 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 4, Flurstück 27, Ackerland, Grünland vor dem Eschenauerweg, Größe 89,54 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 4, Flurstück 59, Gartenland, auf dem steinern Haus, Größe 2,50 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 5, Flurstück 12, Ackerland, im Hoffeld, Größe 152,39 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 7, Flurstück 125, Ackerland, vor dem Steimel unterm Weg, Größe 70,06 Ar,

soll am Mittwoch, dem 27. März 1985, 14 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckuung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Landwirt Manfred Klein,

b) seine Ehefrau Klein Rita geborene Reinhardt, beide in Arfurt, — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf	65 743,20 DM,
lfd. Nr. 2 auf	14 790,60 DM,
lfd. Nr. 3 auf	611 009,68 DM,
lfd. Nr. 4 auf	65 624,40 DM,
lfd. Nr. 6 auf	15 960,60 DM,
lfd. Nr. 8 auf	4 894,20 DM,
lfd. Nr. 9 auf	6 174,— DM,
lfd. Nr. 12 auf	16 117,20 DM,
lfd. Nr. 13 auf	450,— DM,
lfd. Nr. 14 auf	27 430,20 DM,
lfd. Nr. 15 auf	12 610,80 DM.

Es handelt sich um ein landwirtschaftliches Aussiedlungsgehöft mit Ländereien.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 27. 12. 1984
Amtsgericht

89

7 K 41/84: Die im Grundbuch von Wetter, Band 54, Blatt 2058, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetter, Flur 9, Flurstück 192/116, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße 18, Größe 8,93 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wetter, Flur 9, Flurstück 115/1, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße, Größe 6,87 Ar, Wert für lfd. Nr. 1 und lfd. Nr. 2: 531 000,— DM als wirtschaftliche Einheit,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wetter, Flur 9, Flurstück 198/117, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße 18, Größe 7,53 Ar, Wert 85 000,— DM,

sollen am Donnerstag, dem 14. März 1985, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 4. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Heinz Adolf Groß in Wetter.
Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie o. a. festgesetzt.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg, 7. 12. 1984 **Amtsgericht**

90

K 2/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Klein-Welzheim, Band 45, Blatt 1905,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Welzheim, Flur, 1 Flurstück 458/6, Gebäude- u. Freifläche, Frankenstraße 9, Größe 7,38 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Klein-Welzheim, Flur 1, Flurstück 460/4, Landwirtschaftsfläche, Walinusstraße, Größe 7,07 Ar,
lfd. Nr. 3, Gemarkung Klein-Welzheim, Flur 2, Flurstück 337, Landwirtschaftsfläche, Über den Sandweg, Größe 5,69 Ar,
lfd. Nr. 4, Gemarkung Klein-Welzheim, Flur 4, Flurstück 9, Landwirtschaftsfläche, Weidfeld, Größe 27,59 Ar,
lfd. Nr. 5, Gemarkung Klein-Welzheim, Flur 7, Flurstück 48, Landwirtschaftsfläche, Steckwiesen, Größe 7,50 Ar,
soll am Donnerstag, dem 21. Februar 1985, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 12. 1. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):
a) Rudolf Merget, Goethestr. 5, 6453 Seligenstadt 3,
b) Maria Anna Reichenbach geb. Malsy, Seligenstädter Str. 35, 6463 Seligenstadt 2,
c) Rudolf Reichenbach, Kettelerstr. 71, 6453 Seligenstadt 3,
d) Irma Knecht geb. Reichenbach, Mozartstr. 7, 6451 Mainhausen 2,
e) Lydia Wilhelm geb. Reichenbach, Grenzweg 12, 6451 Mainhausen 2,
f) Hubert Reichenbach, Humboldtstr. 19, 6451 Mainhausen 2, — in Erbengemeinschaft.
Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf	118 080,— DM,
lfd. Nr. 2 auf	56 560,— DM,
lfd. Nr. 3 auf	22 760,— DM,
lfd. Nr. 4 auf	16 554,— DM,
lfd. Nr. 5 auf	4 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 18. 12. 1984 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ) Gießen

Auf Grund des § 114 Abs. 2 HGO i. d. F. vom 1. April 1981 (GVBl. S. 66) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Verwaltungsrat des KGRZ Gießen in seiner Sitzung am 14. Dezember 1984 nach Abschluß des Prüfungsverfahrens die Jahresrechnung für das Jahr 1982 beschlossen und dem Direktor Entlastung erteilt hat.
Die Jahresrechnung 1982 mit Erläuterungsbericht liegt vom 8. Januar 1985 bis 16. Januar 1985 während die Dienststunden des KGRZ Gießen, Carlo-Mierendorff-Straße 11, 1. Stock, Zimmer 112, zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

6300 Gießen, 14. Dezember 1984

Kommunales
Gebietsrechenzentrum Gießen
Der Direktor
Veit

Beschluß zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ab 1. Januar 1985 der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt

Der gemäß § 781 Abs. 1 RVO bei der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt in Darmstadt gebildete Ausschuß hat in seiner Sitzung am 27. November 1984 in Darmstadt gemäß § 784 Abs. 1 RVO folgenden Beschluß gefaßt:

I.

1. Für landwirtschaftliche Unternehmer und deren Ehegatten (§ 539 Abs. 1 Nr. 5 RVO) beträgt der Jahresarbeitsverdienst in sämtlichen Unternehmenszweigen
   ab 1. Januar 1985 bis 30. Juni 1985 (unverändert) 12 420,— DM,
   ab 1. Juli 1985 14 274,— DM.
2. Für die im Unternehmen mitarbeitenden Familienangehörigen des Unternehmers, soweit sie nicht nach § 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO versichert sind (§ 780 Abs. 2 RVO) beträgt der Jahresarbeitsverdienst in sämtlichen Unternehmenszweigen
   ab 1. Januar 1985
   a) für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, 60 v. H.
   und
   b) für Personen, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben, 40 v. H. der maßgebenden Bezugsgröße (§ 782 Abs. 2 RVO, § 575 Abs. 1 RVO, § 18 SGB IV).

II.

Die vorstehend unter Ziffer I.2. angegebenen Durchschnittssätze ermäßigen sich ab 1. Januar 1985 bis 30. Juni 1985 für Versicherte, die zur Zeit des Unfalles
a) das 65. Lebensjahr vollendet haben, um 25 v. H.
b) das 75. Lebensjahr vollendet haben, um 50 v. H.
und ab 1. Juli 1985 für Versicherte, die zur Zeit des Unfalles
a) das 65. Lebensjahr vollendet haben, um 50 v. H.
b) das 75. Lebensjahr vollendet haben, um 65 v. H.

III.

Für die Einordnung in die Gruppen der Abschnitte I. und II. ist nicht die Arbeit, bei der sich der Arbeitsunfall ereignet hat, sondern das Beschäftigungs- oder Tätigkeitsverhältnis maßgebend.

IV.

Ist für den unter I. Nr. 2. genannten Personenkreis eine Geldleistung auf Grund der bisher für ihn geltenden Jahresarbeitsverdienste höher als sie bei der Anpassung nach I. und II. sein würde, so ist dem Berechtigten die höhere Leistung zu gewähren (Besitzstandswahrung).

V.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle Unfälle mit Wirkung vom 1. Januar 1985 an.

6100 Darmstadt, 27. November 1984

Land- und forstwirtschaftliche
Berufsgenossenschaft Darmstadt
gez. Weyrauch

Genehmigung

Der Beschluß über die Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste bei der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt vom 27. November 1984 wird hiermit gemäß § 781 Abs. 2 RVO genehmigt.

6200 Wiesbaden, 20. Dezember 1984

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
I B 4 — 54 i 4230 — 1268/84
Im Auftrage
gez. Post

Dritter Satzungsnachtrag der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Hessen-Nassau

Die Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Hessen-Nassau hat in ihrer Sitzung am 3. Dezember 1984 den Dritten Nachtrag zur Satzung beschlossen.
Die gemäß § 54 Abs. 1 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde, des Bundesversicherungsamtes in Berlin, wurde am 13. Dezember 1984 erteilt (Geschäftszeichen: II 3 — 59801-0/II-725/80).
Die Satzung in der Fassung des Dritten Nachtrages kann während der Dienstzeit montags bis freitags von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr in den Geschäftsräumen der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Hessen-Nassau, Murhardstraße 18, 3500 Kassel, eingesehen werden.

3500 Kassel, 18. Dezember 1984

Landwirtschaftliche Krankenkasse
Hessen-Nassau
Der Vorstand
Freitag

Bilanz der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt zum 31. Dezember 1983

Aktiva	DM	DM	DM
I. Kapitalanlagen:			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			
a) mit Geschäfts- und anderen Bauten	6.068.548,—		
b) mit Wohnbauten	1.057.623,—		
c) ohne Bauten	—,—		
d) mit unfertigen Bauten	—,—	7.126.171,—	
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		—,—	
3. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen		6.102.561,20	
4. Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder		1.831.068,43	
davon Ausgleichsforderungen: DM 1.831.068,43			
5. Beteiligungen		444.105,30	
6. Wertpapiere und Anteile, soweit sie nicht zu anderen Posten gehören		20.585.477,—	
7. Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten		2.275.000,—	38.364.382,93
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			94.581,53
III. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer		92.019.957,77	
2. sonstige		—,—	92.019.957,77
IV. Andere Vermögensgegenstände:			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		596.987,—	
2. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben		56.179,30	
3. laufende Guthaben bei Kreditinstituten		5.661.738,77	
4. Zins- und Mietforderungen		940.928,62	
5. sonstige		426.363,—	7.682.196,69
V. Rechnungsabgrenzungsposten			319.505,24
VI. Bilanzverlust			—,—

Passiva	DM	DM	DM
I. Offene Rücklagen:			
gesetzliche Rücklage Stand 31.12.1982		21.632.298,36	
Zuweisung aus dem Jahresüberschuß		4.287.947,36	25.920.245,72
Ia. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 (5) EStG			493.333,—
II. Pauschalwertberichtigungen:			
1. zu Kapitalanlagen		—,—	
2. zu sonstigen Forderungen		255.290,—	255.290,—
III. Versicherungstechnische Rückstellungen:			
1. Beitragsüberträge			
a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	—,—		
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—	
b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	8.590,—		
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	8.590,—	
2. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	59.944.595,—		
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16.184.690,—		
	43.759.905,—		
b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	154.713,—		
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	43.914.618,—	
3. Schwankungsrückstellung		25.652.941,—	
4. sonstige versicherungstechnischen Rückstellungen		—,—	69.576.149,—

IV.	Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		5.560.262,23
V.	Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
	1. Versicherungsnehmern	-,--	
	2. sonstigen	-,--	-,--
VI.	Nichtversicherungstechnische Rückstellungen:		
	1. Pensionsrückstellungen	13.936.764,--	
	2. sonstige Rückstellungen	5.560.051,40	19.496.815,40
VII.	Andere Verbindlichkeiten:		
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	307.980,82	
	2. sonstige Verbindlichkeiten	16.847.056,15	17.155.036,97
VIII.	Rechnungsabgrenzungsposten		23.491,84
IX.	Bilanzgewinn		-,--
			138.480.624,16

Für den Hessischen Minister des Innern treuhänderisch verwaltete Feuerschutzsteuermittel 86,45

6100 Darmstadt, 3. September 1984

Hessische Brandversicherungskammer
Dr. Hermann Kleinstück
Präsident

138.480.624,16

Für den Hessischen Minister des Innern treuhänderisch verwaltete Feuerschutzsteuermittel 86,45

Gewinn- und Verlustrechnung der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983

Posten	gesamtes Versicherungsgeschäft		selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft Feuer-Gebäude-Versicherung (Pflicht und Monopol)		sonstige Versicherungszweige des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts	
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1. Beiträge einschließlich Nebenleistungen	92.086.599,56		88.272.770,65		3.813.828,91	
2. Rückversicherungsbeiträge	-20.507.153,95		-20.507.153,95		-,--	
3. Veränderung der Beitragsüberträge f.e.R.	- 1.681,--	71.577.764,61	-,--	67.765.616,70	- 1.681,--	3.812.147,91
4. sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.		51.992,90		51.992,90		-,--
Zwischensumme 1		+71.629.757,51		+67.817.609,60		+3.812.147,91
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen) f.e.R.		46.134.444,49		43.014.549,44		3.119.895,05
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	10.332.972,99					
davon ab: erhaltene Rückversicherungsprovisionen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	3.716.775,84	6.616.197,15		5.654.988,78		961.208,37
7. sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.		10.523.336,86		10.375.413,01		147.923,85
Zwischensumme 2		+ 8.355.779,01		+ 8.772.658,37		- 416.879,36
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung		+ 194.918,--				
Zwischensumme 3		+ 8.550.697,01				
9. Erträge aus Kapitalanlagen						
a) Erträge aus Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	641.516,27					
davon aus eigener Nutzung: DM 293.352,72						
b) Erträge aus Beteiligungen	-,--					
c) Zinsen und ähnliche Erträge	3.702.629,97					
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen, aus Zuschreibungen und aus der Auflösung von Wertberichtigungen zu Kapitalanlagen	103.247,99	4.447.394,25				

10. Erträge aus der Herabsetzung bzw. Auflösung von		
a) nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	36.282,—	
b) Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 (5) EStG	49.334,—	85.616,—
11. sonstige Erträge		138.707,48
davon außerordentliche: DM 8.520,51		
	Zwischensumme 4	+13.222.414,72
12. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen	175.062,75	
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	389.700,—	
c) Verwaltungsaufwendungen und sonstige	531.597,87	1.096.360,62
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		1.350.631,58
14. sonstige Abschreibungen und Wertberichtigungen		233.090,44
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, soweit sie nicht zu Nummer 7 gehören		16.913,86
16. Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	6.012.461,53	
b) sonstige	3.522,62	6.015.984,15
17. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—
18. sonstige Aufwendungen		221.486,71
19. Jahresüberschuß		4.287.947,36
20. Entnahmen aus offenen Rücklagen:		
aus der gesetzlichen Rücklage		—,—
21. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen:		
in die gesetzliche Rücklage		4.287.947,36
22. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—,—

Die Zahlungen für die Altersversorgung betrugen DM 1.215.451,58; in den nächsten fünf Jahren ist mit einer Erhöhung bis auf ca. 115 % dieses Betrages zu rechnen.

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach meiner pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

4000 Düsseldorf, 27. September 1984

Dr. Wolfgang Heubaum
Wirtschaftsprüfer

Eine zuverlässige Sammlung aller wichtigen Rechtsvorschriften ist in der juristischen Praxis von unschätzbarem Wert. Das

Sammelblatt

für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder

sorgt für den vollständigen Abdruck des BGBl. Teil I und für den Nachdruck aller wesentlichen Rechtsvorschriften aus dem BGBl. Teil II, dem Bundesanzeiger sowie den Gesetz- und Verordnungsblättern aller Bundesländer in einer redaktionellen Auswahl, die von Anwälten aus der Praxis für die Praxis besorgt wird.

Erscheinungsweise: wöchentlich.

Bitte, fordern Sie Probe-Exemplare an.

Engel-Verlag Dr. iur. Kurt Engel Nachf.

Wilhelmstraße 42 — Postfach 22 29 — 6200 Wiesbaden

Beschluß zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ab 1. Januar 1985 der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau

Der gemäß § 781 Abs. 1 RVO bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau in Kassel gebildete Ausschuß hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 1984 in Kassel gemäß § 784 Abs. 1 RVO folgenden Beschluß gefaßt:

I.

1. Für landwirtschaftliche Unternehmer und deren Ehegatten (§ 539 Abs. 1 Nr. 5 RVO) beträgt der Jahresarbeitsverdienst in sämtlichen Unternehmenszweigen

   ab 1. Januar 1985 bis 30. Juni 1985 (unverändert) 12 420,— DM
   ab 1. Juli 1985 14 274,— DM.

2. Für die im Unternehmen mitarbeitenden Familienangehörigen des Unternehmers, soweit sie nicht nach § 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO versichert sind (§ 780 Abs. 2 RVO), beträgt der Jahresarbeitsverdienst in sämtlichen Unternehmenszweigen

   ab 1. Januar 1985

   a) für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, 60 v. H.

      und

   b) für Personen, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben, 40 v. H. der maßgebenden Bezugsgröße (§ 782 Abs. 2 RVO, § 575 Abs. 1 RVO, § 18 SGB IV).

II.

Die vorstehend unter Ziff. I.2 angegebenen Durchschnittssätze ermäßigen sich ab 1. Januar 1985 bis 30. Juni 1985 für Versicherte, die zur Zeit des Unfalles

a) das 65. Lebensjahr vollendet haben, um 25 v. H.

b) das 75. Lebensjahr vollendet haben, um 50 v. H.

und ab 1. Juli 1985 für Versicherte, die zur Zeit des Unfalles

a) das 65. Lebensjahr vollendet haben, um 50 v. H.

b) das 75. Lebensjahr vollendet haben, um 65 v. H.

III.

Für die Einordnung in die Gruppen der Abschn. I. und II. ist nicht die Arbeit, bei der sich der Arbeitsunfall ereignet hat, sondern das Beschäftigungs- oder Tätigkeitsverhältnis maßgebend.

IV.

Ist für den unter I. Nr. 2 genannten Personenkreis eine Geldleistung auf Grund der bisher für ihn geltenden Jahresarbeitsverdienste höher als sie bei der Anpassung nach I. und II. sein würde, so ist dem Berechtigten die höhere Leistung zu gewähren (Besitzstandswahrung).

V.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle Unfälle mit Wirkung vom 1. Januar 1985 an.

3500 Kassel, 4. Dezember 1984

Landwirtschaftliche
Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau
Der Festsetzungsausschuß
Fischbach
Vorsitzender
V 37 c

Genehmigung

Die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste nach §§ 780, 784 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung für den Bereich der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau durch den Beschluß vom 4. Dezember 1984 des gemäß § 781 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung von der Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau gewählten Ausschusses wird gemäß § 781 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung genehmigt.

1000 Berlin, 14. Dezember 1984

Bundesversicherungsamt
III 3 — 6954.9/II — 633/84

Widmung von Neubaustrecken der Kreisstraße 77 in der Gemarkung Oberjossa der Gemeinde Breitenbach am Herzberg, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Gemarkung Oberjossa der Gemeinde Breitenbach am Herzberg im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, westlich des Ortsteiles Oberjossa neugebauten Strecken

von km 0,399 neu (bei km 2,335 der B 62 alt)
bis km 0,509 neu (bei km 2,426 der B 62 alt) = 0,110 km

und

von km 0,515 neu (bei km 2,444 der B 62 alt)
bis km 0,534 neu (bei km 2,488 der B 62 neu) = 0,019 km

werden mit Wirkung vom 1. Januar 1985 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie erhalten damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und werden Teilstrecken der Kreisstraße 77.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreisausschuß des Kreises Hersfeld-Rotenburg, Friedloser Straße 12, 6430 Bad Hersfeld, erhoben werden.

6430 Bad Hersfeld, 18. Dezember 1984

Der Kreisausschuß
des Kreises Hersfeld-Rotenburg

Öffentliche Ausschreibungen

DARMSTADT: Beschränkte Ausschreibung über Lieferung und Einbau von Kettengeländer an dem eigenen Bahnkörper der Strab-Linien 1, 6, 7 + 8 in der Heidelberger Straße in Darmstadt.

Die Baumaßnahme befindet sich in der Heidelberger Straße zwischen Landskron- und Cooperstraße in Darmstadt. Sie erstreckt sich auf eine Länge von ca. 1 000 m.

Umfang der Lieferung und des Einbaues:

Etwa 850 m Kettengeländer mit einer Kette,
etwa 145 m Kettengeländer mit zwei Ketten.

Baubeginn: schnellstens nach Auftragserteilung.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort bei der Hessischen Elektrizitäts-AG, Abt. Zentraler Einkauf, Jägertorstraße 207, 6100 Darmstadt, abgeholt werden.

Schriftliche Anforderungen auf Zusendungen von Angebotsunterlagen werden nicht berücksichtigt.

Angebotseröffnung ist am 25. Januar 1985, 11.00 Uhr, bei der vorgenannten Abteilung.

6100 Darmstadt, 21. Dezember 1984 **Hessische Elektrizitäts-AG**

WIESBADEN: Bekanntgabe einer öffentlichen Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für die Vergabe von Leistungen, Teil A (VOL/A) vom 25. März 1935.

Im Wege einer öffentlichen Ausschreibung schreibt die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung **die Ausrüstung von sechs Sekretärinnen-Arbeitsplätzen mit DV-Geräten, welche vornehmlich Textverarbeitungsfunktionen unterstützen, aus. Später soll mit diesen Geräten auch Datenverarbeitung möglich sein.**

Ausschreibende und für den Empfang der Angebote zuständige Stelle:

Hessische Zentrale für Datenverarbeitung
— Körperschaft des öffentlichen Rechts —
Abteilung S
Postfach 3164

6200 Wiesbaden 1

Tel. 0 61 21 / 3 40-1 (Sammelnummer)
0 61 21 / 3 40-2 94 (Bearbeiter)

Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes mit Verdingungsunterlagen kann bei der ausschreibenden Stelle schriftlich oder telefonisch angefordert werden. Die Zusendung erfolgt kostenfrei.

Das Angebot muß bis zum 31. Januar 1985, 12 Uhr, der ausschreibenden Stelle vorliegen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 31. März 1985 um 12 Uhr.

6200 Wiesbaden, 7. Dezember 1984

Hessische Zentrale für Datenverarbeitung

Stellenausschreibungen

Die Stadt Gladenbach

(Kneipp-Heilbad mit 11 700 Einwohnern) im Landkreis Marburg-Biedenkopf, sucht zum alsbaldigen Eintritt eine (einen)

Verwaltungsangestellte(n)

für allgemeine Verwaltungsaufgaben im Bauamt.

Praktische Erfahrungen im Hoch- und Tiefbau sind erwünscht.

Voraussetzung ist eine abgeschlossene Ausbildung mit bestandener Abschlußprüfung als Verwaltungsangestellte(r) bzw. Verwaltungsfachangestellte(r).

Die Beschäftigungsbedingungen (Arbeitszeit, Urlaub usw.) richten sich nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT). Die Vergütung erfolgt zunächst nach BAT VII. Aufstiegsmöglichkeiten werden in Aussicht gestellt.

Bewerbungen sind schriftlich unter Beifügung von Lebenslauf, Lichtbild sowie Zeugnissen und Referenzen bis 1. Februar 1985 beim **Magistrat der Stadt Gladenbach, Haupt- und Personalamt, Ringstraße 34, 3554 Gladenbach,** einzureichen.

FRANKFURT. DIE STADT.

Wir suchen für unser Revisionsamt ab 1. Juli 1985 eine(n)

Bauoberrätin/Bauoberrat

(BesGr. A 14 BBO)

Die Aufgaben: Technischer Prüfgruppenleiter der Fachrichtung Tiefbau einschließlich der Vertretung des Abteilungsleiters; Leitung und Koordinierung der Prüfgruppe; selbständige Bearbeitung besonders schwieriger Prüfungsaufträge und Grundsatzfragen; Verantwortung für die Prüfung und Beurteilung von Planungen und Kostenberechnungen mit besonderem Schwierigkeitsgrad im gesamten Bereich des städtischen Tiefbaues (Stadtbahnbau, Straßenbau, Stadtentwässerung); Mitarbeit in Organisations- und Stellenbewertungsverfahren.

Wir erwarten: Diplom-Ingenieur (TH/TU) der Fachrichtung Tiefbau mit langjähriger vielseitiger Berufserfahrung, Verhandlungsgeschick, Organisationstalent und hohes Verantwortungsbewußtsein.

Die Beschäftigung als technischer Angestellter nach VergGr. I b BAT ist möglich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis **zwei Wochen** nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den **MAGISTRAT DER STADT FRANKFURT AM MAIN – Personal- und Organisationsamt – Kennziffer 005/0100/078, Alte Mainzer Gasse 4, 6000 Frankfurt am Main 1.**

Adressenfeld

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

FRANKFURT. DIE STADT.

Wir suchen für unser Ordnungsamt ab sofort eine(n)

Ermittlerin/Ermittler

(VergGr. VI b BAT)

Die Aufgaben: Sachbearbeiter; Ermittlungen bei Geisteskranken, Süchtigen und Personen mit übertragbaren Krankheiten, Zwangsunterbringungen, Ermittlung gesundheitsgefährdender Mißstände, Kontrolle des Gifthandels außerhalb von Apotheken, Überwachung der Schädlingsbekämpfung, Ermittlungen bei Heilhilfsberufen.

Wir erwarten: Abgeschlossene Verwaltungs- oder kaufmännische Ausbildung, Kenntnisse auf dem Gebiet des Ordnungsrechts, Interesse am Aufgabengebiet, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten, Verantwortungsbewußtsein, Einsatzfreudigkeit, sicheres Auftreten, Zuverlässigkeit, Fahrerlaubnis Klasse drei.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis **zwei Wochen** nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den **MAGISTRAT DER STADT FRANKFURT AM MAIN – Personal- und Organisationsamt – Kennziffer 006/1100/369, Alte Mainzer Gasse 4, 6000 Frankfurt am Main 1.**

Bei der Stadt Steinau an der Straße

ist zum nächstmöglichen Termin die Stelle eines/einer

Oberinspektors/in

im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsbereich zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 10 ausgewiesen.

Dem/Der Stelleninhaber/in sollen allgemeine Tätigkeiten in der Bauverwaltung übertragen werden.

Voraussetzung für die Übernahme der Tätigkeit ist eine entsprechende fachliche Erfahrung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse) bitte richten an den **Magistrat der Stadt Steinau an der Straße, Brüder-Grimm-Straße 47, 6497 Steinau an der Straße.**

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandspesen und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger": Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger" zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 85, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. – Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 1 vom 7. Januar 1985 beträgt 80 Seiten.